



Stadt Gummersbach

Gesamtabschluss 2010

- Gesamtbilanz
- Gesamtergebnisrechnung
- Gesamtkapitalflussrechnung
- Gesamtanhang
- Gesamtlagebericht
- Beteiligungsbericht
- Gesamtabchlussrichtlinie

**Entwurf
Gesamtbilanz 2010**

	Ist 2010
Aktiva	555.036.323,29 EUR
1. Anlagevermögen	503.388.120,60 EUR
1.0 Aufw. für Ingangsetzung und Erw. des Geschäftsbetriebs	
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	2.829.301,38 EUR
1.2 Sachanlagen	463.025.282,38 EUR
1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	18.055.717,01 EUR
1.2.1.1 Grünflächen	14.925.240,13 EUR
1.2.1.2 Ackerland	824.712,10 EUR
1.2.1.3 Wald, Forsten	569.392,92 EUR
1.2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke	1.736.371,86 EUR
1.2.1.5 Aufgedeckte Stille Reserven Unbebaute Grundstücke	
1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	120.837.911,58 EUR
1.2.2.1 Kinder- und Jugendeinrichtungen	5.742.841,24 EUR
1.2.2.2 Schulen	66.803.154,50 EUR
1.2.2.3 Wohnbauten	723.547,83 EUR
1.2.2.4 Krankenhäuser	
1.2.2.5 Soziale Einrichtungen	
1.2.2.6 Sportstätten	
1.2.2.7 Mehrzweck- und Messehallen	
1.2.2.8 Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	47.568.368,01 EUR
1.2.2.9 Aufged. Stille Reserve beb. Grundst. u. gr. Rechte	
1.2.3 Infrastrukturvermögen	299.161.784,01 EUR
1.2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	20.427.974,80 EUR
1.2.3.2 Brücken und Tunnel	10.519.307,00 EUR
1.2.3.3 Gleisanlagen mit Streckenaur. und Sicherungsanlagen	
1.2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	93.369.295,43 EUR
1.2.3.5 Straßennetz mit Wegen, Plätzen, Verkehrslenkungsanl.	145.614.715,39 EUR
1.2.3.6 Stromversorgungsanlagen	
1.2.3.7 Gasversorgungsanlagen	
1.2.3.8 Wasserversorgungsanlagen	17.395.703,67 EUR
1.2.3.9 Abfallbeseitigungsanlagen	
1.2.3.10 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	11.834.787,72 EUR
1.2.3.11 Aufgedeckte Stille Reserve Infrastrukturvermögen	
1.2.4 Bauten auf fremden Grund und Boden	35.486,00 EUR
1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	750.297,00 EUR
1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	5.666.705,62 EUR
1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.499.750,34 EUR
1.2.8 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	16.017.630,82 EUR
1.3 Finanzanlagen	37.533.536,84 EUR
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	6.322.846,49 EUR
1.3.2 Anteile an assoziierten Unternehmen	72.386,21 EUR
1.3.3 Übrige Beteiligungen	30.149.877,16 EUR
1.3.4 Sondervermögen	0,00 EUR
1.3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens	586.119,16 EUR
1.3.6 Ausleihungen	402.307,82 EUR

**Entwurf
Gesamtbilanz 2010**

2. Umlaufvermögen	51.096.126,32 EUR
2.1 Vorräte	25.298.604,71 EUR
2.1.1 Roh-, Hilfs-, und Betriebsstoffe, Waren	25.298.604,71 EUR
2.1.2 Geleistete Anzahlungen	
2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	21.454.743,37 EUR
2.2.1 Forderungen	12.044.258,78 EUR
2.2.2 Sonstige Vermögensgegenstände	9.410.484,59 EUR
2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens	
2.4 Liquide Mittel	4.342.778,24 EUR
3. Aktive Rechnungsabgrenzung	552.076,37 EUR
4. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	
Passiva	-555.036.323,29 EUR
1. Eigenkapital	-75.904.096,16 EUR
1.1 Allgemeine Rücklage	-101.498.445,62 EUR
1.2 Sonderrücklage	0,00 EUR
1.3 Ausgleichsrücklage	-1.368.717,12 EUR
1.4 Ergebnisvorträge	0,00 EUR
1.5 Gesamtjahresergebnis	26.963.066,58 EUR
1.6 Gesamtbilanzgewinn/-verlust	
1.7 Ausgleichsposten für die Anteile anderer Gesellschafter	
1.8 Ausgleichsposten für ausgeschüttete Gewinne	
2. Sonderposten	-157.729.507,45 EUR
2.1 Sonderposten für Zuwendungen	-95.628.347,09 EUR
2.2 Sonderposten für Beiträge	-53.802.518,51 EUR
2.3 Sonderposten für den Gebührenaussgleich	-179.693,15 EUR
2.4 Sonstige Sonderposten	-8.118.948,70 EUR
3. Rückstellungen	-40.597.035,66 EUR
3.1 Pensionsrückstellungen	-35.083.471,73 EUR
3.2 Rückstellungen für Deponien und Altlasten	
3.3 Instandhaltungsrückstellungen	-9.000,00 EUR
3.4 Steuerrückstellungen	
3.5 Sonstige Rückstellungen	-5.504.563,93 EUR
4. Verbindlichkeiten	-274.932.815,61 EUR
4.1 Anleihen	
4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	-171.430.803,39 EUR
4.3 Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	-62.929.453,32 EUR
4.4 Verb. aus Vorgängen, die Kreditaufn. wirtschaftl. gleich	-2.110.137,19 EUR
4.5 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-6.839.096,63 EUR
4.6 Sonstige Verbindlichkeiten	-31.623.325,08 EUR
5. Passive Rechnungsabgrenzung	-5.872.868,41 EUR

Bestätigt
gemäß § 95 Abs. 3 GO
Gummersbach, den 21.03.2018


Frank Helmenstein
Bürgermeister

Aufgestellt
gemäß § 95 Abs. 3 GO
Gummersbach, den 21.03.2018


Raoul Halding-Hoppenheit
Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer

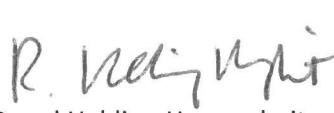
Entwurf
Gesamtergebnisrechnung 2010

	Ist 2010
01 Steuern und ähnliche Abgaben	-44.183.097,87 EUR
02 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-12.342.857,99 EUR
03 + Sonstige Transfererträge	-638.923,64 EUR
04 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-6.866.823,28 EUR
05 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	-18.994.817,98 EUR
06 + Kostenerstattung und Kostenumlagen	-6.371.917,97 EUR
07 + Sonstige ordentliche Erträge	-6.519.258,87 EUR
08 + Aktivierte Eigenleistungen	-479.712,67 EUR
09 +/- Bestandsveränderungen	699,20 EUR
10 = Ordentliche Gesamterträge	-96.396.711,07 EUR
11 - Personalaufwendungen	25.743.841,04 EUR
12 - Versorgungsaufwendungen	267.471,92 EUR
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	27.973.594,91 EUR
14 - Bilanzielle Abschreibungen	15.291.639,23 EUR
15 - Transferaufwendungen	42.715.224,73 EUR
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	5.727.079,75 EUR
17 = Ordentliche Gesamtaufwendungen	117.718.851,58 EUR
18 = Ordentliches Gesamtergebnis (10+17)	21.322.140,51 EUR
19 + Finanzerträge	-2.088.900,17 EUR
20 - Finanzaufwendungen	7.807.572,81 EUR
21 = Gesamtfinanzergebnis (19+20)	5.718.672,64 EUR
22 = Ergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit (18+21)	27.040.813,15 EUR
23 + Außerordentliche Erträge	-77.746,57 EUR
24 - Außerordentliche Aufwendungen	
25 = Außerordentliches Gesamtergebnis (23+24)	-77.746,57 EUR
26 = Gesamtjahresergebnis (22+25)	26.963.066,58 EUR
27 - Anderen Gesellschaftern zuzurechnendes Ergebnis	

Bestätigt
gemäß § 95 Abs. 3 GO
Gummersbach, den 21.03.2018


Frank Helmenstein
Bürgermeister

Aufgestellt
gemäß § 95 Abs. 3 GO
Gummersbach, den 21.03.2018


Raoul Halding-Hoppenheit
Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer

Entwurf
Gesamtkapitalflussrechnung 2010

In Euro	Ergebnis Geschäftsjahr
01 Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	-27.040.813
02 +/- Abschreibungen/Zuschreibungen auf das Anlageverm.	4.069.752
03 +/- Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	2.243.699
04 +/- Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	
05 +/- Verlust/Gewinn aus dem Abgang von Anlagevermögen	
06 +/- Abnahme/Zunahme der Vorräte, Ford. aLL, andere Aktiva	-5.179.050
07 +/- Zunahme/Abnahme der Verb. aLL, andere Passiva	51.278.261
08 +/- Ein- und Auszahlungen aus außerordentlichen Posten	77.747
09 = Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	25.449.596
10 Einzahlungen aus Abgängen des Sachanlagevermögens	-978.687
11 - Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlageverm.	-2.449.514
12 + Einzahlungen aus Abgängen des immateriellen AV	
13 - Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle AV	-30.000
14 + Einzahlungen aus Abgängen des Finanzanlagevermögens	
15 - Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlageverm.	105.000
16 + Einzahlungen aus dem Verkauf von kons. Unt. u. sonst GE	
17 - Auszahlungen aus dem Verkauf von kons. Unt. u. sonst GE	
18 + Einz. aufgr. von Finanzmittelanl. iRd kurzfr. Finanzdis	
19 - Ausz. aufgr. von Finanzmittelanl. iRd kurzfr Finanzdisp	
20 = Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-3.353.201
21 Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführung	2.752.314
22 - Ausz an Unternehmenseigner und Minderheitsgesellsch.	
23 - Einz aus Begebung von Anleihen und Aufn. von Krediten	-320.889.159
24 - Ausz. aus Tilgung von Anleihen und Krediten	297.508.436
25 = Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-20.628.409
26 = Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	1.467.985
27 +/- WK-, kons.kreis- und bewertungsbed. Änd. des Fi.fonds	
28 + Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	2.874.793
29 = Finanzmittelfonds am Ende der Periode	4.342.778

Stadt Gummersbach
Der Bürgermeister

ENTWURF

GESAMTANHANG

gemäß
§ 116 Gemeindeordnung
i.V.m. § 49 Gemeindehaushaltsverordnung

zum

GESAMTABSCHLUSS 2010

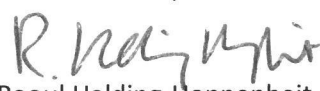
Bestätigt
gemäß § 95 Abs. 3 GO

Gummersbach, den 21.03.2018


Frank Helmenstein
Bürgermeister

Aufgestellt
gemäß § 95 Abs. 3 GO

Gummersbach, den 21.03.2018


Raoul Halding-Hoppenheit
Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer

Inhalt

1	KONSOLIDIERUNGSKREIS	3
2	RECHTSGRUNDLAGE	4
3	ALLGEMEINE INFORMATIONEN	4
4	ANGABEN ZU DEN BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN.....	5
5	ERLÄUTERUNGEN ZUR GESAMTBILANZ	6
6	ERLÄUTERUNGEN ZUR GESAMTERGEBNISRECHNUNG	6
7	GESAMTKAPITALFLUSSRECHNUNG.....	7

1 Konsolidierungskreis

Die Überprüfung des Konsolidierungskreises wird jährlich durchgeführt, um sicherzustellen, dass sämtliche aktuellen Entwicklungen in Zusammenhang mit den städtischen Beteiligungen berücksichtigt sind.

Maßgeblich bei der Beurteilung des Konsolidierungskreises sind die Grenzen der Wesentlichkeit. Diese wird zum Einen anhand von Kennzahlen überprüft, um festzustellen, wie hoch der nominelle Einfluss der Unternehmen auf die Stadt Gummersbach tatsächlich ist. Für eine vollständige Abbildung der Situation sollen die Kennzahlen herangezogen werden:

- Ertrag
- Aufwand
- Bilanzsumme
- Anlagevermögen
- Umlaufvermögen
- Fremdkapital
- Eigenkapital

Zu berechnen ist das vorherrschende Verhältnis zwischen der Stadt Gummersbach und dem jeweiligen Unternehmen. Liegen die errechneten Kennzahlen überwiegend unter 5% ist die nominelle Wesentlichkeit auszuschließen.

Des Weiteren ist die qualitative Wesentlichkeit zu berücksichtigen. Hierbei ist jedes Unternehmen zum Einen auf bestehende Risiken zu prüfen, die sich aufgrund der Beteiligung für die Stadt Gummersbach ergeben können. Es kann sich um jährlich wiederkehrende Risiken handeln, oder um einmalige Sonderfälle. Insbesondere wegen letzteren Fällen ist es unerlässlich, jeden Jahresabschluss der Beteiligungen separat zu prüfen. Sofern ein finanzielles oder qualitatives Risiko für die Stadt Gummersbach festgestellt wird, ist das entsprechende Unternehmen in den Gesamtabchluss einzubeziehen.

Weiterhin ist für jedes Unternehmen die orts- und sozialpolitische Bedeutung zu bewerten.

Fällt die qualitative Bedeutung für dieses Unternehmen hoch aus, ist eine Einbeziehung in den Gesamtabchluss zwingend.

Eine entsprechende Überprüfung führt zu folgendem Ergebnis:

Beteiligung	Anteil in %	Konsolidierung	Wesentlichkeit
Stadtwerke Gummersbach	100%	Vollkonsolidierung	Ja
Entwicklungsgesellschaft Gummersbach mbH	100%	Vollkonsolidierung	Nein
Trägersgesellschaft Stadthalle mbH	71,25%	Vollkonsolidierung	Nein
Gründer- und TechnologieCentrum	57,99%	Vollkonsolidierung	Nein
Gemeinnützige Wohnungsbau mbH	57,71%	Vollkonsolidierung	Nein
Citymanagement GmbH	50%	At-Equity	Nein
Kreiskrankenhaus Gummersbach mbH	26%	At-Equity	Ja
Oberbergische Verkehrsgesellschaft	26,66%	At-Equity	Ja

ENTWURF

Die detaillierten Einzelergebnisse der Überprüfung sind in der Anlage 1 zur Gesamtabchlussrichtlinie beigefügt.

2 Rechtsgrundlage

Der erste Gesamtabchluss nach §§ 116 Gemeindeordnung (GO) NRW, §§ 49-51 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) NRW sowie §§ 300, 301, 303-305, 307-309 sowie §§ 311-312 Handelsgesetzbuch (HGB) (Handelsgesetzbuch in der Fassung vom 25. Mai 2009) ist spätestens zum Stichtag 31. Dezember 2010 aufzustellen. Gemäß § 116 Abs. 5 GO NRW ist der Gesamtabchluss innerhalb der ersten neun Monate nach dem Abschlussstichtag aufzustellen und vom Rat nach erfolgter Prüfung durch den Rechnungsprüfungsausschuss gemäß § 116 Abs. 1 GO NRW i.V.m. § 96 Abs. 1 GO NRW bis zum 31. Dezember des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres zu bestätigen. Für den ersten Gesamtabchluss zum 31.12.2010 konnten diese Fristen auf Grund der umfangreichen Prüfungen und Vorbereitungen im Zusammenhang mit der erstmaligen Aufstellung eines Konzernabschlusses nicht eingehalten werden.

Zusätzliche zwingende Voraussetzung für den Gesamtabchluss ist die Fertigstellung der städtischen Einzelabschlüsse, die ebenfalls mit Zeitverzug fertig gestellt worden sind.

Im Gesamtabchluss der Stadt Gummersbach sind die nachfolgenden konsolidierungspflichtigen Betriebe einbezogen, da diese unter Aufrechnung gegenseitiger Leistungsbeziehungen beherrschenden Einfluss auf die Gesamtlage im „Konzern“ haben:

- Eigenbetrieb "Stadtwerke Gummersbach" (Eigenbetrieb)
- Beteiligung am "Kreiskrankenhaus Gummersbach GmbH" (Anteil: 26,0 %)
- Beteiligung an der "Oberbergische Verkehrsgesellschaft mbH" (Anteil: 26,66 %)

3 Allgemeine Informationen

Die für Vermögensgegenstände und Schulden angesetzten Werte entsprechen den in den Einzelabschlüssen vorgegebenen Werten und gelten für die künftigen Haushaltsjahre als Anschaffungs- oder Herstellungskosten.

Bei neu angeschafften Vermögensgegenständen erfolgt grundsätzlich eine Aktivierung zu Anschaffungs- und Herstellungskosten (§ 33 GemHVO). Ansonsten wurden die bisherigen Bewertungsmethoden beibehalten.

Eine Neubewertung und die Aufdeckung damit verbundener stiller Reserven oder stiller Lasten entfällt, da die vorab durchgeführten Prüfungen an dieser Stelle kein Potential aufgedeckt haben.

Die Schuldenkonsolidierung erfolgt nach § 50 Abs. 1 GemHVO NRW i.V.m. § 303 Abs. 1 HGB durch Eliminierung von Ausleihungen und anderen Forderungen, Rückstellungen, Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten zwischen allen in den Konsolidierungskreis einzubeziehenden vollkonsolidierungspflichtigen, verselbstständigten Aufgabenbereichen.

Die Aufwands- und Ertragskonsolidierung erfolgt gemäß § 50 Abs. 1 GemHVO NRW i.V.m. § 305 Abs. 1 HGB durch Verrechnung der Erträge zwischen den vollkonsolidierungspflichtigen Partnern mit den auf sie entfallenden Aufwendungen.

ENTWURF

4 Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Jahresabschlüsse der einbezogenen verselbstständigten Aufgabenbereiche wurden für den Gesamtabschluss entsprechend den gesetzlichen Vorschriften grundsätzlich nach den bei der Stadt Gummersbach geltenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt bzw. vereinheitlicht, soweit die zu vereinheitlichenden Beträge nicht unbedeutend waren.

Im Einzelnen wurden im Gesamtabchluss der Stadt Gummersbach folgende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewendet:

Die **immateriellen Vermögensgegenstände** wurden zu Anschaffungskosten, vermindert um lineare Abschreibungen, bewertet.

Das **Sachanlagevermögen** wurde zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um lineare Abschreibungen angesetzt. Geringwertige Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten bis 410,00 € (ohne Vorsteuer) wurden gem. § 33 Abs. 4 GemHVO NRW zum einen im Anschaffungsjahr voll abgeschrieben und bei Anschaffungskosten bis 60 € (ohne Vorsteuer) unmittelbar als Aufwand gebucht.

Die **Finanzanlagen** sind mit den Werten der Eröffnungsbilanz übernommen worden. Die Eröffnungsbilanzierung wurde auf Basis der erstellten Substanzwertgutachten vorgenommen.

Die Bewertung des **Vorratsvermögens** erfolgte grundsätzlich zu Anschaffungs-/ Herstellungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips.

Forderungen wurden grundsätzlich mit den Anschaffungskosten aktiviert. Zweifelhafte Forderungen wurden mit dem wahrscheinlich eingehenden Wert angesetzt. Dem allgemeinen Ausfall- und Kreditrisiko wurde durch Einzel- und Pauschalwertberichtigungen Rechnung getragen.

Zuwendungen und Beiträge für zweckgebundene Investitionen werden in der Regel als **Sonderposten** ausgewiesen. Zugänge von Sonderposten im Berichtsjahr sind mit den Nennbeträgen passiviert. Die Auflösung der Sonderposten für Zuwendungen und Beiträge erfolgte im Wesentlichen nach Maßgabe der auf die Vermögensgegenstände angewandten Abschreibungssätze.

Rückstellungen werden in Höhe des Betrages gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung der jeweiligen Risiken und möglichen Verpflichtungen erforderlich sind. Allen am Bilanzstichtag bestehenden und bis zur Bilanzaufstellung erkennbaren Risiken ist durch die Bildung von Rückstellungen ausreichend Rechnung getragen worden. Rückstellungen für Pensions- und Beihilfeverpflichtungen wurden für bestehende Versorgungsansprüche und sämtliche Anwartschaften gebildet.

Die **Verbindlichkeiten** wurden grundsätzlich mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

ENTWURF

5 Erläuterungen zur Gesamtbilanz

Dem Gliederungsschema der Gesamtbilanz sind keine über die gesetzlich vorgeschriebenen Mindestanforderungen hinausgehenden Posten hinzugefügt worden.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Konsolidierung erstmalig zum 31.12.2010 durchgeführt worden ist.

Die Fristigkeit und Zusammensetzung der ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind in der (Gesamtverbindlichkeiten und -forderungsspiegel) zu diesem Anhang dargestellt.

Zum Stichtag 31.12.2010 bestanden folgende Bürgschaften seitens der Stadt Gummersbach:

Bürgschaftsnehmer	EUR
Energiegenossenschaft Lieberhausen	292.062,18
Freie Christliche Bekenntnisschule	3.150.000,--
GTC	654.257,61
GWG -Steinmüller/ARGE-	1.074.085,--
Stadthalle	429.321,95
Waldorfschule Oberberg	284.673,83
a) GLS Gemeinschaftsbank	
b) KfW	311.108,--
zusammen	6.195.508,57

Bürgschaften seitens der Stadtwerke bestehen nicht.

Aus Leasingverträgen der Stadt und der Stadtwerke summieren sich die Verpflichtungen zum Stichtag auf rund 18.400 €.

Zum Bilanzstichtag bestanden Kostenunterdeckungen in den Gebühren rechnenden Einrichtungen Winterdienst (606,8 T€) und Bestattungswesen (86,5 T€), sowie eine Überdeckung im Bereich Kehrdienst (64,9 T€).

Die Beteiligungswerte der assoziierten Unternehmen werden angepasst an die Einzelabschlüsse Meldedaten des Krankenhaus Gummersbach GmbH und der Oberbergischen Verkehrsbetriebe. Die Differenz der Beteiligungswerte in Höhe von insgesamt -1.908 T€, die sich zwischen den städtischen Eröffnungsbilanzwerten und den Daten zum 01.01.2010 der assoziierten Unternehmen ergibt wird auf vier Jahre mit einem jährlichen Wert in Höhe von 477 T€ abgeschrieben. Der Jahresüberschuss der Krankenhaus Gummersbach GmbH zum 31.12.2010 wird ebenfalls berücksichtigt und entlastet das Jahresergebnis um 549 T€.

6 Erläuterungen zur Gesamtergebnisrechnung

Nach den positiven Ergebnissen bei der Gewerbesteuer mit rd. 34 Mio€ in 2007 und rd. 38 Mio€ in 2008 hat sich der Einbruch der Gewerbesteuer in 2009 im Jahr 2010 fortgesetzt. Die Erträge aus den Gemeindeanteilen der Einkommensteuer und Umsatzsteuer fließen plangemäß. Bei den Schlüsselzuweisungen ergibt sich aus dem Nachtrag zum GFG 2010 eine Verbesserung um rd. 600 T€.

ENTWURF

Grundsätzlich ist festzustellen, dass die Aufwendungen in weiten Teilen innerhalb der vorhandenen Planwerte bewirtschaftet werden konnten und insoweit nur in wenigen begründeten Ausnahmefällen über die Planung hinausgehenden Bedürfnissen entsprochen werden musste.

Entlastungen ergeben in Folge der geringen Gewerbesteuereinnahme bei der Gewerbesteuerumlage sowie bei den Kassenkreditzinsen trotz des hohen Gesamtvolumens durch das außerordentlich niedrige Zinsniveau für kurzfristige Finanzmittel.

Die negative Entwicklung der Ertragslage verbunden mit hohen Erstattungsbeiträgen der Gewerbesteuer für Vorjahre und die aufgelaufenen Altdefizite führten im Laufe des Jahres 2010 zu der Notwendigkeit, den Höchstbetrag der Kassenkredite von bisher 40 Mio € auf 60 Mio € zu erhöhen.

Die Gesamtergebnisrechnung entspricht mit dem Jahresergebnis im Wesentlichen dem städtischen Jahresabschluss, da der erhebliche Fehlbetrag bedingt durch die Rückgänge im Bereich der Gewerbesteuer ist. Im Einzelnen haben sich die Jahresabschlüsse zu folgendem Konzernergebnis verdichtet (Hinweis: Das Konzern-Jahresergebnis entspricht nicht einer bloßen Saldierung der Einzelergebnisse, da alle gegenseitigen Leistungsbeziehungen der Konzernpartner aufgerechnet (neutralisiert) werden und sich aus der Neubewertung weitere Ergebnisauswirkungen ergeben können):

Stadt Gummersbach	-27.132 T€
Eigenbetrieb Stadtwerke (nicht gewerblicher Bereich)	0 €
Eigenbetrieb Stadtwerke (gewerblicher Bereich)	757 T€
Konzern-Ergebnis vor Konsolidierung	-26.375 T€
Konzern-Ergebnis nach Konsolidierung	-26.963 T€
Differenz (Verschlechterung)	<u>-588 T€</u>

Es handelt sich bei der hier ausgewiesenen Differenz ausschließlich um unechte Differenzen, die aus buchungstechnischen Unzulänglichkeiten entstanden sind. Maßgeblich wirken sich hier die Konzessionsabgabe und die Verlustübernahme in Höhe von 584.756,22 € aus, die in den Einzelabschlüssen in unterschiedlichen Buchungsperioden verbucht worden sind.

Differenzen unterhalb der festgelegten Wertgrenze von 500 T € sind nicht konsolidiert worden.

Eine Zwischenergebniskonsolidierung entfällt aufgrund der nicht relevanten Sachverhalte.

7 Gesamtkapitalflussrechnung

Als Anlage 2 ist diesem Anhang als Pflichtbestandteil eine Gesamtkapitalflussrechnung nach dem Deutschen Rechnungslegungsstandard 2 beigelegt.

Es wird nur die Kapitalflussrechnung für das Jahr 2010 vorgelegt. Die Aufstellung des Gesamtabschlusses erfolgt zum Stichtag 31.12.2010, sodass ein Vergleich mit dem Jahr 2009 nicht möglich ist.

Entwurf
Gesamtverbindlichkeitspiegel 2010

	Wert 31.12.2010	Restlaufzeit < 1 Jahr	Restlaufzeit 1 - 5 Jahre	Restlaufzeit > 5 Jahre
1 Verbindlichkeiten	-274.932.815,61 EUR	-146.473.973,10 EUR	-29.847.673,57 EUR	-98.611.168,94 EUR
1.1 Anleihen				
1.2 Verb. aus Krediten für Investitionen	-171.430.803,39 EUR	-46.590.316,19 EUR	-28.165.494,20 EUR	-96.674.993,00 EUR
1.3 Verb. aus Krediten zur Liquiditätssicherung	-62.929.453,32 EUR	-62.375.293,86 EUR	-583.012,92 EUR	-599.491,60 EUR
1.4 Verb. aus Vorg. die Kreditaufn. wirtsch. gleichkommen	-2.110.137,19 EUR	-190.000,00 EUR	-760.000,00 EUR	-1.160.137,19 EUR
1.5 Verb. aus Lieferungen und Leistungen	-6.839.096,63 EUR	-5.834.436,51 EUR	-270.438,46 EUR	-105.876,60 EUR
1.6 Sonstige Verbindlichkeiten	-31.623.325,08 EUR	-31.483.926,54 EUR	-68.727,99 EUR	-70.670,55 EUR

Entwurf
Gesamtforderungsspiegel 2010

	Wert 31.12.2010	Restlaufzeit < 1 Jahr	Restlaufzeit 1 - 5 Jahre	Restlaufzeit > 5 Jahre
1 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	21.454.743,37 EUR	21.089.772,62 EUR	179.942,37 EUR	185.028,38 EUR
1.1 Forderungen	12.044.258,78 EUR	12.044.258,78 EUR		
1.1.1 Eingefordertes, noch nicht eingezahltes Kapital				
1.1.2 Sonstige Forderungen	12.044.258,78 EUR	12.044.258,78 EUR		
1.2 Sonstige Vermögensgegenstände	9.410.484,59 EUR	9.045.513,84 EUR	179.942,37 EUR	185.028,38 EUR

Stadt Gummersbach
Der Bürgermeister

E N T W U R F

GESAMTLAGEBERICHT

gemäß
§ 116 Gemeindeordnung
i.V.m. § 49 Gemeindehaushaltsverordnung

zum

GESAMTABSCHLUSS 2010

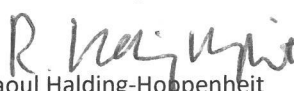
Bestätigt
gemäß § 95 Abs. 3 GO

Gummersbach, den 21.03.2018


Frank Helmenstein
Bürgermeister

Aufgestellt
gemäß § 95 Abs. 3 GO

Gummersbach, den 21.03.2018


Raoul Halding-Hoppenheit
Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer

ENTWURF**Inhalt**

1. Gesetzliche Grundlagen.....	3
2. Das Haushaltsjahr 2010 im Überblick	3
3. Vermögenslage	4
4. Finanzlage	6
5. Ertrags- und Aufwandslage	6
6. Ausblick, Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung.....	7
7. Organe und Mitgliedschaften	9

ENTWURF

1. Gesetzliche Grundlagen

Der erste Gesamtabschluss nach §§ 116 Gemeindeordnung (GO) NRW, §§ 49-51 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) NRW sowie §§ 300, 301, 303-305, 307-309 sowie §§ 311-312 Handelsgesetzbuch (HGB) (Handelsgesetzbuch in der Fassung vom 25. Mai 2009) ist spätestens zum Stichtag 31. Dezember 2010 aufzustellen. Gemäß § 116 Abs. 5 GO NRW ist der Gesamtabschluss innerhalb der ersten neun Monate nach dem Abschlussstichtag aufzustellen und vom Rat nach erfolgter Prüfung durch den Rechnungsprüfungsausschuss gemäß § 116 Abs. 1 GO NRW i.V.m. § 96 Abs. 1 GO NRW bis zum 31. Dezember des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres zu bestätigen. Für den ersten Gesamtabschluss zum 31.12.2010 konnten diese Fristen auf Grund der umfangreichen Prüfungen und Vorbereitungen im Zusammenhang mit der erstmaligen Aufstellung eines Konzernabschlusses nicht eingehalten werden.

Zusätzliche zwingende Voraussetzung für den Gesamtabschluss ist die Fertigstellung der städtischen Einzelabschlüsse, die ebenfalls mit Zeitverzug fertig gestellt worden sind.

Der Bericht zur Lage im „Konzern Stadt Gummersbach“ bezieht neben der Stadt Gummersbach die nachfolgenden konsolidierungspflichtigen Betriebe mit ein, da diese unter Aufrechnung gegenseitiger Leistungsbeziehungen beherrschenden Einfluss auf die Gesamtlage im „Konzern“ haben:

- Eigenbetrieb "Stadtwerke Gummersbach" (Eigenbetrieb)
- Beteiligung am "Kreiskrankenhaus Gummersbach GmbH" (Anteil: 26,0 %)
- Beteiligung an der Oberbergische Verkehrsgesellschaft mbH" (Anteil: 26,66 %)

Im Gesamtlagebericht nach § 51 Abs. 1 GemHVO NRW ist das durch den Gesamtabschluss zu vermittelnde Bild der Vermögens-, Schulden, Ertrags- und Finanzgesamtlage des „Konzerns“ zu erläutern. Ferner ist ein Überblick über den Geschäftsverlauf zu geben, der die wichtigsten Ergebnisse des Gesamtabschlusses und die Gesamtlage in ihren tatsächlichen Verhältnissen unter Einbeziehung einer Analyse der Haushaltswirtschaft darstellt. Letztlich ist noch auf die Chancen und Risiken für die zukünftige Entwicklung einzugehen.

2. Das Haushaltsjahr 2010 im Überblick

Der „Konzern Stadt Gummersbach“ erzielt in seinem ersten „Konzerngeschäftsjahr“ einen Konzern-Jahresfehlbetrag in Höhe von 26.963.066,58 €. Wie die nachfolgende Aufstellung der Einzel-Jahresergebnisse verdeutlicht, ist dieser Konzern-Jahresfehlbetrag um rd. 588 T€ höher als der Saldo der Ergebnisse aus den Einzelabschlüssen. (Hinweis: Das Konzern-Jahresergebnis entspricht nicht einer bloßen Saldierung der Einzelergebnisse, da alle gegenseitigen Leistungsbeziehungen der Konzernpartner aufgerechnet (neutralisiert) werden und sich aus der Neubewertung weitere Ergebnisauswirkungen ergeben können):

Stadt Gummersbach	-27.132 T€
Eigenbetrieb Stadtwerke (nicht gewerblicher Bereich)	0 €
Eigenbetrieb Stadtwerke (gewerblicher Bereich)	757 T€
Konzern-Ergebnis <u>vor</u> Konsolidierung	-26.375 T€
Konzern-Ergebnis <u>nach</u> Konsolidierung	-26.963 T€
Verschlechterung	-588 T€

Zu diesem Ergebnis führen insbesondere die Korrekturbuchungen aufgrund zeitlicher Buchungsunterschiede und die Anpassung verschieden eingebuchter Sachverhalte. Maßgeblich wirken sich hier die Konzessionsabgabe und die Verlustübernahme in Höhe von 585 T€ aus.

ENTWURF

3. Vermögenslage

In Vorgriff auf die dargestellte Analyse wird darauf hingewiesen, dass die Vorjahreszahlen aufgrund fehlender Belastbarkeit nicht ausgewiesen werden. Im Rahmen der Eröffnungsbilanz wurde erstmals zum Stichtag 31.12.2010 konsolidiert.

Gesamtbilanzstrukturanalyse

	TEUR	%
<u>Anlagevermögen</u>		
Immaterielle Vermögensgegenstände	503.388	90,7
Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	18.056	3,3
Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	120.838	21,8
Infrastrukturvermögen	299.162	53,9
Bauten auf fremden Grund und Boden	35	0,0
Kunstgegenstände und Kulturdenkmäler	750	0,1
Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	5.667	1,0
Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.500	0,5
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	16.018	2,9
Summe Sachanlagen	463.026	83,4
Finanzanlagen	37.533	6,8
Langfristig gebundenes Vermögen	500.559	90,2
<u>Umlaufvermögen und Rechnungsabgrenzungsposten</u>		
Vorräte	25.299	4,6
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	21.455	3,9
Liquide Mittel	4.343	0,8
Rechnungsabgrenzungsposten	552	0,1
Mittel-/kurzfristig gebundenes Vermögen	51.649	9,3
Gesamtvermögen	555.037	99,5

Das **Gesamtvermögen** liegt bei 555.037 T€, das **Anlagevermögen** hat hieran einen Anteil von über 90%. Wiederum ein Großteil des Anlagevermögens setzt sich aus dem Infrastrukturvermögen zusammen. Mit einem Wert von rund 93,4 Mio € sind hier auch die Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen bilanziert.

Das **Umlaufvermögen** weist mit weniger als 10 % nur einen geringen Anteil auf der Aktivseite aus.

ENTWURF

Passiva	31.12.2010	
	TEUR	%
Eigenkapital	75.904	13,7
Sonderposten (Zuwendungen und Beiträge)	149.431	26,9
Pensions- und Beihilferückstellungen	35.083	6,3
Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	171.431	30,9
Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	2.110	0,4
Langfristig verfügbares Kapital	433.959	78,2
Sonderposten (Gebührenaussgleich und Sonstiges)	8.299	1,5
Sonstige Rückstellungen	5.514	1,0
Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	62.929	11,3
Verbindlichkeiten (Lief./Leistg. und Sonstige)	38.462	6,9
Rechnungsabgrenzungsposten	5.873	1,1
Mittel- und kurzfristig verfügbares Kapital	121.077	21,8
Gesamtkapital	555.036	100,0

Das **Eigenkapital** des Konzerns Stadt Gummersbach beläuft sich zum 31.12.2010 auf 75.904 T€. Aufgrund des erwirtschafteten Gesamtjahresfehlbetrags verringerte sich das Eigenkapital im Vergleich zum Vorjahr. Ursächlich hierfür ist insbesondere der erhebliche Rückgang der Gewerbesteuererträge, die nicht über andere Positionen aufgefangen werden konnten.

Die **Sonderposten** resultieren im Wesentlichen aus vereinnahmten Zuwendungen, Beiträgen und Investitionszuschüssen.

Die **Rückstellungen** beinhalten insbesondere die Beihilfe- und Pensionsrückstellungen für pensionierte und aktiv beschäftigte Beamte, sowie verschiedene Einzelrückstellungen wie z.B. Rückstellungen für nicht in Anspruch genommenen Urlaub sowie geleistete Überstunden, Jahresabschlussprüfungen etc..

Die **Verbindlichkeiten** aus Krediten zur Liquiditätssicherung erhöhten sich infolge der defizitären Haushaltslage um 31.970 T€. Die langfristigen Investitionskredite haben sich um 954 T€ erhöht, womit das Volumen der möglichen Neuaufnahmen jedoch nicht ausgeschöpft worden ist.

Die **Vermögens- und Kapitalstruktur** stellt sich in Kennzahlen wie folgt dar:

Kennzahl	31.12.2010
Anlagenintensität (Anlagevermögen x 100 / Bilanzsumme)	90,69%
Infrastrukturquote (Infrastrukturvermögen x 100 / Bilanzsumme)	53,93%
Eigenkapitalquote I (Eigenkapital x 100 / Bilanzsumme)	13,62%
Eigenkapitalquote II (Eigenkapital + Sonderposten (ohne Sonderposten Gebührenaussgleich) x 100 / Bilanzsumme)	42,03%
Anlagendeckungsgrad II (Eigenkapital + Sonderposten (ohne Sonderposten Gebührenaussgleich) + langfristiges Fremdkapital x 100 / Anlagevermögen)	80,42%

ENTWURF

Kurzfristige Verbindlichkeitsquote (kurzfristige Verbindlichkeiten x 100 / Bilanzsumme)	11,34%
---------------------------------------------------------------------------------------------------	--------

4. Finanzlage

Die Liquiditätslage des „Konzerns“ ist der dem Anhang als Anlage beigefügter **Kapitalflussrechnung** zu entnehmen, die nachfolgend in verkürzter Fassung wiedergegeben ist.

<u>Gesamtkapitalflussrechnung der Stadt Gummersbach</u>	
Finanzmittelfonds zum 01.01.2010	2.875 T€
+ / - Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	25.450 T€
+ / - Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-3.353 T€
+ / - Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-20.628 T€
= Finanzmittelfonds zum 31.12.2010	4.344 T€

Der „Konzern“ konnte in 2010 den negativen Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit nur durch Aufnahme von Fremdmitteln finanzieren, maßgeblich sind die kurzfristigen Verbindlichkeiten. Der Finanzmittelfonds erhöhte sich zum 31.12.2010 zwar auf 4.344 T€, es muss jedoch berücksichtigt werden, dass hier insbesondere Liquiditätskredite ursächlich sind.

5. Ertrags- und Aufwandslage

Erträge	Ergebnisrechnung 2010 in T€	%
Steuern und ähnliche Abgaben	44.183	45,8
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	12.343	12,8
Sonstige Transfererträge	639	0,7
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	6.867	7,1
Privatrechtliche Leistungsentgelte	18.995	19,7
Kostenerstattung und Kostenumlagen	6.372	6,6
Sonstige ordentliche Erträge	6.519	6,8
Aktivierete Eigenleistungen	480	0,5
Bestandsveränderungen	0	0,0
Ordentliche Gesamterträge	96.397	100,0

Den größten Posten bei den Erträgen stellen die **Steuern und ähnlichen Abgaben** dar, die sich zusammensetzen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommens- und Umsatzsteuer inkl. Kompensationszahlung, Gewerbesteuer sowie aus Grundsteuer A und B und übrigen Steuern.

Die **Zuwendungen und allgemeinen Umlagen** beinhalten im Wesentlichen die Schlüsselzuweisung sowie die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Zuwendungen.

In den **öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten** sind neben den sonstigen Verwaltungs- und Benutzungsgebühren die vereinnahmten Abwassergebühren enthalten.

Die **privatrechtlichen Leistungsentgelte** umfassen im Wesentlichen die Umsatzerlöse der Stadtwerke aus dem Verkauf von Trinkwasser.

ENTWURF

Aufwendungen	Ergebnis- rechnung 2010 T€	%
Personalaufwendungen	25.744	21,9
Versorgungsaufwendungen	267	0,2
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	27.974	23,8
Bilanzielle Abschreibungen	15.292	13,0
Transferaufwendungen	42.715	36,3
Sonstige ordentliche Aufwendungen	5.727	4,9
Ordentliche Gesamtaufwendungen	117.719	100,0

36,3 % der Gesamtaufwendungen im Konzern entfallen auf die **Transferaufwendungen**, die sich maßgeblich aus den Umlagezahlungen an den Oberbergischen Kreis und den Gewerbesteuerumlagen zusammensetzen.

6. Ausblick, Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die Beurteilung der Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zur Stichtagsbetrachtung 31.12.2010 des „Konzerns“ erfolgt auf der Basis des vollkonsolidierten Eigenbetriebes Stadtwerke und der Konzernmutter. Demzufolge werden die entsprechenden Aussagen aus den Lageberichten der Einzelabschlüsse wiedergegeben.

Stadt Gummersbach

Im Rahmen des unterjährigen Finanzcontrollings wird die Entwicklung der Ertrags- und Finanzlage verfolgt, um ggf. rechtzeitig steuernd eingreifen zu können. Hierbei stehen die von der Höhe her risikobehafteten Aufwands- und Ertragsbereiche besonders im Fokus. So ist die Entwicklung der Steuereinnahmen, insbesondere die Gewerbesteuer und der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer regelmäßig zu analysieren, da diese Erträge wesentliche Einflussgrößen für den Jahresabschluss darstellen. Gleichzeitig handelt es sich um die am wenigsten beeinflussbaren und prognostizierbaren Positionen des Haushalts. Auf der Aufwandsseite stellt der Jugendhilfebereich mit schwer vorhersehbaren Veränderungen der Fallzahlen ein allgemeines Finanzrisiko dar.

Da die Einflussmöglichkeiten der Stadt auf die großen Ertragspositionen des Haushalts (Gewerbesteuer und Gemeindeanteil an der Einkommensteuer) und auf die Aufwandspositionen im pflichtigen Aufgabenbereich (u.a. Kreisumlage, Jugendhilfe) nur sehr begrenzt sind, müssen sich nachhaltige Konsolidierungsbemühungen auf alle Bereiche des Aufgabenspektrums der Stadt erstrecken. Insgesamt sind der Leistungsumfang sowie die Leistungsqualität kritisch zu hinterfragen und an die finanziellen Möglichkeiten anzupassen.

Stadtwerke Gummersbach (nicht gewerblicher Bereich - Abwasser)

Die geschäftlichen Aktivitäten des Abwasserwerkes sind im Rahmen der vielfältigen Einflussfaktoren untrennbar mit Risiken verbunden. Im Rahmen des Qualitäts- und Umweltmanagementsystems ist ein Risikomanagementsystem installiert worden, um frühzeitig auf politische, wirtschaftliche und finanzielle Veränderungen reagieren zu können. Die dazu notwendigen Instrumente werden kontinuierlich weiterentwickelt und in einem ganzheitlichen Risikomanagementsystem etabliert. Dessen Ziel ist die frühzeitige Erkennung, Bewertung, Steuerung und Kontrolle der Risiken.

ENTWURF

Die Prognose zur zukünftigen Entwicklung ist stabil, nach wie vor ist die Abwasserentsorgung als Instrument der öffentlichen Daseinsvorsorge politischer Diskussionsgegenstand. Zum jetzigen Zeitpunkt sind sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene jedoch keinerlei neue Tendenzen zu Veränderungen erkennbar, so dass kurzfristig eine Aufrechterhaltung des Status Quo überwiegend wahrscheinlich erscheint. Auch zukünftig setzt das Abwasserwerk auf Instrumente, die sowohl die Produktqualität als auch die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens sichern bzw. ausbauen.

Der öffentlich-rechtliche Bereich der Stadtwerke Gummersbach zeigt sich durch permanente Modernisierung und konsequente Optimierung interner wie externer Strukturen für die Zukunft gut aufgestellt. Im August 2011 erfolgt ein weiteres Audit zur Rezertifizierung unseres Qualitäts- und Umweltmanagementsystems durch die BSI NIS ZERT GmbH.

Stadtwerke Gummersbach (gewerblicher Bereich - Wasser, Wärme, Bäder, Parken)

Die geschäftlichen Aktivitäten der Stadtwerke Gummersbach sind im Rahmen der vielfältigen Einflussfaktoren unternehmerischen Handelns untrennbar mit Risiken verbunden.

Das Risikomanagementsystem ist nunmehr seit 2 Jahren installiert und wird rollierend aktualisiert. Das Ziel die zeitgerechte Erkennung, Bewertung, Steuerung und Kontrolle von Risiken wird dadurch konsequent verfolgt. Die notwendigen Instrumente werden weiterhin kontinuierlich fortentwickelt und sind in einem ganzheitlichen Risikomanagementsystem nach wie vor zusammengefasst.

Die Besucherzahlen im Freizeitbad Gumbala entwickeln sich, abgesehen von Schließungszeiten durch Revisionsarbeiten, konstant. Außergewöhnliche Vorfälle, die sich auf den Umsatzverlauf auswirken können, sind nicht bekannt.

Im Rahmen der betrieblichen Tätigkeit ergeben sich vielfältige potenzielle Risiken, die die Vermögens- und Ertragslage beeinflussen können, wie z.B. Bezugspreiserhöhungen für Wasser, Gas, Wärme und Strom. Diese Risiken können in allen gewerblichen Teilbetrieben auftreten. Entsprechend umfassend ist der Katalog von Instrumenten zur Risikosteuerung gestaltet worden, um unkalkulierbare Risiken weitestgehend zu vermeiden. Dort, wo wirtschaftlich vertretbar, tragen vielfältige Unterstützungsprozesse dazu bei, Risiken weitestgehend zu vermindern.

„Konzern“ Stadt Gummersbach

Die Chancen und Risiken des vollkonsolidierungspflichtigen Betriebes haben unmittelbare Auswirkungen auf den Gesamtkonzern.

Insgesamt gilt es durch eine restriktive Finanz-, Ausgaben- und Personalpolitik die in der Finanzplanung ausgewiesenen Defizite zwingend weiter zu reduzieren.

Ein wesentliches Risiko liegt insbesondere auch in der Zinsentwicklung. Durch eine hohe Verschuldung sowohl im lang- als auch im kurzfristigen Bereich hängt die Entwicklung der Aufwendungen für Zinsen auch maßgeblich an der Entwicklung des Zinsniveaus. Im Rahmen des Liquiditäts- und Schuldenmanagements kann dieses Zinsrisiko zwar verringert, aber aufgrund der hohen Volumina nur unwesentlich reduziert werden.

Unter Würdigung aller Chancen und Risiken wird prognostiziert, dass zunächst weiterhin strukturelle Defizite bestehen bleiben, die sukzessive durch Einsparmaßnahmen und Erhöhungen von Realsteuerhebesätzen abzubauen sind. Mittel- bis langfristig können durch eine erfolgreiche Innenstadtentwicklung und die Umsetzung der in einem Haushaltssanierungsplan (Stärkungspakt Stadtfinanzen ab 2012) dargestellten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung ein strukturell ausgeglichener Haushalt dargestellt und eine bilanzielle Überschuldung verhindert werden.

ENTWURF

7. Organe und Mitgliedschaften

Gemäß § 95 Abs. 2 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) werden für den Verwaltungsvorstand und die Ratsmitglieder die folgenden Angaben gemacht.

Verwaltungsvorstand

Name	Vorname	Beruf	Mitgliedschaften nach § 95 Abs. 2 Nr. 3-5 GO NRW
Helmenstein	Frank	Bürgermeister	<ul style="list-style-type: none"> - Aufsichtsrat Entwicklungsgesellschaft Gummersbach mbH - Aufsichtsrat Wohnungsbaugesellschaft Gummersbach mbH - Gesellschafterversammlung OVAG - Kommunalbeirat Provinzial Rheinland Holding - Gesellschafterversammlung AggerEnergie - Gesellschafterversammlung Citymanagement GmbH - Aufsichtsrat Citymanagement GmbH - Verbandsversammlung BTV - Verbandsversammlung ASTO - Gesellschafterversammlung Trägergesellschaft Stadthalle mbH - Mitgliederversammlung Städte- und Gemeindebund NRW - Aufsichtsrat Gründer- und Technologiezentrum Gummersbach GmbH - Verbandsversammlung Zweckverband d. Förderschulen - Gesellschafterversammlung Klinikum Oberberg GmbH - Aufsichtsrat Klinikum Oberberg GmbH - Verbandsversammlung Aggerverband - Wasserwirtschaftsausschuss Aggerverband - Verbandsvorstand Sparkassen- u. Giroverband - Gewährträgersammlung Sparkassen- und Giroverband - Verbandsversammlung Rheinischer Sparkassen- und Giroverband - Beirat der Förderungsgesellschaft Rheinischer Sparkassen- und Giroverband - Verbandsversammlung Sparkassenzweckverband - Verwaltungsrat Sparkasse G'bach-Bergneustadt - Hauptausschuss Spk. G'bach-Bergneustadt - Risikoausschuss Spk. G'bach-Bergneustadt - Vorstand Sparkassen-Kulturstiftung Rheinland - Stiftungskuratorium Sparkassen und Bürgerstiftung - Verwaltungsrat KultGM AöR
Dr. Blau	Klaus	Beigeordneter und Stadtkämmerer	<ul style="list-style-type: none"> - Aufsichtsrat AggerEnergie - Verwaltungsrat KultGM AöR - Aufsichtsrat Gründer- und Technologiezentrum Gummersbach GmbH (Stv.)

ENTWURF

			<ul style="list-style-type: none"> - Aufsichtsrat Klinikum Oberberg GmbH - Beirat RheinEnergie - Treuhänder GVV - Verbandsversammlung Aggerverband - Verwaltungsrat Klinikum Oberberg GmbH
Stücker	Ulrich	Beigeordneter	<ul style="list-style-type: none"> - Technischer Geschäftsführer Entwicklungsgesellschaft Gummersbach mbH - Aufsichtsrat Arena GmbH (Stv.) - Aufsichtsrat Citymanagement GmbH
Thome	Peter	Beigeordneter	<ul style="list-style-type: none"> - Verbandsrat Aggerverband (Vorsitzender) - Aufsichtsrat Aggerwasser GmbH - Aufsichtsrat Aggerenergie - Aufsichtsrat Arena GmbH

Ratsmitglieder

Name	Vorname	Beruf
Auerswald	Helga	Hausfrau
Becker	Rolf-Helmut	Rechtsanwalt
Behrendt	Gabi	Monteur
Bubener	Tim	kfm. Angestellter
Cordes	Marita	Hausfrau
Dick	Uwe	Polizeibeamter
Frackepohl- Hunscher	Bärbel	Realschullehrerin
Geilhaupt	Thomas	Angestellter-Disponent
Gerards	Konrad	Dipl.-Sozialarbeiter
Goldmann	Rüdiger	Studiendirektor a.D.
Guist	Andreas	Technischer Angestellter
Hähner	Thomas	Verwaltungsfachwirt
Hannemann	Josef Werner	Studiendirektor
Häring	Hans-Egon	Postbeamter a.D.
Heinen	Klaus	selbständiger Kaufmann
Jansen	Jörg	Polizeibeamter
Johanns	Dirk	Kulturmanager, Leiharbeiter
Köhler	Ilona	Hausfrau
Konzelmann	Thorsten	Student
Kranenberg	Volker	Soldat
Kretschmann	Reinhard	EDV-Kaufmann
Leesch	Klaus	Pensionär
Löwen	Jakob	Technischer Angestellter
Marquardt	Jürgen	Selbstständiger Kaufmann
Meier	Manfred	Werkzeugmacher
Molitor	Andrea	Veranstaltungsmanagerin
Müller	Gabriele	Hausfrau
Naumann	Horst	Reiseverkehrskaufmann
Richter	Karl-Heinz	Beamter/Firewehr
Saliu	Bajrus	Trainer und Übungsleiter

ENTWURF

Name	Vorname	Beruf
		Taekwondo
Schieder	Uwe	Technischer Angestellter
Schillingmann	Helmut	Geschäftsführer
Schiwek	Karl-Otto	Rentner
Schmalenbach	Hans-Friedrich	Dipl.-Finanzwirt i.R.
Schmitz	Christoph	Betriebswirt
Schneider	Walter	Pensionär
Stommel	Torsten	Betriebswirt
Sülzer	Rainer	Lehrer
Thielen	Ursula	Buchhalterin
Tump	Joachim	Selbst. Bezirksschornsteinfeger
Voß-Jahn	Irmgard	Steuerberaterin
von Trotha	Ulrich, Dr.	Rentner, Zahnarzt
Wilke	Elke	Dolmetscherin
Winkelhoch	Fritz Lothar	Luftverkehrskaufmann

Beteiligungsbericht 2010

**(gleichzeitig Darstellung der Jahresabschlüsse der Gesellschaften,
an denen die Stadt Gummersbach zu mehr als 50 % beteiligt ist
gem. § 108 GO NW)**

Herausgegeben vom Fachbereich Finanzservice im November 2011
Der Bürgermeister
Postfach 10 08 52

51608 Gummersbach

Inhaltsverzeichnis

A. Allgemeines	1	-	7
B. Einzeldarstellung der Unternehmen	8	-	66
1. AggerEnergie GmbH	8	-	11
2. Bauverein Dieringhausen eG	12	-	14
3. Citymanagement GmbH	15	-	17
4. Energiegenossenschaft Lieberhausen eG	18	-	18
5. Entwicklungsgesellschaft Gummersbach mbH	19	-	26
6. Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft mbH	27	-	31
7. Gemeinnütziger Wohnungsverein Gummersbach eG	32	-	34
8. Gründer- und TechnologieCentrum Gummersbach GmbH	35	-	38
9. Klinikum Oberberg GmbH	39	-	44
10. Oberbergische Aufbau GmbH	45	-	48
11. Oberbergische Verkehrsgesellschaft AG Gummersbach	49	-	52
12. Radio Berg GmbH & Co. KG	53	-	55
13. Sparkasse Gummersbach-Bergneustadt	56	-	59
14. Steinmüller Bildungszentrum Gummersbach gGmbH	60	-	62
15. Trägergesellschaft Stadthalle Gummersbach mbH	63	-	65
16. Volksbank Oberberg eG	66	-	66

Die Stadt Gummersbach bedient sich im Rahmen ihrer kommunalen Selbstverwaltung zur Erledigung und Wahrnehmung einiger öffentlicher Aufgaben kommunaler Unternehmen des privaten und öffentlichen Rechts. Zur Information ihrer Ratsmitglieder und Einwohner erstellt die Stadt Gummersbach jährlich einen Beteiligungsbericht auf Grundlage der vorgelegten Jahresabschlüsse der Beteiligungen. Der aktuell vorliegende Bericht wurde weitestgehend nach den Regelungen des NKF aufgestellt und stellt alle unmittelbaren Beteiligungen der Stadt Gummersbach an privatrechtlichen Unternehmen zum Informationsstand vom 31.12.2009 dar. Er enthält neben der Gewinn- und Verlustrechnung auch die Bilanzen der Unternehmen, auf die die Stadt Gummersbach wesentlichen Einfluss hat. Zur Darstellung ihrer Vermögens- und Ertragslage wurden verschiedene Kennzahlen (je nach Verfügbarkeit) zugrunde gelegt:

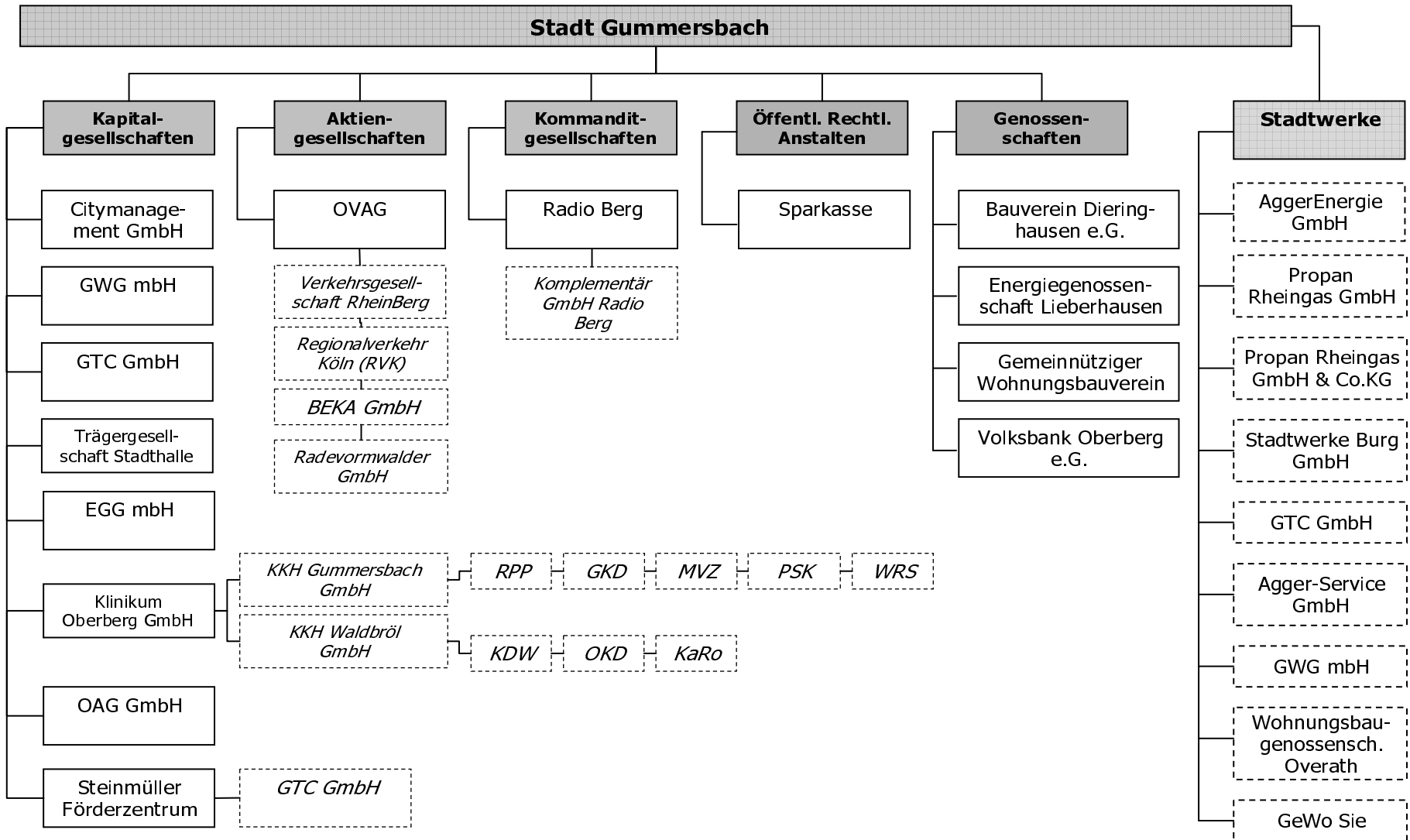
- Eigenkapitalquote: Die Eigenkapitalquote zeigt den prozentualen Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital auf und gilt als Indikator für die Vermögensausstattung des Unternehmens. Eine hohe Eigenkapitalquote weist finanzielle Stabilität und Unabhängigkeit aus.
- Eigenkapitalrentabilität: Die Eigenkapitalrentabilität zeigt den prozentualen Anteil des Eigenkapitals am Jahresüberschuss auf und gilt als Indikator für den prozentualen Erfolg (Verzinsung) des von den Kapitalgebern eingesetzten Eigenkapitals. Je höher die Eigenkapitalrentabilität, desto positiver die Beurteilung des Unternehmens.
- Gesamtkapitalrentabilität: Die Gesamtkapitalrentabilität zeigt das Verhältnis von Gewinn zzgl. Zinsen zum Gesamtkapital (Eigen- und Fremdkapital) an und ist Indikator für die Verzinsung des gesamten Kapitaleinsatzes.
- Umsatzrentabilität: Die Umsatzrentabilität zeigt das Verhältnis zwischen erzieltm Gewinn und Gesamtumsatz des Unternehmens auf und ist ebenfalls ein Erfolgsindikator.
- Cashflow: Der Cashflow beziffert den Überschuss, der sich ergibt, wenn man von den Einnahmen die Ausgaben abzieht. Er ist Indikator dafür, in welchem Maße ein Unternehmen Finanzmittel aus eigener Kraft erwirtschaftet hat. Diese Kennzahl zeigt, wie stark das Unternehmen sich von innen heraus finanzieren kann (Innenfinanzierung), wie groß also das finanzielle Potenzial ist, das aus seiner erfolgreichen Tätigkeit in der Wirtschaft wächst.

Im Hinblick auf die nachfolgenden Einzeldarstellungen der Beteiligungen haben sich im Laufe des Berichtsjahres 2009 folgende Änderungen ergeben:

Die Kreiskrankenhaus Gummersbach GmbH und die Kreiskrankenhaus Waldbröl GmbH sind unter dem Dach der Klinikum Oberberg GmbH als Holding fusioniert, damit ist die Stadt Gummersbach jetzt auch mittelbar an den Tochtergesellschaften der Kreiskrankenhaus Waldbröl GmbH beteiligt.

Die OVAG hat den Partnerbetrieb "Der Radevormwalder GmbH" zur Sicherung der Verkehre im nördlichen Kreisgebiet übernommen.

Nachrichtlich: Die Beteiligung der EGG an der Kalkschlader Erschließungsträger GmbH existiert nicht mehr, da die Firma bereits Anfang 2007 liquidiert und aus dem Handelsregister gelöscht wurde.



Beteiligung an	Stamm-/Grundkapital in EUR	Anteil in EUR	Anteil in %
AggerEnergie GmbH	32.141.250,00	5.185.710,00	16,13
Bauverein Dieringhausen eG	entf.	14.096,46	26 von 388 Anteilen
Citymanagement GmbH	25.000,00	12.500,00	50,00
Energiegenossenschaft Lieberhausen eG	entf.	entf.	entf.
Entwicklungsgesellschaft Gummersbach mbH	1.073.750,00	1.073.750,00	100,00
Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft mbH	542.500,00	313.100,00	57,71
Gemeinnütziger Wohnungsverein Gummersbach eG	entf.	6.300,00	21 von 304 Anteilen
Gründer- und TechnologieCentrum Gummersbach GmbH	730.150,00	421.900,00	57,78
Klinikum Oberberg GmbH	1.965.000,00	423.300,00	22,00
Oberbergische Aufbau GmbH	630.100,00	25.600,00	4,06
Oberbergische Verkehrs AG Gummersbach	4.704.000,00	1.254.400,00	26,67
Radio Berg GmbH & Co. KG	511.291,88 Kommanditkapital	10.737,13	2,10
Sparkasse Gummersbach-Bergneustadt	entf.	entf.	entf.
Steinmüller Bildungszentrum Gummersbach	25.000,00	2.500,00	10,00
Trägersgesellschaft Stadthalle Gummersbach mbH	444.824,00	317.001,00	71,25
Volksbank Oberberg eG	43.878.965,67 gezeichnetes Kapital	193,35	0,0004406

ÜBERSICHT
ÜBER DIE ZUGUNSTEN DER BETEILIGUNGSGESELLSCHAFTEN
ÜBERNOMMENEN BÜRGSCHAFTEN

Bürgschaftsnehmer	Stand zu Beginn des Haushaltsjahres 2010 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	voraussichtlicher Stand zu Beginn des Haushaltsjahres 2011 EUR
1	2	3	4	5
Energiegenossenschaft Lieberhausen	324.514,90	0,00	32.452,72	292.062,18
Gründer- und TechnologieCentrum Gummersbach	693.418,73	0,00	39.161,12	654.257,61
Gemeinnützige Wohnungsbau GmbH Gummersbach (Übergangsheime)	16.463,67	0,00	16.463,67	0
Gemeinnützige Wohnungsbau GmbH Gummersbach (Unterbr. ARGE)	1.264.105,00	0,00	190.020,00	1.074.085,00
Trägersgesellschaft Stadthalle Gummersbach mbH	441.340,93	0,00	12.018,98	429.321,95
zusammen	2.739.843,10	0,00	290.116,49	2.449.726,60

Auswirkungen auf den städtischen Haushalt

Die folgende Übersicht weist die für die Jahre 2009/2010 ausgezahlten Gewinnanteile nach:

Unternehmen	2010 EUR
Radio Berg GmbH & Co. KG	5.125,34
Sparkasse Gummersbach-Bergneustadt	182.575,57
AggerEnergie GmbH	1.187.873,11
Nachrichtlich: Gemeinnützige Wohnungsbau GmbH (2009)	9.374,57

Gummersbach, im November 2011

gez.
Dr. Blau
1. Beigeordneter
und Stadtkämmerer

AggerEnergie GmbH
Alexander-Fleming-Str. 2
51643 Gummersbach
Tel. 0 22 61 / 3003-0

Gründung

21.08.2006; rückwirkend zum 01.01.2006

Gesellschaftsvertrag

Es ist gültig der Vertrag vom 23.06.2006

Beteiligungsverhältnis

Stammkapital:		32.141.250,00 EUR
RheinEnergie AG, Köln	65,6265 %	21.093.160,00 EUR
Stadt Gummersbach	16,1341 %	5.185.710,00 EUR
Stadt Wiehl	6,1855 %	1.988.110,00 EUR
Gemeindewerke Engelskirchen	4,3028 %	1.382.960,00 EUR
Stadt Bergneustadt	3,2277 %	1.037.410,00 EUR
Stadt Overath	2,4217 %	778.360,00 EUR
Gemeinde Marienheide	0,6119 %	196.680,00 EUR
Stadt Waldbröl	0,6119 %	196.680,00 EUR
Gemeinde Reichshof	0,5320 %	171.000,00 EUR
Gemeinde Morsbach	0,3459 %	111.180,00 EUR

Beteiligungen der Gesellschaft

Die AggerEnergie ist an folgenden Gesellschaften beteiligt:

AggerService GmbH	- mit einem Geschäftsanteil von 100 %
Rhein-Energie-Express GmbH, Köln	- mit einem Geschäftsanteil von 4%
Propan Rheingas GmbH & CO. KG, Brühl	- die Kommanditeinlage beträgt 3,1 % des Gesellschaftskapitals
Propan Rheingas GmbH, Brühl	- mit einem Geschäftsanteil von 2,5%
Stadtwerke Burg GmbH, Burg	- mit einem Geschäftsanteil von 1 % des Stammkapitals
GTC Gründer- u. TechnologieCentrum Gummersbach GmbH, Gummersbach	- mit einem Anteil von 3,506 % des Stammkapitals
Gemeinnützige Wohnungsbau Gesellschaft mbH, Gummersbach	- mit einem Geschäftsanteil von 2,340 % des Stammkapitals

Besetzung der OrganeAufsichtsrat

Dr. Dieter Steinkamp, Vorsitzender (bis 31.12.2010, ab 01.01.2011 stellv. Vorsitzender)
Christoph Schmitz, stellv. Vorsitzender (bis 31.12.2010, ab 01.01.2011 Vorsitzender)
Thomas Breuer, Vorstand RheinEnergie AG Köln
Paul Esser, Kfm. Angestellter
Thorsten Falk, Beigeordneter Stadt Bergneustadt
Dieter Hassel, Vorstand RheinEnergie AG Köln
Andreas Heider, Bürgermeister Stadt Overath
Michael Pfeiffer, Ratsmitglied Stadt Wiehl
Uwe Schöneberger
Volker Staufert, Vorstand RheinEnergie AG Köln
Bernd Dillenburger, leit. Angestellter RheinEnergie AG Köln

Geschäftsführung

Frank Röttger

Gesellschafterversammlung

Gesche Gehrmann, Abteilungsleiterin RheinEnergie AG; Köln
Wolfgang Becker, Stadtverordneter Stadt Gummersbach
Karl Ludwig Riegert, Stadtverordneter Stadt Wiehl
Wilfried Römer, Ratsmitglied Gemeindegewerke Engelskirchen
Gerhard Halbe, Bürgermeister Stadt Bergneustadt
Hans Gerd Wunderlich, Stadtverordneter Stadt Overath
Christoph Beyer, Ratsmitglied Gemeinde Marienheide
Paul Giebeler, Stadtverordneter Stadt Waldbröl
Gregor Rolland, Bürgermeister Gemeinde Reichshof
Raimund Reuber, Bürgermeister Gemeinde Morsbach

Stellvertreter ist Bürgermeister Frank Helmenstein

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Energie- und Wasserversorgung des Aggertales und dessen Nachbargebiete sowie alle dazugehörigen versorgungswirtschaftlichen Aufgaben und Dienstleistungen zum rationellen und umweltfreundlichen Einsatz von Energie, soweit sie möglich und wirtschaftlich vertretbar sind. Die Gesellschaft betreibt als regionales Dienstleistungsunternehmen die Versorgung mit Strom flächendeckend in 5 Kommunen und in den Ortschaften Denklingen und Steimelhagen sowie mit Erdgas in 10 Städten und Gemeinden der Region. Darüber hinaus betreibt die Gesellschaft die Wasserversorgung in der Gemeinde Engelskirchen. In der Gemeinde Marienheide und in der Stadt Wiehl wird die Wasserversorgung in Form von Betriebsführungen betrieben. In der Stadt Bergneustadt ist die Gesellschaft für die kaufmännische Abwicklung der Wasserversorgung zuständig. Ferner betreibt sie Straßenbeleuchtungsanlagen und bietet weitere energienahe Dienstleistungen an. Daneben wird über die Beteiligung an dem Netzbetreiber AggerService GmbH und über den geschlossenen Pachtvertrag der sichere Betrieb der Netze gewährleistet.

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01. - 31.12.2010	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
Umsatzerlöse	230.200.020,76	238.332,4
Energiesteuer	19.791.753,94	20.385,0
Umsatzerlöse ohne Energiesteuer	210.408.266,82	217.947,4
Andere aktivierte Eigenleistungen	692.827,20	602,4
Gesamtleistung	211.101.094,02	218.549,8
Sonstige betriebliche Erträge	1.309.363,47	6.315,1
Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe und für bezogene Waren	95.654.259,04	118.036,4
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	60.787.937,96	60.030,1
Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	8.351.287,54	6.442,5
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung davon für Altersversorgung 538.022,47 EUR (Vorjahr 634,6 TEUR)	1.965.459,71	14.013,4
Abschreibungen	6.608.999,55	6.442,5
- auf immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		
Sonstige betriebliche Aufwendungen	21.063.183,05	14.013,4
Betriebsergebnis	17.979.330,64	16.350,3
Erträge aus Beteiligungen	44.148,47	13,9
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens aus Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	3.248,04	0,0
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	254.589,15	150,0
davon gegenüber verbundenen Unternehmen 19.137,99 EUR (Vorjahr 0,0 TEUR)		
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	629.460,24	91,0
davon gegenüber verbundenen Unternehmen 37.400,00 EUR (Vorjahr 61,7 TEUR)		
Aufwendungen aus Verlustübernahme	0,0	3.083,8
Finanzergebnis	-235.712,96	-3.010,9
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	17.743.617,68	13.339,4
Außerordentliche Aufwendungen	160.795,00	0,0
Außerordentliches Ergebnis	-160.795,00	0,0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	5.984.593,24	3.255,9
Sonstige Steuern	29.960,92	40,8
Jahresüberschuss	11.568.268,52	10.042,7
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	57.651,72	15,0
Bilanzgewinn	11.625.920,24	10.057,7

Lagebericht

An Endkunden wurden 609,7GWh (-3%) an Strom und 1.802,7GWh (+4,6%) an Gas abgesetzt. Der Absatz an Gas stieg in erster Linie witterungsbedingt, der Rückgang an Strom ist auf Kundenverluste an Wettbewerber zurückzuführen.

Der Wasserverbrauch an Endverbraucher stieg in der Gemeinde Engelskirchen gegenüber dem Vorjahr, in erster Linie aufgrund periodenfremder Abrechnungs-Effekte, und betrug insgesamt 889,5 Tm³. Das betriebsgeführte Wasserwerk der Gemeinde Marienheide verkaufte 550 Tm³ (Vorjahr: 562 Tm³) Trinkwasser, das der Stadtwerke Wiehl GmbH 1.151 Tm³ (Vorjahr: 1.131 Tm³). Beide Absatzmengen zeigen keine signifikante Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Das Wasserwerk der Stadt Bergneustadt, für das AggerEnergie kaufmännische Dienstleistungen erbringt, verkaufte im Berichtsjahr 803 Tm³ (Vorjahr: 802 Tm³).

Der Absatz in der Sparte Wärme konnte gegenüber dem Vorjahr um 16,1% auf 24,9 GWh gesteigert werden. AggerEnergie betreibt außerdem Straßenbeleuchtungsanlagen, bietet Gasgerätewartungen an und erbringt weitere energienahe sowie sonstige Dienstleistungen.

Zum 01.01.2010 hat die Rheinische Netzgesellschaft mbH, Köln, (RNH) die Funktion des Netzbetreibers für die Strom- und Gasnetze der AggerEnergie übernommen. Sie ist verantwortlich für den wirtschaftlichen und sicheren Betrieb der Versorgungsanlagen und agiert im Rahmen der Regulierung durch die Bundesnetzagentur. Die Anlagen der AggerEnergie wurden im Wege der Verpachtung über die RheinEnergie AG, Köln, an die RNG übertragen, die AggerEnergie wurde mit dem Netzservice und mit technischen Dienstleistungen beauftragt.

Die Umsatzerlöse nach (einschließlich der Strom-/Energiesteuer) entfallen zu 118,8 Mio. € auf die Sparte Strom und zu 104,0 Mio. € auf die Sparte Gas. Die übrigen Umsatzerlöse von 7,4 Mio. € resultieren im Wesentlichen aus dem Verkauf von Wasser und Wärme sowie aus der Betriebsführung für die Wasserwerke in Wiehl und Marienheide, aus dem Kaufmännischen Dienstleistungsvertrag mit dem Wasserwerk Bergneustadt, sowie aus weiteren energienahen Dienstleistungen und Aufträgen.

Die gesamten Umsatzerlöse nach Abzug der Strom-/Energiesteuer sanken im Vergleich zum Vorjahr um 7,5 Mio. € (-3,5%) auf 210,4 Mio. €. Der Erlösrückgang ist im Wesentlichen durch Absatzrückgänge, bedingt durch Kundenwechsel im Privat- und Gewerbekundenbereich der Sparte Strom, verursacht. Zusätzlich wirken sich in der Sparte Gas bei den Preissenkungen aus dem Jahre 2009 auf die Umsatzerlöse der Privat- und Gewerbekunden aus.

Das Betriebsergebnis stieg trotz der erhöhten Risikovorsorge für mögliche Rückforderungen aufgrund rechtsunwirksamer Preisänderungsklauseln im Vergleich zum Vorjahr um 1,6 Mio. € (+10,0%) auf 18,0 Mio. €. Das Finanzergebnis betrug -0,2 Mio. €. Hierbei wirkte sich einerseits ein Ertrag durch den Ergebnisabführungsvertrag mit der Tochtergesellschaft AggerService GmbH in Höhe von 0,1 Mio. € aus (Vorjahr: Verlust von 3,1 Mio. €), andererseits entstand hauptsächlich durch Effekte des Bilanzmodernisierungsgesetzes (BilMoG) ein negatives Zinsergebnis. Es ergab sich insgesamt ein um 4,4 Mio. € besseres Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von 17,7 Mio. €. Nach Abzug der Ertragssteuern sowie der sonstigen Steuern von insgesamt 6,0 Mio. € und eines durch die Vorschriften des BilMoG verursachten außerordentlichen Aufwandes von 0,2 Mio. € verblieb ein Jahresüberschuss von 11,6 Mio. €.

Die Bilanzsumme der AggerEnergie hat sich zum 31.12.2010 gegenüber dem Bilanzstichtag des Vorjahres um 2,7 Mio. € auf 99,1 Mio. € verringert. Der Anteil des Sachanlagevermögens an der Bilanzsumme beträgt 61,4%. Mit einer Eigenkapitalquote von 47,3% verfügt die AggerEnergie über eine solide Kapitalausstattung. Das Sachanlagevermögen ist durch Eigenkapital, empfangene Ertragszuschüsse sowie durch Sonderposten für Investitionszuschüsse zu 91,8% gedeckt.

Die Geschäftsführung sieht keine Risiken, die unter Berücksichtigung von gegensteuerungs- und Minimierungsmaßnahmen den Fortbestand des Unternehmens unmittelbar gefährden.

Bauverein Dieringhausen
Zur Aggerhalle 27
51645 Gummersbach
Tel. 0 22 61 / 7 73 54

Gründung

1919

Satzung

Es ist gültig die Satzung vom 18. April 2001.

Beteiligungsverhältnis

Die Stadt ist mit 26 Geschäftsanteilen beteiligt. Der Stadtanteil beträgt 14.096,46 €.

Beteiligungen der Genossenschaft

keine

Besetzung der OrganeAufsichtsrat

Winfried Horlitz (Vorsitzender)
Roland Kuboth (stellv. Vorsitzender)
Reinhold Dick
Gert Helmenstein
Manfred Schweingruber
Egon Babylon

Vorstand

Jens Dannenberg (hauptamtlich ab 01.07.2006)
Wilhelm Pütz (nebenamtlich)
Lothar Prinz (nebenamtlich)

Gegenstand des Unternehmens

Die Genossenschaft kann Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen bewirtschaften, errichten, erwerben, vermitteln und betreuen. Sie kann alle im Bereich der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen. Hierzu gehören Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Räume für Gewerbebetriebe, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen. Beteiligungen sind zulässig.

Die Genossenschaft kann zur Ergänzung der wohnlichen Versorgung ihrer Mitglieder Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Räume für Gewerbebetriebe, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen bereitstellen. Daneben kann sie die Errichtung von Wohnungsbauten sowie die in Satz 1 genannten Bauten betreuen und fremde Wohnungen bewirtschaften. Außerdem kann sie alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben eines gemeinnützigen Wohnungsunternehmens übernehmen.

Die Genossenschaft darf nur die durch das Recht über die Gemeinnützigkeit im Wohnungswesen zugelassenen Geschäfte und Maßnahmen betreiben. Der Geschäftsbetrieb der Genossenschaft erstreckt sich auf die Städte Gummersbach und Wiehl sowie die Gemeinde Engelskirchen. Die Ausdehnung des Geschäftsbetriebes auf Nichtmitglieder ist zugelassen; Vorstand und Aufsichtsrat beschließen gem. § 30 die Voraussetzungen.

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01. - 31.12.2010	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung	1.297.460,00	1.302.870,85
Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	1.641,55	5.371,40
Sonstige betriebliche Erträge	33.976,07	14.652,36
Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	1.102.250,96	867.562,14
Rohergebnis	230.826,66	455.332,47
Personalaufwand	149.113,70	145.729,46
a) Löhne und Gehälter	120.016,84	117.293,84
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	29.096,86	28.435,62
Abschreibungen auf Sachanlagen	104.271,62	124.465,15
Sonstige betriebliche Aufwendungen	43.090,16	41.640,53
Erträge aus anderen Finanzanlagen	30,00	22,09
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	23.471,52	34.504,46
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-42.147,30	178.023,88
Sonstige Steuern	27.564,46	26.991,67
Jahresüberschuss	-69.711,76	151.032,21
Gewinnvortrag	5.060,80	4.028,59
Einstellungen aus dem Jahresüberschuss in Ergebnisrücklagen	-70.000,00	150.000,00
Bilanzgewinn	5.349,04	5.060,80

Lagebericht

Die Genossenschaft führt ihre Geschäfte als steuerbefreite Vermietungsgenossenschaft im Sinne des § 5 Abs. 1 Nr. 10 KStG.

Der Jahresabschluss 2010 weist einen Jahresfehlbetrag von 70 T€ (Vorjahr: Überschuss 151 T€) aus. Das Ergebnis resultiert mit 93 T€ Verlust (Vorjahr: Überschuss 119 T€) aus der Hausbewirtschaftung und mit 23 T€ aus Zinserträgen und anderen. Das Ergebnis aus der Hausbewirtschaftung wird maßgeblich durch die Kosten für Wohnungsverbesserungen und Instandhaltungen in Höhe von 793 T€ (Vorjahr 553 T€) bestimmt. Die Ergebnisverminderung gegenüber dem Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus höheren Instandhaltungs- (+ 240 T€) und Verwaltungskosten (+ 3 T€) und gestiegenen Erlösschmälerungen (+ 11 T€) denen gestiegene Sollmieten (+ 4 T€) und Umlagen (+ 2 T€) sowie gesunkene Abschreibungen (- 20 T€) gegenüberstehen.

Trotz unserer Akquisitionsbemühungen sind die Erlösschmälerungen wie erwartet in 2010 weiter angestiegen und betragen nunmehr 54 T€ gegenüber 44 T€ im Vorjahr, entsprechend 5,3 % der Sollmieten (Vorjahr: 4,3 %). Am 31. Dezember 2010 standen 25 Wohnungen (Vorjahr 17) vorübergehend leer. Für 2011 wird mit etwa gleichen Erlösschmälerungen gerechnet. Die Zunahme der Erlösschmälerungen wurde in 2010 durch einen Anstieg der Sollmieten rd. 4 T€ durch moderate Mieterhöhung bei Modernisierungen und Mieterwechsel, teilweise kompensiert. Die Ertragslage ist nach wie vor gesichert.

Die Bilanzsumme hat sich von 5.528 T€ um 59 T€ auf 5.469 T€ verringert. Das Anlagevermögen hat sich insbesondere durch Abschreibungen um 73 T€ vermindert. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme beträgt zum Abschlussstichtag 59,03% gegenüber 59,72% im Vorjahr. Die übrigen Aktiva hat sich um 14 T€ erhöht.

Das langfristige Eigenkapital hat sich in 2010 gegenüber 2009 um 79 T€ auf 5.033 T€ verringert. Die Eigenkapitalquote hat sich um 0,5%-Punkte auf 92% vermindert. Die kurzfristigen Passiva sind von 416 T€ um 20 T€ auf 436 T€ gestiegen. Der im abgelaufenen Geschäftsjahr erwirtschaftete Cashflow beträgt 34 T€ (Vorjahr: 276 T€). Den langfristigen Vermögenswerten von 3.229 T€ steht ein langfristiges Eigenkapital von 5.034 T€ gegenüber. Die Liquidität und die Zahlungsbereitschaft sind unter Einbeziehung der Finanzplanung auch für das Jahr 2011 gesichert. Die Vermögens- und Kapitalverhältnisse sind geordnet.

Wohnungsbewirtschaftung: Auch im vergangenen Jahr wurden wieder mehrere Bäder und Heizungen modernisiert. In 2010 wurden 41 Wohnungen gekündigt und 34 Wohnungen neu vermietet. Das entspricht einer Fluktuation von rd. 12%.

Zum 31.12.2010 verfügt der Bauverein Dieringhausen e. G. über

351 Mietwohnungen mit insgesamt 20.749 qm Wohnfläche
95 Garagen
1 Geschäftslokal für eigene Zwecke

Zurzeit sind keine den Bestand der Genossenschaft gefährdende Risiken erkennbar.

Citymanagement Gummersbach GmbH Rathausplatz 1 51643 Gummersbach Tel. 0 22 61 / 87 1544	Gründung 1999 Gesellschaftsvertrag Es ist gültig der Vertrag vom 19. März 1999.
---------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Beteiligungsverhältnis

Stammkapital	25.000,00 EUR
Stadt Gummersbach	12.500,00 EUR
Innenstadtgemeinschaft Gummersbach e.V.	12.500,00 EUR

Beteiligungen der Gesellschaft

keine

Besetzung der Organe

Geschäftsführer:

Markus Peter Scholmann (Alleinvertretungsberechtigter Geschäftsführer)

Zusammensetzung des Aufsichtsrates:

Mitglieder

Volker Simstich, Vorsitzender
Frank Helmenstein, stellv. Vorsitzender
Helga Auerswald
Eric Bode
Frank Grebe
Henning Zöller
Ulrich Stücker
Friedrich Schmalenbach

Vertreter

Ulrich Pfeiffer
Dr. Klaus Blau
Egon Häring
Ursula Beck
Norman Scholz
Hans Jörg Mecke
Elmar Oehm
Bärbel Frackenpohl-Hunscher

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die im dringenden öffentlichen Interesse liegende Förderung des Standortes Innenstadt Gummersbach hinsichtlich der Funktionen Handel, Dienstleistungen, Kultur und Freizeit.

Ein Schwerpunkt der Tätigkeit der Citymanagement Gummersbach GmbH ist die Beratung der ansässigen Einzelhändler. Ansiedlungsinteressierte Geschäftsleute werden in ihrem Ansinnen soweit wie möglich von der Citymanagement beraten und durch Informationen unterstützt. Der andere Tätigkeitsschwerpunkt ist die Durchführungen von Events mittels qualitativvoller Veranstaltungen in der Fußgängerzone. Dadurch fördert die Citymanagement den Standort Gummersbach, da Kundenfrequenz und Verweildauer der Passanten erhöht wird und neue Passanten in die Innenstadt gelockt werden. Zu diesen Veranstaltungen gehören die Autoshow, der Weltkindertag und der Weihnachtsmarkt.

Darüber hinaus ist die Citymanagement ein Beleg für Public-Private-Partnership in Gummersbach, da sie mit ihren diversen Geschäftskreisen eine aktive Diskussionsplattform für Politik, Verwaltung, Einzelhandel, Kreditinstitute und andere in der Innenstadt wirkende Akteure ist. Aus einer solchen Kooperation von Citymanagement, Innentadtgemeinschaft, Sparkasse, Volksbank und Jugendamt ist die Aktion Weltkindertag entstanden.

Die Stadt Gummersbach hat der Citymanagement Gummersbach GmbH eine Sondernutzungserlaubnis für Teile der Fußgängerzone in der Innenstadt Gummersbach erteilt, die die Gesellschaft an Anlieger und Dritte überträgt, soweit diese öffentlich gewidmete Flächen über den Gemeingebrauch in Anspruch nehmen (Sondernutzung).

Lagebericht

Im Jahr 2010 wurde das Vermietungsgeschäft im Rahmen der Konditionen von 2009 fortgeführt. Im Bereich der von der Citymanagement Gummersbach GmbH durchgeführten Veranstaltungen gab es jedoch einige Änderungen. Die Autoshow hat ihren gewohnten Rahmen beibehalten und stellt den Beginn des Veranstaltungskanons in der Innenstadt dar. Die Oldtimerrallye Rebbelroth Classic ist in 2010 nicht mehr von der Citymanagement Gummersbach GmbH unterstützt worden, da es den Veranstaltern gelungen ist, eine ausreichende Anzahl Sponsoren zu akquirieren, so dass eine finanzielle Beteiligung der Citymanagement Gummersbach GmbH nicht mehr notwendig war. Der Weihnachtsmarkt wurde, wie bereits im letzten Lagebericht angekündigt, auf ein Wochenende verkürzt und fand unter Einbindung von Vereinen in der Altstadt statt. Da dieses Konzept sowohl von den Beteiligten als auch von den Besuchern gut angenommen wurde, wird auch im Jahr 2011 ein Vereinsweihnachtsmarkt in der Altstadt stattfinden. Durch die Beteiligung der erwähnten Vereine konnten die Weihnachtsmarktbuden weitestgehend mit einem angemessenen Angebot bestückt werden. Die neue Adventsaktion, die "Portale von Gummersbach", hat gut funktioniert und soll fortgesetzt werden. Hierbei handelt es sich um einen überdimensionalen Adventskalender, der zwischen der Sparkasse und dem Bergischen Hof die Fußgängerzone dominiert hat. Die 24 großen Portale wurden tageweise den so genannten „Türpaten“ überlassen, die sich verpflichteten, am jeweiligen Aktionstag ein Event zu veranstalten. Über die Agentur Team 3 ist es gelungen, alle 24 Portale zu vermieten und entsprechende Aktionen durchzuführen. Die erwirtschafteten Gelder aus dem Vermietungsgeschäft sind wieder zum größten Teil in Aktionen vor Ort geflossen. Bis auf wenige Ausnahmen verlief die Bewirtschaftung reibungslos.

Die Kooperation zwischen Tanzschule Kasel, Volksbank, Sparkasse, Jugendamt und der Citymanagement Gummersbach GmbH hat wieder zu einem erfolgreichen Event, dem Weltkindertag 2010 geführt. Zur Autoshow und zum Weihnachtsmarkt gab es einen verkaufsoffenen Sonntag, welcher sich sehr positiv auf die Veranstaltungen ausgewirkt hat. Zusätzlich gab es mehrere „late night shoppings“, die von der Citymanagement Gummersbach GmbH unterstützt wurden.

Neben der im Jahr 2010 neu eingeführten Adventsaktion ist die Autoshow die einzige Veranstaltung, die einen Gewinn erwirtschaftet. Alle anderen sind nur durch die regelmäßigen Einnahmen durch Sondernutzungserlaubnisse zu finanzieren. Die Gesellschaft war zu jeder Zeit in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01. - 31.12.2010	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Umsatzerlöse	123.680,28	73.831,56
sonstige betriebliche Erträge		
a) Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens und aus Zuschreibungen zu Gegenständen des Anlagevermögens	488,41	0,00
b) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	32,00	50,00
c) sonstige Erträge im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	13.443,47	12.530,51
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	4.825,85	4.205,50
Personalaufwand	440,28	1.013,28
sonstige betriebliche Aufwendungen		
a) ordentliche betriebliche Aufwendungen		
aa) Raumkosten	5.420,89	0,00
ab) Versicherungen, Beiträge und Abgaben	11.289,73	11.073,00
ac) Reparaturen und Instandhaltung	387,83	3.255,56
ad) Werbe- und Reisekosten	313,56	2.957,17
ae) verschiedene betriebliche Kosten	96.531,91	67.588,64
b) Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0,50	0,00
c) sonstige Aufwendungen im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0,00	250,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	128,52	443,82
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	18.555,99	-3.498,51
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	5.245,27	-554,00
Jahresüberschuss	13.310,72	-2.944,51

EGL
Energiegenossenschaft Lieberhausen eG
Immertweg 32
51647 Gummersbach
Tel. 02354 / 902065

Gründung
22. April 1999

Gesellschaftsvertrag
Es ist gültig der Vertrag vom 28. März 2002.

Beteiligungsverhältnis

Die Stadt hält 2 Anteile.
1 Anteil = 1.050,00 EUR.

Beteiligungen der Gesellschaft

keine

Gegenstand des Unternehmens

- a) der Betrieb von Einrichtungen zur Erzeugung und Verteilung von Energie (Fernwärme, Strom usw.) an die Mitglieder
- b) An- und Verkauf von Holz.

Die Energiegenossenschaft Lieberhausen wünscht keine Veröffentlichung des Jahresberichtes.

Entwicklungsgesellschaft Gummersbach mbH
Kleine Bergstr. 5
51643 Gummersbach
Tel. 0 22 61 / 6 00 40

Gründung
1963

Gesellschaftsvertrag
Es ist gültig der Vertrag vom 19. Juni 2002.

Beteiligungsverhältnis

Alleingesellschafterin ist die Stadt Gummersbach. Das Stammkapital beträgt 1.073.750,00 EUR und ist voll eingezahlt.

Beteiligung der Gesellschaft

Die Entwicklungsgesellschaft besitzt keine Anteile an anderen Unternehmen. Die Beteiligung an der Firma Kalkschlade Erschließungsträger GmbH über 13.293,59 € besteht nicht mehr, da die Firma Anfang 2007 liquidiert und am 19. Juli 2007 aus dem Handelsregister gelöscht wurde.

Besetzung der Organe

Aufsichtsrat

Frank Helmenstein, Bürgermeister (Vorsitzender)
Jürgen Marquardt (stellv. Vorsitzender)
Hans Egon Häring
Barthel Labenz
Karl-Otto Schiwiek
Helga Auerswald
Uwe Stranz
Konrad Gerhards
Ursula Thielen

Geschäftsführung

Ulrich Stücker, Techn. Beigeordneter
Jürgen Hefner, Dipl.-Ing.
Volker Müller, Dipl.-Ing.

Gegenstand des Unternehmens / Bericht über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung nach § 108 GO NW

Gegenstand des Unternehmens ist es, im öffentlichen Interesse liegende Maßnahmen durchzuführen, die der Verbesserung der öffentlichen Strukturen aller Bereiche im Gebiet der Stadt dienen sowie der Verbesserung der Verhältnisse des ruhenden und fließenden Verkehrs im Gebiet der Stadt Gummersbach.

Ausgerichtet auf den öffentlichen Zweck:

1. die Entwicklung und Herstellung von Wohnbau- und Gewerbeflächen, einschließlich der Schaffung der notwendigen inneren und äußeren Infrastruktur, einschließlich der hierzu notwendigen Grundstücksgeschäfte,
2. die Anschaffung, Bewirtschaftung und der Verkauf von Gebäuden der Gesellschaft,

3. die Tätigkeit als Bauträger, Investor und Vermieter von Wohn-, Gewerbe- und sonstigen Gebäuden, auf Grundstücksflächen, die sich im städtischen Eigentum bzw. Eigentum der Gesellschaft befinden,
4. vorhandene Anlagen, Flächen und Gebäude aufzubereiten, zu sanieren und einer Nutzung zuzuführen.

Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind. Vor der Neufassung des Gesellschaftsvertrages am 19. Juni 2002 diente die Gesellschaft nicht Erwerbszwecken, sondern verfolgte ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 51 ff. der Abgabenordnung. Laut Gesellschaftsvertrag beschränkt sich das Betätigungsfeld der GmbH räumlich auf das Gebiet der Stadt Gummersbach.

Gewinn- und Verlust-Rechnung vom 01.01. -31.12.2010	Geschäftsjahr EUR	2009 EUR	2008 EUR
Umsatzerlöse	1.371.335,27	1.604.758,17	1.076.953,72
Erhöhung des Bestands an Leistungen und an für zum Verkauf bestimmte Grundstücke	23.090,07	-140.028,68	848.198,98
Gesamtleistung	1.394.425,34	1.464.729,49	1.925.152,70
sonstige betriebliche Erträge	307.831,10	151.519,97	142.324,36
Materialaufwand a) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-246.735,62	-300.982,24	-793.248,84
Personalaufwand a) Löhne und Gehälter	-598.867,60	-612.624,81	-583.707,79
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-127.771,66	-128.688,64	-132.769,58
- davon für Altersversorgung 12.626,52 EUR (VJ 12.555,13 EUR)			
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-91.912,15	-96.482,90	-95.879,00
sonstige betriebliche Aufwendungen	-201.597,54	-135.554,97	-151.354,27
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.846,08	191,94	96,73
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-129.431,30	-150.828,61	-161.703,99
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	308.786,65	191.279,23	148.910,32
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-61.968,65	-58.752,82	-46.242,66
sonstige Steuern	-2.236,80	-2.138,64	-2.183,74
Jahresüberschuss	244.581,20	130.387,77	100.483,92

Bilanz zum 31.12.2010 der Entwicklungsgesellschaft Gummersbach mbH, Gummersbach

→ Anlagevermögen, Umlaufvermögen, Rechnungsabgrenzungsposten

AKTIVA	Geschäftsjahr EUR	2009 (2008) EUR	PASSIVA	Geschäftsjahr EUR	2009 (2008) EUR
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte u. ähnliche Rechte u. Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten u. Werten	62,00	1.964,00 (4.707,00)	I. Gezeichnetes Kapital	1.073.750,00	1.073.750,00 (1.073.750,00)
II. Sachanlagen			II. Gewinnrücklagen andere Gewinnrücklagen	1.707.470,29	1.577.082,52 (1.476.598,60)
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte u. Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	2.483.882,50	3.488.791,50 (3.563.264,50)	III. Jahresüberschuss	244.581,20	130.387,77 (100.483,92)
2. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	26.103,85	43.601,00 (60.656,00)	B. Rückstellungen		
B. Umlaufvermögen			1. Steuerrückstellungen	13.166,00	5.559,00 (0,00)
I. Vorräte			2. Sonstige Rückstellungen	631.787,64	755.439,62 (778.902,62)
Bestand an Leistungen und an zum Verkauf bestimmten Grundstücken	3.735.720,56	3.712.630,49 (3.852.659,17)	Verbindlichkeiten		
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten davon m.e. Restlaufzeit bis zu 1 Jahr € 2.371.506,43 (€ 1.423.267,92)	3.604.128,56	3.979.364,70 (5.077.897,23)
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	102.611,99	23.578,86 (4.230,00)	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen davon m.e. Restlaufzeit bis zu 1 Jahr € 28.785,42 (€ 41.756,71)	28.785,42	41.756,71 (90.753,56)
2. Forderungen aus der Finanzierung des Treuhandgeschäfts	917.750,29	516.692,32 (541.835,35)			

	davon gegenüber Gesellschaftern EUR 917.750,29 (EUR 516.692,32)			3. gegenüber Gesellschaftern	2.334.891,71	1.894.148,16 (955.974,63)
				davon m.e. Restlaufzeit bis zu 1 Jahr € 1.957.269,98 (€ 1.483.873,53)		
	3. Forderungen gegen Gesellschafter	362.297,89	28.447,39 (9.973,00)	4. Sonstige Verbindlichkeiten	31.873,03	144.178,11 (118.276,17)
	4. Sonstige Vermögensgegenstände	21.132,54	30.234,18 (22.928,08)	davon aus Steuern € 23.852,68 (€ 131.474,69) davon im Rahmen der sozialen Sicherheit € 3.434,00 (€ 3.566,07) davon m.e. Restlaufzeit bis zu 1 Jahr € 31.873,03 (€ 144.178,11)		
III.	Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	2.017.868,61	1.752.409,76 (1.608.927,22)			
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	3.003,62	3.317,09 (3.456,41)			
	Summe Aktiva	9.670.433,85	9.601.666,59 (9.672.636,73)	Summe Passiva	9.670.433,85	9.601.666,59 (9.672.636,73)

→ Treuhandgeschäft

AKTIVA	Geschäftsjahr	2009	PASSIVA	Geschäftsjahr	2009
	EUR	EUR		EUR	EUR
D. Treuhandgeschäft			D. Treuhandgeschäft		
I. Treuhandvermögen Berstig			I. Treuhandverbindlichkeiten Berstig		
1. Grundstücke und Gebäude	7.320.461,41	7.320.460,41	1. Projekterlöse	23.396.295,43	22.912.784,00
2. Erschließungskosten	22.806.531,94	22.721.492,25	2. Zuschüsse	19.893.375,71	19.893.375,71
3. Entwicklungskosten	5.683.786,03	5.616.673,48	3. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	263.618,65	487.141,84
4. Sonstige Projektkosten	7.777.916,05	7643.305,77	4. Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschaft	35.101,70	1.472,06
5. Forderungen	862,14	841,70	5. Andere Verbindlichkeiten	1.166,08	8.000,00
II. Treuhandvermögen Windhagen-Ost I			II. Treuhandverbindlichkeiten Windhagen-Ost I		
1. Projektkosten	4.757.462,91	4.756.933,51	1. Projekterlöse	1.591.462,47	1.591.462,47
2. Guthaben bei Kreditinstituten	16.233,42	16.762,82	2. Zuschüsse	3.182.233,86	3.182.233,86
III. Treuhandvermögen Niederseßmar-Karhelle			III. Treuhandverbindlichkeiten Niederseßmar-Karhelle		
1. Projektkosten	1.839.784,25	1.839.579,40	1. Zuschüsse	1.849.520,16	1.849.520,16
2. Guthaben bei Kreditinstituten	9.735,91	9.940,76			

AKTIVA	Geschäftsjahr	2009	PASSIVA	Geschäftsjahr	2009
	EUR	EUR		EUR	EUR
IV. Treuhandvermögen Windhagen-Ost II			IV. Treuhandverbindlichkeiten Windhagen-Ost II		
1. Projektkosten	344.860,31	344.218,46	1. Projekterlöse	102.827,32	102.827,32
2. Guthaben bei Kreditinstituten	74.967,97	75.609,82	2. Zuschüsse	317.000,96	317.000,96
V. Treuhandvermögen Windhagen-West			V. Treuhandverbindlichkeiten Windhagen-West		
1. Projektkosten	10.226.778,26	10.178.893,00	1. Projekterlöse	2.964.183,32	2.888.464,12
2. Forderungen	11.101,27	11.101,27	2. Zuschüsse	5.500.161,91	5.500.161,91
			3. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.323.515,58	1.351.368,24
			4. Andere Verbindlichkeiten	450.018,72	450.000,00
VI. Treuhandvermögen Vollmerhausen Auf der Gostert			VI. Treuhandverbindlichkeiten Vollmerhausen Auf der Gostert		
1. Projektkosten	2.161.876,18	2.161.876,18	1. Projekterlöse	1.091.454,19	1.091.454,19
			2. Zuschüsse	1.070.421,99	1.070.421,99
VII. Treuhandvermögen GHS Herreshagen-Sonnenberg			VII. Treuhandverbindlichkeiten GHS Herreshagen-Sonnenberg		
1. Projektkosten	11.483.896,21	10.589.274,00	1. Projekterlöse	8.553.439,36	7.414.525,94
2. Forderungen	848.860,03	822.033,20	2. Zuschüsse	3.998.855,96	3.918.855,96
3. Guthaben bei Kreditinstituten	545.657,29	211.456,56	3. Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschaft	161.420,22	267.925,50
4. Rechnungsabgrenzungsposten	492,70	492,20	4. Andere Verbindlichkeiten	165.139,56	21.948,56
			5. Rechnungsabgrenzungsposten	51,13	0,00

AKTIVA	Geschäftsjahr	2009	PASSIVA	Geschäftsjahr	2009
	EUR	EUR		EUR	EUR
VIII. Treuhandvermögen Steinmüllergelände			VIII. Treuhandverbindlichkeiten Steinmüllergelände		
1. Projektkosten	22.057.925,12	16.056.195,95	1. Projekterlöse	3.575.976,28	2.029.543,41
2. Sonstige Forderungen	4.090,60	383.465,21	2. Zuschüsse	15.842.306,32	10.130.399,32
			3. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.233.981,74	2.583.902,07
			4. Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschaft	721.228,37	248.766,82
			5. Andere Verbindlichkeiten	688.522,41	1.447.049,54
Treuhandgeschäft Insgesamt	97.973.280,00	90.760.605,95	Treuhandvermögen insgesamt	97.973.280,00	90.760.605,95

Kennzahlen:	2010	2009	2008	2007	2006
Eigenkapitalquote (%)	31,30%	29,00%	27,40%	28,60%	28,30%
Umsatzrentabilität (%)	22,40%	11,80%	13,60%	10,10%	10,10%
Cashflow (TEuro)	-233,9	1.285,0	-536,8	-238,3	972,5
Cashflow ROI (%)	-2,4	13,4	-5,6	-2,7	10,9
Mitarbeiteranzahl	16	20	20	19	17

Lagebericht

Die Entwicklungsgesellschaft Gummersbach mbH ist ein 100%iges Tochterunternehmen der Stadt Gummersbach. In ihrem Kerngeschäft beschäftigt sich die Gesellschaft im Wesentlichen mit der Entwicklung und Erschließung von Wohn- und Gewerbeflächen, sowohl im Eigengeschäft als auch treuhänderisch für die Stadt Gummersbach. Darüber hinaus bietet die Gesellschaft klassische Ingenieurleistungen nach HOAI im Bereich Tiefbau- und Bauleitplanung an. Im Bereich des Bahnhofs hat die Gesellschaft auf eigenem Grundstück eine öffentliche Stellplatzanlage errichtet und bewirtschaftet diese. Die Vermietung einiger Bestandsimmobilien zu Wohn- und Gewerbebezwecken, darunter das Brauhaus Gummersbach, rundet das Profil der Gesellschaft ab. Laut Gesellschaftsvertrag beschränkt sich das Betätigungsfeld der GmbH räumlich auf das Gebiet der Stadt Gummersbach.

Die im Jahre 1963 gegründete Gesellschaft war im Berichtsjahr in sieben Projekten tätig:

- Entwicklungsmaßnahme Gummersbach – Berstig
- Erschließungsmaßnahme Gummersbach – Windhagen-Siedlungsentwicklung West
- Erschließungsmaßnahme Gummersbach – Windhagen Gewerbegebiet Ost I/II
- Erschließungsmaßnahme Gummersbach – Windhagen Gewerbegebiet West I/II
- Erschließungsmaßnahme Gummersbach – Gewerbepark Sonnenberg
- Revitalisierung des ehemaligen Steinmüllergeländes und des Ackermangeländes in Gummersbach
- Bauleitung B 256 Umbau Knoten Rospestr. / Dr.-Ottmar-Kohler-Str. / Hardstr.

Die Umsatzerlöse ergeben sich wie im Vorjahr im Wesentlichen aus den Ergebnissen der Erschließungsmaßnahmen, den Ergebnissen aus der Bewirtschaftung des Parkplatzes und der Mietobjekte und aus den Trägerhonoraren. Der Rückgang der Materialaufwendungen basiert auf Minderung der Planungs- und Erschließungskosten WSEW. Die Erhöhung der sonstigen Aufwendungen resultiert im Wesentlichen aus Instandhaltungsaufwendungen Hindenburgstraße sowie höhere Kosten DB-Parkplatz.

Im Rahmen unseres Finanzmanagements wird vorrangig darauf geachtet, sämtlichen Zahlungsverpflichtungen aus dem laufenden Geschäftsjahr sowie den finanzierenden Banken termingerecht nachkommen zu können. Darüber hinaus gilt es, die Zahlungsströme so zu gestalten, dass weiter Liquidität geschöpft wird, sodass ausreichende Eigenmittel zur Verfügung stehen für notwendige Investitionen. Über die in Anspruch genommenen Kredite verfügt die Gesellschaft einschließlich der Treuhandkonten über verbindliche Kreditlinien in Höhe von insgesamt 7.500TEuro. Die Zahlungsfähigkeit war im gesamten Berichtsjahr gegeben und wird nach derzeitigem Stand auch zukünftig gegeben sein.

Die wesentlichen Veränderungen im Vermögensaufbau auf der Aktivseite sind bei den Forderungen aus der Finanzierung des Treuhandgeschäftes und bei Forderungen gegen Gesellschafter zu verzeichnen. Auf der Passivseite sind Veränderungen im Wesentlichen bei den Steuer- und Sonstigen Rückstellungen, bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, sowie bei Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern entstanden.

Die aus den bekannten Gründen bevorstehende Einstellung der Parkplatzbewirtschaftung am Bahnhof bedeutet den ersatzlosen Ausfall einer kontinuierlichen Einnahmengröße, die zunächst zu einer Verschlechterung der Jahresergebnisse führen wird. Hier gilt es, durch die Akquisition weiterer externer Ingenieurdienstleistungen vor allem im Bereich des Tiefbau und der Bauleitplanung und evtl. durch Einsparung von Personalkosten einen Ausgleich zu finden. Auf Dauer sollte versucht werden, wiederum eine vergleichbare kontinuierliche Einnahmemöglichkeit zu erschließen (vielleicht sogar in Form einer Parkraumbewirtschaftung an anderer Stelle), um so die Abhängigkeit von konjunkturellen Schwankungen abzumildern. Trotz der geänderten Rahmenbedingungen erwarten wir insgesamt durch abgestimmtes Handeln für einen Prognosezeitraum von 2 Jahren eine gefestigte solide wirtschaftliche Entwicklung mit positiven Jahresergebnissen.

Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft mbH
Kleine Bergstr. 5
51643 Gummersbach
Tel. 0 22 61 / 6 00 40

Gründung
 29. Dezember 1953

Gesellschaftsvertrag
 Es ist gültig der Vertrag vom 20. August 2002.

Beteiligungsverhältnis

Stammkapital		542.500,00 EUR
Stadt Gummersbach	57,71 %	313.100,00 EUR
Sparkasse Gummersbach-Bergneustadt	14,29 %	77.550,00 EUR
Gemeinnützige Wohnungsbau GmbH	13,19 %	71.550,00 EUR
Provinzial Rheinland Versicherung AG Düsseldorf	6,67 %	36.200,00 EUR
verschiedene Kleinanteilhaber	8,14 %	44.100,00 EUR

Beteiligungen der Gesellschaft

keine

Besetzung der Organe:

Aufsichtsrat:

Frank Helmenstein, Bürgermeister (Vorsitzender)
 Frank Grebe, Sparkassendirektor
 Hans-Egon Häring, Stadtverordneter (stellv. Vorsitzender)
 Uwe Braunschweig Dipl. Ing.
 Frank – Rolf Heyen Gebietsdirektor Berg. Land
 Elke Wilke, Stadtverordnete
 Markus Vandrey, Sparkassendirektor
 Frank Röttger, Direktor

Aufsichtsrat:

Ilona Köhler, Stadtverordnete
 Karl – Otto Schiwiek, Stadtverordneter

Geschäftsführung

Volker Müller, Dipl.-Ing.
 Jürgen Hefner, Dipl.-Ing.

Gegenstand des Unternehmens

Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung (gemeinnütziger Zweck). Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten,

soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen. Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben, sofern diese dem Gesellschaftszweck (mittelbar oder unmittelbar) dienlich sind. Die Gesellschaft führt ihre Geschäfte nach Grundsätzen der Wohnungsgemeinnützigkeit im Sinne des Gesellschaftsvertrages.

Die Preisbildung für die Überlassung von Mietwohnungen und die Veräußerung von Wohnungsbauten soll angemessen sein, d. h. eine Kostendeckung einschließlich angemessener Verzinsung des Eigenkapitals sowie die Bildung ausreichender Rücklagen unter Berücksichtigung einer Gesamttrentabilität des Unternehmens ermöglichen. Die Gesellschaft ist am 31. Dezember 1989 als gemeinnütziges Wohnungsunternehmen anerkannt worden.

Gewinn- und Verlustrechnung vom 01.01.-31.12.2010	Geschäftsjahr EUR	2009 EUR	2008 EUR
Umsatzerlöse			
a) aus der Hausbewirtschaftung	2.630.600,08	2.838.079,14	2.866.800,59
b) aus Verkauf von Grundstücken	151.829,00	497.433,86	391.438,14
c) aus Betreuungstätigkeit	446.397,22	141.462,06	602.390,98
d) aus anderen Lieferungen und Leistungen	8.013,15	15.230,97	16.119,72
Minderung des Bestandes an zum Verkauf bestimmten Grundstücken mit unfertigen Bauten sowie unfertigen Leistungen	-46.228,77	-376.866,95	0,00
Andere aktivierte Eigenleistungen	37.549,45	35.454,27	0,00
Sonstige betriebliche Erträge	81.732,46	22.732,67	80.222,74
Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen			
a) Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	1.097.475,09	1.046.800,55	1.196.059,62
b) Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke	13.449,82	42.793,29	899.620,96
c) Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen	6.596,00	11.274,14	13.491,30
Rohergebnis	2.192.371,68	2.072.658,04	2.130.267,44
Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	578.582,27	566.968,31	525.707,82
b) Soziale Abgaben	127.910,27	122.656,61	110.431,92
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	442.900,29	447.912,53	448.260,07
Sonstige betriebliche Aufwendungen	171.744,69	189.571,17	236.810,06
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	69.851,72	87.688,70	90.315,77
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	342.328,68	367.319,48	401.328,95
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	598.757,20	463.918,64	498.044,39
Steuern vom Einkommen und Ertrag	40.792,00	18.374,00	22.033,00
Sonstige Steuern	70.958,27	68.134,27	68.778,07
Jahresüberschuss	487.006,93	377.410,37	407.233,32
Gewinnvortrag	328.621,70	273.396,88	188.350,06
Einstellung aus dem Jahresüberschuss in Gewinnrücklagen	300.000,00	300.000,00	300.000,00
Bilanzgewinn	515.628,63	350.807,25	295.583,38

Bilanz zum 31.12.2010 der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft mbH, Gummersbach

AKTIVSEITE	Geschäftsjahr	2009	PASSIVSEITE	Geschäftsjahr	2009
	EUR	(2008)		EUR	(2008)
	EUR	EUR		EUR	EUR
<u>Anlagevermögen</u>			<u>Eigenkapital</u>		
<u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>			Gezeichnetes Kapital	470.950,00	542.500,00
Entgeltlich erworbene Lizenzen und Software	4.306,00	2.492,00 (4.818,00)			(542.500,00)
<u>Sachanlagen</u>			<u>Gewinnrücklagen</u>		
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	14.392.260,52	14.771.335,52 (15.172.831,52)	Rücklage für eigene Anteile	0,00	71.550,00 (71.550,00)
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts- u. anderen Bauten	1.794.543,33	740.278,90 (773.235,90)	Gesellschaftsvertragliche Rücklage	271.250,00	271.250,00 (271.250,00)
Grundstücke ohne Bauten	214.593,30	214.268,30 (0,00)	Bauerneuerungsrücklage	2.553.494,17	2.253.494,17 (1.953.494,17)
Betriebs- und Geschäftsausstattung	62.118,20	66.029,71 (62.399,71)	Andere Gewinnrücklagen	1.990.208,83	1.918.658,83 (1.918.658,83)
Bauvorbereitungskosten	18.628,45	76.113,93 (0,00)	<u>Bilanzgewinn</u>		
<u>Finanzanlagen</u>			Gewinnvortrag	328.621,70	273.396,88 (188.350,06)
Sonstige Ausleihungen	10.014,05	11.428,62 (12.801,43)	Jahresüberschuss	487.006,93	377.410,37 (407.233,32)
Anlagevermögen insgesamt	16.496.463,85	15.881.946,98 (16.026.086,56)	Einstellung in Gewinnrücklagen	-300.000,00	-300.000,00 (-300.000,00)
<u>Umlaufvermögen</u>			Eigenkapital insgesamt	5.801.531,63	5.408.260,25 (5.053.036,38)
<u>Zum Verkauf bestimmte Grundstücke und andere Vorräte</u>			<u>Rückstellungen</u>		
Grundstücke ohne Bauten	673.154,93	759.153,07 (847.041,38)	Steuerrückstellung	18.249,00	0,00 (0,00)
Bauvorbereitungskosten	4.267,44	4.053,01 (3.895,15)	Sonstige Rückstellungen	101.432,48	140.252,65 (110.322,09)

AKTIVSEITE	Geschäftsjahr	2009 (2008)	PASSIVSEITE	Geschäftsjahr	2009 (2008)
	EUR	EUR		EUR	EUR
Unfertige Leistungen	923.148,14	883.593,20 (886.304,10)	<u>Verbindlichkeiten</u>		
<u>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</u>			Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	8.230.610,32	8.548.221,25 (8.784.882,42)
Forderungen aus Vermietung	51.222,65	46.845,17 (55.072,26)	Verbindlichkeiten gegenüber anderen Kreditgebern	809.110,21	837.116,13 (866.251,23)
Forderungen aus Verkauf von Grundstücken	52.399,64	5.799,23 (11.924,23)	Erhaltene Anzahlungen	912.204,16	811.641,81 (825.389,89)
Forderungen aus Betreuungstätigkeit	131.684,45	132.657,94 (234.684,94)	Verbindlichkeiten aus Vermietung	140.215,85	199.679,00 (112.538,09)
Forderungen gegen Gesellschafter	2.209.980,63	2.776.266,89 (2.460.259,16)	Verbindlichkeiten aus Betreuungstätigkeit	500,91	4.896,29 (5.376,08)
Sonstige Vermögensgegenstände	19.362,92	30.784,71 (29.155,16)	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	300.692,19	167.398,70 (230.932,88)
<u>Wertpapiere</u>			Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	4.498.510,34	4.833.189,11 (5.335.345,17)
Eigene Anteile	0,00	71.550,00 (71.550,00)	Sonstige Verbindlichkeiten	14.557,92	18.762,74 (25.446,70)
<u>Flüssige Mittel</u>					
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	265.710,36	376.767,73 (365.756,31)			
<u>Rechnungsabgrenzungsposten</u>					
Andere Rechn.abgrenzungsposten	220,00	0,00 (4.232,01)			
Bilanzsumme	20.827.615,01	20.969.417,93 (21.349.520,93)	Bilanzsumme	20.827.615,01	20.969.417,93 (21.349.520,93)

Kennzahlen:

	2010	2009	2008	2007
Eigenkapitalquote	27,7%	25,7%	23,60%	20,60%
Gesamtkapitalrentabilität	4,2%	3,6%	3,9%	4,5%
Cashflow (TEuro)	930,0	825,0	855,0	999,0
Mitarbeiteranzahl	14	13	13	13
Leerstandsquote	8,9%	7,3%	5,7%	5,9%

Lagebericht

Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich der Jahresüberschuss von 377 T€ um 110 T€ auf 487 T€. Die Zunahme resultiert als Saldo aus höheren Erlösen aus der Betreuungstätigkeit. Gegenüber der Planung hat sich das Ergebnis um rd. 195 T€ verbessert. Das Ergebnis ermöglicht neben der Gewinnausschüttung in Höhe von 22 T€ auch eine weitere Stärkung des Eigenkapitals.

Im Jahr 2010 standen insgesamt 96 Wohnungen mit einem Gesamtleerstand von 592,0 Mietwohneinheiten leer. Dies entspricht, bei insgesamt 557 WE x 12 Monaten = 6.684 Monatswohneinheiten für das Jahr 2010, einem Leerstand von 8,86 % sowie einer Fluktuation von 13,46 %. Die weitere Zunahme des Leerstandes gegenüber 2009 beruht im Wesentlichen auf der für das volle Jahr wirksamen hohen Leerstandsquote in der studentisch genutzten Liegenschaft Am Landberg 16 und der Entmietung der Aussiedlerhäuser Helberg 8-14 und Saturnstr. 13 -22. darüber hinaus stellte sich die Anschlussvermietung der Liegenschaft Drosselweg 14-16 neben der dortigen Fluktuation als problematisch dar. Ursache ist hier einerseits die in 2010 ausgebaute Nachtspeicherheizung sowie eine relativ hohe Kaltmiete.

Bestandsgefährdende Risiken, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage negativ beeinflussen könnten, sind nicht erkennbar. Allerdings könnte die anhaltende Entspannung auf dem Mietwohnungsmarkt steigende Leerstände und Mietrückstände verursachen. Hierbei sind insbesondere die zukünftige Entwicklung der Bevölkerung sowie die gesamtwirtschaftliche Entwicklung von wachsender Bedeutung.

Die Situation im Bereich von Neubautätigkeiten und hiermit verbundenen Planungsleistungen sind aufgrund der allgemein bekannten Marktlage weiterhin als kritisch zu betrachten. Einerseits werden bestimmte Marktsegmente im regionalen Markt überhaupt nicht mehr nachgefragt, andererseits bestehen für die Gesellschaft weiterhin gute Chancen an örtlichen, atypischen Bauentwicklungen und Betreuungen partizipieren zu können.

Im Bereich des Bestandsmanagements soll es zu weiteren Arrondierungskäufen oder Neubautätigkeiten kommen, um zukünftig eine bessere Verwaltungsauslastung und Leistungssteigerung in eine Kennzahlenverbesserung umsetzen zu können. Insbesondere soll hierbei das barrierefreie Bauen des öffentlich geförderten Wohnungsbaues in zentralen Lagen im Mittelpunkt stehen. Nicht ins Portfolio des Unternehmens passende Gegenstände des Anlagevermögens sollten bei sinnvoller Marktplatzierung zugunsten einer Liquiditätssteigerung frei gesetzt werden. Die sich aus positiven Ertragslagen heraus ergebenden Liquiditätszuflüsse können auch zukünftig unter Beachtung ausreichend zur Verfügung stehender Maßnahmeliquidität zur verstärkten Tilgung von Darlehen herangezogen werden. Die Fokussierung auf eine Optimierung der Darlehensstrukturen des Unternehmens kann weitere positive Effekte bewirken.

**Gemeinnütziger Wohnungsverein
Gummersbach eG
Körnerstr. 1
51643 Gummersbach**

Gründung
1949

Gesellschaftsvertrag
Es ist gültig der Vertrag vom 01. Januar 2000.

Beteiligungsverhältnis

Die Stadt hält 21 Anteile je 300,00 € = 6,300,00 €

Beteiligungen der Genossenschaft

keine

Besetzung der OrganeAufsichtsrat

Michael Strombach RA (Vorsitzender)
Lore Schiffbäumer
Peter Guminior
Alfred Günther
Gert Fuchs
Kai Sander
Margarte Hagedorn

Vorstand

Friedel Arntz
Monika Erlinghagen

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck der Genossenschaft ist vorrangig eine gute, sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung (gemeinnütziger Zweck) der Mitglieder der Genossenschaft. Sie kann zur Ergänzung der wohnlichen Versorgung ihrer Mitglieder Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen bereitstellen.

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01. - 31.12.2010	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung	349.062,34	344.481,60
Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	2.006,49	3.824,79
Sonstige betriebliche Erträge	1.359,78	2.439,56
Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen / Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	328.709,62	34.458,19
Rohergebnis	63.664,60	40.324,44
Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	27.014,00	29.546,00
b) Soziale Abgaben	6.586,09	7.084,99
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	16.205,71	16.876,89
Sonstige betriebliche Aufwendungen	11.472,19	11.710,40
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.205,94	5.607,33
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	5.592,85	-19.286,51
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,00	0,00
Sonstige Steuern	6.502,89	6.340,69
Jahresüberschuss	-910,04	-25.627,20
Entnahme aus der Ergebnismrücklage	5.000,00	30.000,00
Einstellungen aus dem Jahresüberschuss in Ergebnismrücklagen	0,00	0,00
Bilanzgewinn	4.089,96	4.372,80

Kennzahlen:	2010	2009	2008	2007	2006	2005
Eigenkapitalquote	91,3%	91,8%	91,2%	91,6%	92,1%	92,1%
Eigenkapitalrentabilität	0,3%	0,3%	0,3%	1,7%	5,9%	3,9%
Cashflow (TEuro)	-10	-9	-53	37	88	61
Mitarbeiteranzahl	3	3	4	4	4	4
Leerstandsquote	1,3%	7,8%	1,3%	1,3%	1,3%	0,0%

Lagebericht

Ausgehend von unverändert gebliebenen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden für den Jahresabschluss 2010 wurde ein Jahresüberschuss von 1 T€ (Vorjahr 25 T€) erwirtschaftet. Das Ergebnis resultiert mit 2 T€ (VJ 4 T€) aus dem Bereich Hausbewirtschaftung und mit 3 T€ (VJ 5 T€) aus zins- und anderen Erträgen. Das Ergebnis der Hausbewirtschaftung wird maßgeblich durch die Kosten für Wertverbesserungen und Instandhaltungen einschließlich der anteiligen Personal- und Sachaufwendungen bestimmt. Die Ergebnisveränderung gegenüber dem Vorjahr von -24 T€ resultiert im Wesentlichen aus den Versicherungserstattungen in Höhe von 327 T€. Die Ertragslage ist nach wie vor gesichert.

Im Rahmen des Finanzmanagements wird vorrangig darauf geachtet, sämtliche Zahlungsverpflichtungen aus dem laufenden Geschäftsverkehr termingerecht nachkommen zu können. Darüber hinaus gilt es, die Zahlungsströme so zu gestalten, dass ausreichend Eigenmittel zur Verfügung stehen für die Modernisierung des Wohnungsbestandes. Die Bilanz zum 31.12.2010 enthält mit 642 T€ langfristige Vermögenswerte (Grundstücke mit Wohnbauten und Geschäftsausstattung). Die Finanzierung des langfristigen Bereichs mit Eigenkapital von 1094 T€ zeigt zum Bilanzstichtag eine Kapitalüberdeckung von 452 T€.

Die Geschäftsentwicklung im abgelaufenen Geschäftsjahr entsprach weitestgehend der Vorplanung des Wirtschaftsplans 2010. Das Jahresergebnis in Höhe von 4 T€ erforderte jedoch eine Entnahme in Höhe von 5 T€ aus der Bauerneuerungsrücklage.

Am 31.12.2010 bewirtschaftete unsere Genossenschaft 77 Mietwohnungen in 33 Häusern, 32 Garagen, 6 Stellplätze und 1 Büro. Der Schwerpunkt des Wohnungsbestandes befindet sich im Innenstadtbereich von Gummersbach. Die Genossenschaft hat in 2010 insgesamt 2 Mieterwechsel (VJ 3) bearbeitet. Die Fluktuationsrate liegt bei 2,6% (VJ 3,8%). Die Wohnungsnachfrage ist weiterhin regional sehr unterschiedlich. Eine erheblich wachsende Nachfrage nach Ein- bis Zwei-Zimmer-Wohnungen ist bei den meisten Wohnungsunternehmen zu verzeichnen. Zudem ist eine starke steigende Nachfrage nach preisgünstigen Wohnungen festzustellen. Wegen der ruhigen, zentralen Lage ist in der Körnerstr. und Am Wehrenbeul weiterhin eine gute Nachfrage nach Wohnraum. Die Objekte Am Hepel und Heilerstr. bleiben wegen der Wohnungsgröße und der Raumaufteilung auch weiterhin interessant.

Gründer- und TechnologieCentrum Gummersbach GmbH
Bunsenstr. 5
51647 Gummersbach
Tel. 0 22 61 / 81 45 00

Gründung
 1995

Gesellschaftsvertrag
 Es ist gültig der Vertrag vom 28. September 2001.

Beteiligungsverhältnis

Stammkapital:		730.150,00 €
Stadt Gummersbach	57,78 %	421.900,00 €
Sparkasse Gummersbach-Bergneustadt	7,01 %	51.150,00 €
KSK - Kapitalbeteiligung Holding GmbH Köln	7,01 %	51.150,00 €
36 Kleinanteilsinhaber mit je weniger als 5 %, darunter der Oberbergische Kreis mit 3,51 %	28,20 %	205.950,00 €

Beteiligung der Gesellschaft

keine

Besetzung der Organe

Aufsichtsrat

Mitglied

Frank Helmenstein, Bürgermeister Stadt Gummersbach (Vorsitzender)
 Michael Sallmann, Geschäftsführer IHK Köln (stell. Vorsitzender)
 Frank Grebe, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Gummersbach
 Peter Thome, Beigeordneter
 Jakob Löwen, Stadtverordneter
 Hagen Jobi, Landrat
 Frank Röttger, Geschäftsführer der AggerEnergie GmbH

persönlicher Vertreter

Dr. Klaus Blau, Beigeordneter und Stadtkämmerer
 Manfred Rademacher, Geschäftsführer der Lennep GmbH & Co.KG
 Bernd Nürnberger, Geschäftsführer der KSK-Beteiligungsgesellschaft mbH
 Thomas Hähner, Stadtverordneter
 Walter Schneider, Stadtverordneter
 Jochen Hagt, Geschäftsführer der Oberbergischen Aufbau GmbH
 Hans-Georg Hahn, Geschäftsführer der Steinmüller Bildungszentrum gGmbH

Geschäftsführung:

Susanne Roll (alleinvertretungsberechtigt)

Gegenstand der Gesellschaft / Berichterstattung über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung gem. § 108 GO NW

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung von Innovationen und Existenzgründungen sowie des Technologietransfers zwischen Wissenschaft und Unternehmen, insbesondere in den Bereichen Elektro-, Kunststoff- und Umwelttechnik sowie Metall- und Informationsbearbeitung in der Region Oberberg. Hierzu errichtet die Gesellschaft ein Gründer- und Technologiezentrum und bietet Betriebs- und Büroflächen zur Anmietung sowie Beratungs- und Dienstleistungen an.

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01. - 31.12.2010	Geschäftsjahr EUR	2009 EUR	2008 EUR
Umsatzerlöse	400.851,65	458.240,50	461.429,60
sonstige betriebliche Erträge			
a) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens und aus Zuschreibungen zu Gegenständen des Anlagevermögens	318,40	169,70	0,00
b) Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil	0,00	0,00	0,00
c) sonstige betriebliche Erträge	179.348,02	105.490,59	78.985,02
Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	230.635,70	203.223,33	180.516,50
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	55.118,80	49.538,47	46.103,62
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	36.251,90	35.388,61	35.863,53
sonstige betriebliche Aufwendungen	203.438,43	208.986,76	210.953,40
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	302,65	537,14	2.481,62
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	24.917,49	27.556,44	30.203,93
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	30.458,40	39.744,32	-39.255,26
Steuern vom Einkommen und Ertrag	1,22	0,00	0,00
sonstige Steuern	9987,55	9.738,48	1,89
Erträge aus Verlustübernahme	0,00	0,00	0,00
Jahresüberschuss	20.472,07	30.005,84	39.257,15

Bilanz zum 31.12.2010 des GTC Gründer- und TechnologieCentrum Gummersbach GmbH

AKTIVA	Geschäftsjahr EUR	2009 EUR	PASSIVA	Geschäftsjahr EUR	2009 EUR
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			I. Gezeichnetes Kapital	730.150,00	730.150,00
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	5.336,00	5.007,00	II. Verlustvortrag	-177.466,36	-207.472,20
2. geleistete Anzahlungen	0,00	0,00			
II. Sachanlagen			III. Jahresüberschuss	20.472,07	30.005,84
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	1.527.291,91	1.558.101,91			
2. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.841,70	7.346,70	B. Einlagen stiller Gesellschafter	255.645,94	255.645,94
B. Umlaufvermögen			C. Rückstellungen		
I. Vorräte			Sonstige Rückstellungen	78.331,00	80.943,45
fertige Erzeugnisse und Waren	100,00	100,00	D. Verbindlichkeiten		
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	684.770,25	737.587,84
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	27.114,88	7.210,88	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	21.257,70	12.367,67
2. sonstige Vermögensgegenstände	9.266,80	3.322,59	3. sonstige Verbindlichkeiten	26.646,31	22.855,55
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben Guthaben bei Kreditinstituten u. Schecks	100.453,72	116.172,19			
C. Rechnungsabgrenzungsposten	2.412,07	2.639,81	E. Rechnungsabgrenzungsposten	37.010,17	37.816,99
	<u>1.676.817,08</u>	<u>1.699.901,08</u>		<u>1.676.817,08</u>	<u>1.699.901,08</u>

Kennzahlen	2010	2009	2008	2007
Eigenkapitalquote	49,4%	47,5%	45,4%	41,2%
Cashflow (TEuro)	57,0	65,0	75,0	49,0
Mitarbeiteranzahl	6	5	5	5
kurzfr.Verbindlichkeitsquote	13,7%	9,5%	8,5%	11,26%

Lagebericht

Die Jahresauslastungsquote lag um 12,2% niedriger als im Vorjahr. Die gesamten Umsatzerlöse aus der Vermietung sanken um 12,5%, allerdings stiegen die sonstigen betrieblichen Erträge um 70,3%. Hauptposten hier sind die Projekterlöse und die Auflösung einer Projektrückstellung. Die Projektkosten finden sich einmal in den Gehältern wie auch in den Projektaufwendungen wieder.

Zum Stichtag 31.12.2010 wurden insgesamt 92 Unternehmen im GTC angesiedelt. In der Zeit sind 543 direkte Arbeitsplätze entstanden. Per 31.12.2009 waren 24 Unternehmen mit 171 Arbeitsplätzen im GTC angesiedelt, dies entspricht einem Faktor von 7,13. Der Belegungsstand lag am Stichtag bei 91%, im Jahresdurchschnitt bei 81%.

Fünf Unternehmen sind in 2010 mit einer Fläche von 689m² ausgezogen, vier weitere haben sich verkleinert. Die Auszüge betragen so insgesamt 929m², was einer Fläche von 26% der Gesamtmietfläche entspricht. Demgegenüber standen sechs Einzüge von 546m² und einer Unternehmenserweiterungen von 57m². Dies entspricht mit 603m² 17% der Gesamtmietfläche, so dass die Auszüge nicht ganz kompensiert werden konnten.

Die Wirtschaftskrise ist mit Verzögerung im Jahr 2010 bei den Mietern des GTC angekommen und ihre Auswirkungen werden voraussichtlich bis 2011/12 ausstrahlen. Das Marketing des GTC wurde verstärkt, allerdings haben neue Mieter in der Regel immer einen erheblich geringeren Mietflächenbedarf als die Unternehmen, die das GTC nach fünf Jahren verlassen und bereits gewachsen sind, so dass die Kompensation von frei werdenden Mietflächen immer nur mit einem Zeitverzug erfolgen kann.

Die Geschäftsführung erwartet ab Mitte 2011 drei weitere Auszüge, davon ein größerer Auszug Ende 2011. Diese Flächen wurden bereits potenziellen Mietern angeboten, die allerdings nicht die kompletten Flächen füllen können. Verstärkte Akquisitionsmaßnahmen wurden übernommen. Ein Mieter könnte ab Mitte 2011 expandieren.

Klinikum Oberberg GmbH Wilhelm-Breckow-Allee 20 51643 Gummersbach Tel. 0 22 61 / 1 70	Gründung 01.01.2008 Konsortialvertrag Es ist gültig der Konsortialvertrag vom 25.06.2008.
-------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Beteiligungsverhältnis

Stammkapital:		1.965.000 EUR
Oberbergischer Kreis	47,85 %	940.300,00 EUR
Landschaftsverband Rheinland	28,00 %	550.200,00 EUR
Stadt Gummersbach	22,00 %	432.300,00 EUR
Stadt Waldbröl	1,25 %	24.500,00 EUR
Stadt Wiehl	0,9 %	17.700,00 EUR

Beteiligungen der Gesellschaft

Bei den Finanzanlagen werden folgende GmbH-Beteiligungen gehalten:

	Beteiligungsquote %	Eigenkapital TEUR
Kreiskrankenhaus Gummersbach GmbH	93,73	1.073,8
PSK Psychosomatische Klinik Bergisch Land gemeinnützige GmbH	93,73	25,0
GKD Gesellschaft für Krankenhausdienstleistungen mit beschränkter Haftung	93,73	25,6
RPP Gesellschaft für Rehabilitation, Prävention und Pflege mit beschränkter Haftung	93,73	25,6
MVZ Oberberg GmbH	93,73	25,0
Kreiskrankenhaus Waldbröl GmbH	93,74	1.022,6
	93,74	25,0
KDW Klinikdienste GmbH	93,74	29,7
OKD Oberbergische Krankenhausdienste GmbH	93,74	25,0
KaRO Kardiologische ambulante Rehabilitation Oberberg, gemeinnützige GmbH	47,81	35,0

Besetzung der Organe

Zu Mitgliedern des Aufsichtsrates waren in 2010 bestellt:

für den Oberbergischen Kreis
Landrat Hagen Jobi (Vorsitzender)

Monika Höfer
Jan Christian Hoster
Harald Langusch
Doris Schuchardt-Kaganietz
Annelie Theuer
Larissa Bödecker
Ralph Krolewski

für die Stadt Gummersbach
Dr. Klaus Blau
Rüdiger Goldmann
Christoph Schmitz
Karl-Otto Schiwiek

für den Landschaftsverband Rheinland
LD Harry Voigtsberger
LD Ulrike Lubek
Michael Stefer
Bernd Paßmann
Günter Stricker
Stefan Peil
Ursula Mahler
Guido Soethout

für die Stadt Wiehl
Sören Teichmann

für die Stadt Waldbröl
Detlef Baldamus

als Arbeitnehmervertreter
Petra Altenvoerde
Dr. Thomas Heuel
Karl-Heinz Sauer
Dr. Franz-Heinrich Flammang

Der Geschäftsführung gehörten im Berichtsjahr 2010 an:

Komm.-Dipl. Joachim Finklenburg, Geschäftsführer

Gegenstand des Unternehmens

Zweck der Klinikum Oberberg GmbH ist die Förderung der Erziehung und der Berufsbildung im Rahmen des öffentlichen Gesundheitswesens. Das Ziel einer fachlich hoch qualifizierten Aus-, Fort- und Weiterbildung im Bereich des öffentlichen Gesundheitswesens wird mit dem Betrieb einer Krankenpflegeschule erreicht. Darüber hinaus ist die Gesellschaft als Förderkörperschaft tätig, indem sie Mittel für die Kreiskrankenhaus Gummersbach GmbH und Kreiskrankenhaus Waldbröl GmbH und der entsprechenden Tochtergesellschaften für die Verwirklichung derer Zwecke beschafft.

Konzerngewinn- und verlustrechnung für die Zeit vom 01.01. - 31.12.2010	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Umsatzerlöse	153.228.374,56	151.325.052,21
Veränderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	313.754,00	90.771,85
Sonstige betriebliche Erträge	14.768.917,09	16.207.130,92
<u>Materialaufwand</u>		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	30.874.521,19	30.957.135,28
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	7.612.594,68	6.511.565,96
<u>Personalaufwand</u>		
a) Löhne und Gehälter	84.221.804,35	82.496.208,61
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	20.844.712,67	19.297.509,32
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	7.718.334,69	7.377.281,52
Sonstige betriebliche Aufwendungen	14.169.154,76	18.427.600,49
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	22.749,74	34.579,25
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.321.246,80	956.016,91
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.571.426,25	1.634.216,14
Steuern von Einkommen und vom Ertrag	53.317,85	665.061,39
Sonstige Steuern	301.551,92	18.729,30
Konzernjahresüberschuss/-fehlbetrag	899.262,48	950.425,45
Auf andere Gesellschafter entfallender Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	55.346,93	49.736,85
Konzernergebnis	843.915,55	900.688,60
Gewinn-/Verlustvortrag	1.174.206,99	273.518,39
Konzernbilanzergebnis	2.018.122,54	1.174.206,99

Konzernbilanz zum 31.12.2010 der Klinikum Oberberg GmbH

<u>AKTIVA</u>	Stand 31.12.2010 EUR	Stand 31.12.2009 EUR
<u>Anlagevermögen</u>		
<u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>		
- Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	747.353,50	580.782,20
- Geschäfts- oder Firmenwert	716.286,22	271.198,00
<u>Sachanlagen</u>		
- Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	76.510.493,87	77.367.415,35
- Technische Anlagen und Maschinen	5.594.230,00	3.840.252,24
- Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	15.368.311,59	15.758.466,28
- Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	3.415.708,18	1.956.646,81
<u>Finanzanlagen</u>		
- Beteiligungen	9.232,52	9.232,52
- Sonstige Ausleihungen	225.937,28	215.721,67
<u>Umlaufvermögen</u>		
<u>Vorräte</u>		
- Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	4.217.123,18	3.438.553,89
- Unfertige Leistungen	1.477.984,00	1.164.230,00
<u>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</u>		
- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	19.383.356,67	15.668.928,50
- Forderung gegen Gesellschafter	25.000,00	25.000,00
- Sonstige Vermögensgegenstände	5.408.170,66	5.566.388,28
<u>Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten</u>	1.195.464,63	2.043.605,79
<u>Rechnungsabgrenzungsposten</u>	203.774,75	377.610,70
	134.498.427,05	128.284.032,23

<u>PASSIVA</u>	Stand 31.12.2010 EUR	Stand 31.12.2009 EUR
<u>Eigenkapital</u>		
- Gezeichnetes Kapital	1.965.000,00	1.965.000,00
- Konzernbilanzergebnis	2.018.122,54	1.174.206,99
- Ausgleichsposten für Minderheitsgesellschafter	1.540.419,16	1.485.072,23
- Unterschiedsbetrag aus Kapitalkonsolidierung	16.501.122,39	16.501.122,39
<u>Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens</u>		
- Sonderposten aus Fördermitteln nach dem KHG	58.362.234,36	60.247.847,00
- Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand und Dritter	4.024.441,81	3.396.434,67
<u>Rückstellungen</u>		
- Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	772.100,00	774.000,00
- Steuerrückstellungen	1.037.671,92	838.793,74
- Sonstige Rückstellungen	11.649.934,64	10.803.228,36
<u>Verbindlichkeiten</u>		
- Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	21.148.006,53	16.951.600,51
- Erhaltene Anzahlungen	24.615,52	20.402,25
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6.474.934,13	5.183.271,87
- Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	218.325,73	218.325,73
- Sonstige Verbindlichkeiten	8.724.811,58	8.683.060,25
<u>Rechnungsabgrenzungsposten</u>	36.686,74	41.666,24
	134.498.427,05	128.284.032,23

Kennzahlen:	2010
Eigenkapitalquote (%)	16,4%
Umsatzrentabilität (%)	0,6%
Cashflow (TEUR)	5.292,0
Mitarbeiteranzahl	1.937,0

Lagebericht

Der Geschäftsverlauf ist insgesamt als positiv zu werten. Der Konzernjahresüberschuss ist mit TEUR 899 im Vergleich zum Vorjahr (TEUR 950) unwesentlich geringer ausgefallen. Die Geschäftsführung führt folgende wesentliche Punkte als Grund dieser Entwicklung an: Die stationären und ambulanten Erlöse des Kreiskrankenhauses Gummersbach konnten gesteigert werden. Das Kreiskrankenhaus Waldbröl hat im Berichtszeitraum 2010 im Vergleich zum Vorjahr rückläufige Fallzahlen zu verzeichnen, was vor allem auf die Schließung der Frauenheilkunde und Geburtshilfe Ende des Jahres 2010 zurückzuführen ist. Die Psychosomatische Klinik Bergisch Gladbach konnte durch das im Oktober 2009 eröffnete Wohnheim ihr Betriebsergebnis von TEUR 96 auf TEUR 114 steigern. Die Inbetriebnahme der zusätzlichen Betten in der Kinder- und Jugendpsychiatrie verursachte Anlaufkosten durch Einstellung, Einarbeitung und Schulung zusätzlichen Fachpersonals. Das Ergebnis der Klinik Marienheide beträgt TEUR 85. Die Entwicklung in den übrigen Tochtergesellschaften verlief weitestgehend planmäßig. Es konnten mit kleinen Ausnahmen überall positive Jahresergebnisse erreicht werden.

Die betrieblichen Erträge des Kreiskrankenhauses Gummersbach konnten um 1,9% gesteigert werden, während sich die betrieblichen Aufwendungen um 1,2% erhöht haben. Der Anstieg der betrieblichen Erträge ist im Wesentlichen auf den Anstieg der Umsatzerlöse zurückzuführen, aber auch auf die Veränderung der Bestandsveränderungen sowie der übrigen betrieblichen Erträge haben sich positiv auf die Ertragslage des Krankenhauses ausgewirkt. Die Umsatzentwicklung der Konzernumsätze liegt bei 1,3%. Die Umsatzrentabilität beträgt konstante 0,6%.

Die Personalkosten des Konzerns betragen im Geschäftsjahr rund Mio. EUR 105 und sind somit im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um Mio. EUR 3,3 gestiegen. Die Kostenerhöhung ist mit dem zusätzlich beschäftigtem Personal sowie den tarifvertraglich bedingten Erhöhungen zu begründen. Des Weiteren sind die allgemeinen Sachkostensteigerungen sowie die Leistungssteigerungen als Begründung anzuführen.

Die Vermögens- und Finanzlage entwickelt sich weiterhin positiv, die Eigenkapitalsumme konnte auf Mio. EUR 22,0 gesteigert werden. Bedingt durch die Novellierung des Arzneimittelgesetzes ergaben sich verspätete Rezeptabrechnungen die zu einem Anstieg der offenen Forderungen führten. Der entsprechende Liquiditätsverlust führte zu einer höheren Beanspruchung der Kontokorrentlinien. Die langfristigen Darlehen wurden planmäßig getilgt. Die Eigenkapitalquote im Konzern liegt bei 16,4. Das Eigenkapital und der Sonderposten decken 82,5% der immateriellen Vermögensgegenständen und der Sachanlagen.

Die Kostensteigerung im Personal- und Sachkostenbereich wird bei gedeckelten Budgets Druck auf die Einrichtungen des Gesundheitswesens ausüben. Auf Basis der vorgenommenen Maßnahmen, insbesondere zur Standortsicherung betreffend das Kreiskrankenhaus Waldbröl und die Klinik für Kardiologie, der Kardiologischen und angiologischen Rehabilitation Oberberg und dem zertifizierten Gefäßzentrum Oberberg, ist davon auszugehen, dass sich die Situation im Kreiskrankenhaus Waldbröl verbessern wird und somit ein Beitrag zur positiven Ergebnisentwicklung des Konzerns beitragen wird.

Oberbergische Aufbau GmbH Moltkestr. 34 51643 Gummersbach Tel. 0 22 61 / 8 86 100 + 8 86 101	Gründung 1963 Gesellschaftsvertrag Der Gesellschaftsvertrag vom 8. Januar 1963 wurde zuletzt am 30.03.2007 geändert.
-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Beteiligungsverhältnis

Das Stammkapital beträgt 630.100,00 EUR und ist voll eingezahlt.

Stammkapital:		630.100,00 EUR
Oberbergischer Kreis	32,47 %	204.600,00 EUR
KSK Köln Beteiligungsgesellschaft mbH	18,84 %	118.700,00 EUR
Sparkasse Gummersbach-Bergneustadt	10,40 %	65.500,00 EUR
Westdeutsche Genossenschafts-Zentralbank AG	7,32 %	46.100,00 EUR
Volksbank Oberberg eG	7,32 %	46.100,00 EUR
Stadt Gummersbach	4,06 %	25.600,00 EUR
14 verschiedene Gesellschafter zu je unter 4 %	19,59 %	123.500,00 EUR

Beteiligungen der Gesellschaft

keine

Besetzung der OrganeGeschäftsführung

Jochen Hagt, Kreisdirektor, Gummersbach

Dipl.-Ing. Uwe Stranz, Ltd. Kreisbaudirektor, Gummersbach

Aufsichtsrat

Hagen Jobi, Landrat, Vorsitzender

Hans Seigner, Vorstandsmitglied, Kreissparkasse Köln (bis 15.12.2010)

Frank Menderlet, Kreistagsmitglied, Geschäftsführer, stv. Vorsitzender

Markus Vandrey, Sparkassendirektor, Sparkasse Gummersbach-Bergn.

Hans Peter Lindlar, Regierungspräsident Köln (bis 16.08.2010)

Benno Wendeler, Regionaldirektor, KSK Köln (ab 16.12.2010)

Margit Ahus, Kreistagsabgeordnete

Gisela Walsken, Regierungspräsidentin Köln (ab 17.08.2010)

Bodo Löttgen, Kreistagsmitglied, Landtagsabgeordneter

Manfred Schneider, Bankdirektor, Volksbank Oberberg

Thomas Roos, Fachbereichsleiter, Gemeinde Reichshof

Dr. Hermann-Josef Tebroke, Bürgermeister, Gemeinde Lindlar

Reinhold Müller, Kreistagsmitglied, Rechtsanwalt

Rolf Pickardt, Stadtkämmerer, Stadt Bergneustadt

Jürgen Hefner, Entwicklungsges. Gummersbach mbH

Jürgen Grafflage, Kreistagsmitglied, Dipl. Sozialarbeiter

Gegenstand und Zweck der Gesellschaft

Die Gesellschaft verfolgt die im öffentlichen Interesse liegende Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur im Gebiet des Oberbergischen Kreises. Sie umfasst die Förderung der Wirtschaft, insbesondere durch Gewerbe- und Industrieansiedlungsplanung und Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Gegenstand und Zweck der Gesellschaft umfassen insbesondere:

1. Analysen über die Erwerbs- und Wirtschaftsstruktur
2. Information über Standortvorteile und Förderungsmaßnahmen
3. Information über Wirtschaftsförderungsmaßnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden sowie der Europäischen Union
4. Anwerbung und Ansiedlung von Unternehmen sowie Förderung überbetrieblicher Kooperationen
5. Beratung und Betreuung von Kommunen und ansiedlungswilligen Unternehmen in Verfahrens-, Förderungs- und Standortfragen
6. Beratung bei der Beschaffung von Gewerbegrundstücken in Zusammenarbeit mit der örtlichen Gemeinde
7. Beschaffung und Veräußerung von Grundstücken zur Ansiedlung, Erhaltung oder Erweiterung von Unternehmen
8. Förderung des Fremdenverkehrs durch Werbung für die Region.

Die Gesellschaft kann auch vermittelnd im Auftrage von Gebietskörperschaften tätig werden, indem sie deren Grundstücke der gewerblichen Verwertung durch Anwerbung und Ansiedlung geeigneter Betriebe zuführt. Die Gesellschaft kann ebenso von privaten Grundstückseigentümern und für deren Rechnung die Verwertung solcher Grundstücke übernehmen und betreiben, wenn anders die Erfüllung des Gesellschaftszwecks nicht oder nur mit erheblich höheren Kosten zu erreichen ist. Die Gesellschaft ist berechtigt, zur Erfüllung ihrer Aufgaben Zuschüsse entgegenzunehmen oder Darlehen aufzunehmen.

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01. - 31.12.2010	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Umsatzerlöse	687.899,74	704.32,64
Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-303.251,67	-244.351,89
Sonstige Erträge	2.554,70	5.215,33
Materialaufwand: Aufwendungen für bezogene Leistungen	64.834,45	161.027,70
Personalaufwand	223.380,19	206.514,05
a) Löhne und Gehälter	163.226,84	152.842,86
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung - davon für Altersversorgung EUR 25.638,57 (EUR 22.391,15) -	60.153,35	53.671,19
Abschreibungen	9.283,14	11.010,36
Sonstige betriebliche Aufwendungen	130.556,90	139.686,58
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	51.895,55	69.241,13
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	11.043,64	16.195,52
Außerordentliche Aufwendungen	3.526,86	0,00
Außerordentliches Ergebnis	-3.526,86	0,00
Jahresüberschuss	7.516,78	16.195,52

Lagebericht

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft ist positiv zu bewerten. Mit einem Eigenkapital von T€ 1.771 und einer Eigenkapitalquote von 67,1% ist die Gesellschaft gut aufgestellt. Notwendige Investitionen können aus Eigenmitteln finanziert werden. Zum 31.12.2010 betragen die liquiden Mittel T€ 2.326. Die Ertragslage ist wie in den Vorjahren leicht positiv. Das Rohergebnis erhöhte sich um 18 T€ auf 322T€. Die Personalkosten erhöhten sich um 17T€. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen verminderten sich um 9 T€. Aufgrund eines verschlechterten Finanzergebnisses (-17 T€) reduzierte sich das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit im Vergleich zum Vorjahr um 5 T€.

Den Bestand der Gesellschaft gefährdende Risiken sind nicht in Sicht.

Obwohl die Abwicklung laufender Projekte die mittelfristige Beschäftigung der Mitarbeiter der Gesellschaft gewährleistet, sind nach Auffassung der Geschäftsführung Überlegungen zur Aufnahme neuer Geschäftsfelder erforderlich, damit die Gesellschaft langfristig ihren satzungsmäßigen Zweck erfüllen kann. In 2010 erfolgte eine Überprüfung der rechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten insbesondere unter Berücksichtigung der Gesellschafterstruktur der Gesellschaft. Im Frühjahr 2011 sollen auf dieser Basis Entscheidungen über eine Neuausrichtung bzw. Ergänzung des Tätigkeitsfeldes gefällt werden.

OVAG Oberbergische Verkehrsgesellschaft Aktiengesellschaft Kölner Str. 237 51645 Gummersbach-Niederseßmar Tel. 0 22 61 / 9260-0	Gründung 1949 Gesellschaftsvertrag Es ist gültig der Vertrag vom 22. August 2000.
--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Beteiligungsverhältnis

Stammkapital:		4.704.000,00 €
<hr/>		
Oberbergischer Kreis	50,00 %	2.352.000,00 €
Stadt Gummersbach	26,67 %	1.254.400,00 €
Stadt Bergneustadt	4,17 %	196.000,00 €
Stadt Wiehl	3,47 %	163.200,00 €
Stadt Waldbröl	3,33 %	156.800,00 €
Stadt Wipperfürth	3,33 %	156.800,00 €
Gemeinde Reichshof	2,50 %	117.600,00 €
Gemeinde Engelskirchen	1,67 %	78.400,00 €
Gemeinde Marienheide	1,67 %	78.400,00 €
Gemeinde Morsbach	1,67 %	78.400,00 €
Gemeinde Nümbrecht	1,53 %	72.000,00 €

Das Stammkapital ist voll eingezahlt.

Beteiligungen der Gesellschaft

	<u>Stammkapital</u>	<u>Anteil in Prozent</u>
- Verkehrsgesellschaft Bergisches Land mbH	200.000 EUR	75,00 %
- Der Radevormwalder GmbH	25.565 EUR	100,00 %
- Regionalverkehr Köln GmbH	3.579.200 EUR	12,50 %
- BEKA mbH (Einkaufs- und Wirtschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen mbH)	378.270 EUR	1,03 %

Besetzung der OrganeAufsichtsrat:

Kreistagsabgeordneter Konrad Frielingsdorf, Gummersbach (Vorsitzender), bis 05.07.2010

Landrat Hagen Jobi, Wiehl (Vorsitzender), seit 06.09.2010

Stadtverordneter Hans-Egon Häring, Gummersbach (stellv. Vorsitzender)

Stadtverordneter Siegfried Behrendt, Gummersbach (stellv. Vorsitzender)

Paul Becker, Wipperfürth

Kreistagsabgeordneter Paul Eßer, Engelskirchen, bis 05.07.2010

Werner Gottas, Gummersbach

Bürgermeister Frank Helmenstein, Gummersbach

Kreistagsabgeordneter Jürgen Marquardt, Gummersbach, seit 05.07.2010

Kämmerer Klaus Neuhoff, Morsbach

Kreistagsabgeordneter Helmut Schäfer, Engelskirchen, seit 05.07.2010

Thomas Schaldach, Gummersbach

Kreisbaudirektor Uwe Stranz, Gummersbach, bis 05.07.2010

Bürgermeister Michael Styp von Rekowski, Wipperfürth, seit 05.07.2010

Stadtverordneter Rainer Sülzer, Gummersbach

Kreistagsabgeordnete Dipl.Ing. Annelie Theuer, Waldbröl, seit 05.07.2010

Martin Thomas, Gummersbach

Kreistagsabgeordneter Prof. Dr. Friedrich Wilke, Gummersbach

Kreistagsabgeordneter Dipl. Volksw. Ralf Wurth, Wipperfürth, bis 05.07.2010

Vorstand:

Dipl. Betriebswirt Karl Heinz Schütz

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung des Verkehrs innerhalb des Oberbergischen Kreises und angrenzender Gebiete durch Einrichtung und Betrieb von Kraftomnibuslinien, Linien anderer Verkehrsmittel und Beförderung von Personen im Sinne der Freistellungsverordnung sowie der Betrieb von Gelegenheitsverkehr und die Durchführung aller hiermit im Zusammenhang stehenden Geschäfte. Sofern es die Erreichung dieses Gesellschaftszweckes notwendig macht, kann die Tätigkeit auch in anderen Gebieten ausgeübt werden.

Die Gesellschaft kann die zu ihrem Geschäftsbetrieb erforderlichen Grundstücke, Gebäude, Einrichtungen und Mobilien erwerben, pachten oder mieten. Sie kann andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art einrichten, erwerben, pachten und verpachten oder sich daran beteiligen sowie alle Geschäfte tätigen, die geeignet sind, den Zweck der Gesellschaft zu fördern.

Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, die Betriebsführung anderer Verkehrsunternehmen zu übernehmen und sich an anderen Unternehmen zu beteiligen.

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01. bis 31.12.2010	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Umsatzerlöse	22.190.644,32	22.488.671,08
Sonstige betriebliche Erträge		
a) Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens	241.557,69	139.255,55
b) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	116.202,55	145.120,27
c) sonstige Erträge	1.713.832,74	1.289.980,74
Gesamtleistung	24.262.257,30	24.063.027,64
Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.649.968,22	1.451.383,96
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	11.774.352,19	11.743.151,01
Rohergebnis	10.837.936,89	10.868.492,67
Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	4.742.452,79	4.614.963,37
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung - davon für Altersversorgung EURO 251.984,42 (VJ EUR 611.743,42)	1.195.637,12	1.543.164,94
Abschreibungen	1.129.476,74	960.395,37
Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.809.168,02	4.275.484,20
Betriebsergebnis	-1.038.797,78	-525.515,21
Erträge aus Beteiligungen	195,00	390,00
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	61.704,52	54.112,15
Zinsen und ähnliche Erträge	90.027,31	111.791,28
Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des UV	4.500,00	0,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.827,43	15.754,05
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-896.198,38	374.975,83
Außerordentliche Erträge	18.259,00	0,00
Außerordentliche Aufwendungen	73.029,39	0,00
Außerordentliches Ergebnis	-54.770,39	0,00
Steuern vom Einkommen und Ertrag	144.609,27	3.900,32
Sonstige Steuern	-18.067,53	-14.335,81
Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne	3.000,00	3.000,00
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	50.000,00	0,00
Verlustvortrag	-12,16	0,00
Entnahme aus anderen Gewinnrücklagen	265.000,00	390.000,00
Einstellung in Gewinnrücklagen	50.000,00	0,00
Bilanzgewinn	264.987,84	390.000,00

Lagebericht und voraussichtliche Entwicklung

Die branchenspezifische Entwicklung für den öffentlichen Personennahverkehr geht, nach vorläufigen Angaben von destatis, von einem Zuwachs an Fahrgästen im Liniennahverkehr mit Bussen und Bahnen von 0,3% aus. Im reinen Busverkehr geht das Verkehrsaufkommen um 0,1% zurück. Die Einnahmen aus dem Fahrscheinverkauf entwickeln sich auf Grund von Fahrpreiserhöhungen besser als die reine Verkehrsnachfrage. Der Fahrgastzuwachs im VRS betrug 2010 1,3% (0,7% im Vorjahr). Die Einnahmen stiegen um 5,06% bei einer dreiprozentigen Preiserhöhung. Die Fahrgastzuwächse zeigen sich hauptsächlich in den Fahrscheinen des Bartarifs und der Zeitkarten. Rückläufig war die Schülerzahl. Die Verkehrsnachfrage im Verkehrsgebiet der OVAG war 2010 rückläufig. Insbesondere bei Einzelfahrten und Schülerfahrkarten sind die Rückgänge zu verzeichnen. Insgesamt wurden 15,77 Mio. Fahrten von unseren Kunden durchgeführt, das sind 2,3% weniger als im Vorjahr.

Die Bilanzsumme erhöhte sich um 88,6 T€ auf 17.205.074,36€. Das Anlagevermögen im Bereich der Sachanlagen legte investitionsbedingt zu. Das Umlaufvermögen verringerte sich deutlich in der Position Bankguthaben und legte bei den sonstigen Vermögensgegenständen zu. Auf der Passiva ist der Sonderposten Investitionszuschüsse auf Grund ratierter Auflösung zurückgegangen. Die Rückstellungen erhöhten sich im Wesentlichen wegen der Geschäftsvorgänge im VRS. Die Rücklagen wurden verringert, um den Hauptaktionär und OVAG-Aufgabenträger Oberbergischer Kreis, finanziell zu entlasten.

Die Umsatzerlöse stiegen um 0,3% auf 19.007.226,09€. Die Einzelpositionen innerhalb der Erlöse hatten dabei unterschiedliche Vorzeichen. Die sonstigen betrieblichen Erträge haben maßgeblich zugelegt durch eine geänderte ÖPNV-Förderung.

Die betrieblichen Aufwendungen nahmen zu, insbesondere durch den steigenden Dieselpreis und Investitionen des Vor- und Geschäftsjahres.

Das Betriebsergebnis ist leicht verbessert gegenüber dem Vorjahr. Im Finanzergebnis führen geringere Zinseinnahmen und Erträge aus Gewinnabführungen sowie die Verlustübernahme bei der VBL zu einem negativen Saldo. In der Summe entsteht rechnerisch ein Jahresverlust in Höhe von 877.427,03€. Durch die vertragliche Übernahme der gesamtwirtschaftlichen Verpflichtungen im Linienverkehr seitens des Oberbergischen Kreises schließt die GuV mit einem ausgeglichenen Ergebnis.

Für das Jahr 2011 bestehen erhebliche Risiken. Die Einnahmenaufteilung im VRS soll rückwirkend geändert werden. Erste Auswertungen lassen eine klare Umverteilung zu Lasten der Landkreise erkennen. Durch die Abschaffung der Schülerjahreskarte und des JuniorTickets zum 01.08.2011 durch den VRS wird mit Mindereinnahmen gerechnet. Der demografische Wandel führt zu Rückgängen bei den Fahrgastzahlen. Rohstoffpreisisiken nehmen zu.

Radio Berg GmbH & Co. KG Cliev 19 51515 Kürten	Gründung 09. November 1989 Gesellschaftsvertrag Es gilt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 20.07.1989, zuletzt geändert durch die Gesellschafterversammlung vom 05. 08.2004 und Wirkung zum 01.01.2004.
-------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Beteiligungsverhältnis

Ein festgelegtes Stammkapital ist bei der Rechtsform der KG nicht vorgesehen, da der Komplementär mit seinem gesamten Geschäfts- und Privatvermögen haftet. Da es sich bei dem Komplementär aber um eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung handelt, ist die Haftung auf das Grundkapital dieser GmbH limitiert. Es handelt sich dabei um 25.000,00 EUR, den Mindestsatz für eine GmbH nach deutschem Recht. Die Kommanditisten haften bei dieser Konstruktion nur mit ihren Geschäftsanteilen, die sich nach einer mit Datum vom 31. Dezember 1998 von den Gesellschaftern beschlossenen Umwandlung von Gesellschafterdarlehen in Kommanditkapital in Höhe von 1.000.000,00 DM (511.291,88 EUR) wie folgt zusammensetzen:

Kommanditkapital		511.291,88 EUR
Rundfunk-Holding Rhein-Berg/Oberberg GmbH & Co. KG	75,0 %	383.468,91 EUR
Rheinisch-Bergischer Kreis	12,5 %	63.911,48 EUR
Oberbergischer Kreis	6,3 %	32.211,39 EUR
Stadt Gummersbach	2,1 %	10.737,13 EUR
Stadt Wiehl	2,0 %	10.225,84 EUR
3 Kleinanteilsinhaber mit jeweils unter 2 %	2,1 %	10.737,13 EUR

Beteiligungen der Gesellschaft

Die Gesellschaft ist mit einem Betrag von 25.564,59 EUR an der persönlich haftenden Komplementär-GmbH (Radio Berg GmbH) beteiligt.

Besetzung der OrganeGesellschaftervertreter**Mitglieder**

Christian Dumont-Schütte, Rundfunk-Holding Rhein-Berg/Oberberg
Ulrich Heimann, Rhein.-Berg. Kreis
Hagen Jobi, Oberbergischer Kreis
Dr. Klaus Blau, Stadt Gummersbach
Walter Ruland, Stadt Wiehl
Gerhard Halbe, Stadt Bergneustadt
Holger Jungnitz, BGW Lindlar
Bernd Hombach, Gemeinde Nümbrecht

Vertreter

Karl-Heinz Goßmann
wechselnde Vertreter
Werner Krüger
Ulrich Reichelt-Münster
wechselnde Vertreter
Wolfgang Rönchen
wechselnde Vertreter
Kurt Altwicker (namentlich als Vertreter nicht benannt)

Geschäftsführung: Dietmar Henkel, Leichlingen

Gegenstand des Unternehmens

Die Wahrnehmung folgender Aufgaben, die sich aus dem Landesrundfunkgesetz für den Betrieb lokalen Rundfunks ergeben ist Gegenstand des Unternehmens:

- die zur Produktion und zur Verbreitung des lokalen Rundfunks erforderlichen technischen Einrichtungen zu beschaffen und der Veranstaltergemeinschaft zur Verfügung zu stellen;
- der Veranstaltergemeinschaft die zur Wahrnehmung ihrer gesetzlichen und durch Vereinbarung bestimmten Aufgaben erforderlichen Mittel in vertraglich bestimmtem Umfang zur Verfügung zu stellen;
- für die Veranstaltergemeinschaft den in § 24 Abs. 4 Satz 1 LRG genannten Gruppen Produktionshilfen zur Verfügung zu stellen;
- Hörfunkwerbung zu verbreiten.

Zu diesem Zweck kann sich die Gesellschaft an anderen Unternehmen mit gleichem oder ähnlichem Gesellschaftszweck beteiligen, derartige Unternehmen erwerben, Tochtergesellschaften gründen, Zweigniederlassungen errichten sowie alle sonstigen den Gesellschaftszweck fördernden Geschäfte vornehmen.

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01. – 31.12.2010	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Umsatzerlöse	1.820.475,35	1.982.857,35
Sonstige betriebliche Erträge	56.613,30	60.916,93
Personalaufwand		
Löhne und Gehälter	1.444,94	2.102,65
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	31.494,56	33.116,56
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.545.819,76	1.572.720,09
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.601,96	3.921,26
- davon aus verbundenen Unternehmen EUR 1.571,97 EUR (i. Vj. EUR 3.869,42)-		
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	10.388,94	10.828,71
- davon an verbundenen Unternehmen EUR 7.416,80 (i. Vj. EUR 8.022,01)-		
- davon aus der Aufzinsung von Rückstellungen EUR 59,01 (i. Vj. EUR 0,00)-		
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	289.542,41	428.927,53
Steuern vom Einkommen und Ertrag	42.406,52	63.047,49
sonstige Steuern	3.072,00	744,82
Jahresüberschuss	244.063,89	365.135,22
Gutschrift auf Gesellschafterkonten	244.063,89	365.135,22
Bilanzgewinn	0,00	0,00

Lagebericht und voraussichtliche Entwicklung

Aufgrund der anhaltenden Umsatzschwäche im nationalen Markt sind auch die Umsätze bei Radio Berg von TEUR 1.983 auf TEUR 1.820 zurückgegangen. Insbesondere die Vertriebsprovisionen des Mantelprogrammzulieferers radio NRW sind im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 59 (-9,4 %) auf TEUR 571 gesunken. Auch die Umsatzerlöse der lokalen Hörfunkwerbung sind von TEUR 1.089 auf TEUR 948 (-13 %) gesunken. Die negative Entwicklung konnte durch gesteigerte Erlöse aus der Sponsoring-Hörfunkwerbung teilweise kompensiert werden. Hier konnte der Umsatz um 42,7 % von TEUR 78 auf TEUR 111 gesteigert werden.

Im Vergleich zum Vorjahr ist das Ergebnis der Gesellschaft um TEUR 121 (-33,2 %) auf TEUR 244 gesunken. Dies resultiert im Wesentlichen aus der unter 1. beschriebenen Umsatzentwicklung. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen wurden um TEUR 27 (-1,7 %) von TEUR 1.573 auf TEUR 1.546 reduziert. Die Kosteneinsparung ist insbesondere auf die Senkung der Kosten für die Programmgestaltung des Hörfunks zurück zu führen. Hier wurden, verglichen mit dem Vorjahr, TEUR 33 eingespart. Die sonstigen betrieblichen Erträge sowie die Aufwendungen aufgrund von Abschreibungen sind in etwa auf Vorjahresniveau.

Die Geschäftsleitung plant für das Geschäftsjahr 2011 mit einem leichten Anstieg der Vertriebsprovisionen und sieht keine besonderen Risiken für den Bestand der Gesellschaft.

Sparkasse Gummersbach-Bergneustadt
Hindenburgstr. 4-8
51643 Gummersbach
Tel. 0 22 61 / 310

Gründung

01. Januar 1853

Gesellschaftsvertrag

Es ist gültig der Vertrag vom 16. Oktober 1991.

Beteiligungsverhältnis

Sparkassen werden nach dem Sparkassengesetz von der jeweiligen Gebietskörperschaft errichtet bzw. aufgelöst. Zwischen diesen Zeitpunkten besitzen sie die Rechtsnatur einer rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts. Die einzige Einschränkung stellen in diesem Zusammenhang die Besetzung der Führungsorgane durch die Vertretung des Gewährträgers und damit in Verbindung stehende Aufsichtsrechte über die Sparkasse bzw. die in die Führungsorgane entsandten Personen dar. Die Sparkasse "gehört" also dem Gewährträger. Für die Sparkasse Gummersbach-Bergneustadt haben die beiden Städte einen Zweckverband gebildet, der die Funktion des Gewährträgers ausübt. Alle finanziellen Rechte (Überschussbeteiligung, Auflösungsverträge) und Pflichten (Verlustabdeckungen) sind gemäß der Zweckverbandssatzung auf die Städte im Verhältnis ihrer amtlich festgestellten Einwohnerzahl zu verteilen. Die "Eigentumsanteile" der Städte sind also variabel.

Die Stadt Bergneustadt hatte 20.396 Einwohner zum 31.12.2007, Gummersbach 53.668 Einwohner. Bei zusammen 74.064,00 Einwohnern ergibt sich folgendes Beteiligungsverhältnis zum Jahresende 2007:

Stadt Gummersbach	72,47 %
Stadt Bergneustadt	27,53 %

Besetzung der OrganeVerwaltungsrat:**Vorsitzender**

Frank Helmenstein, Bürgermeister der Stadt Gummersbach

Mitglieder

Volker Berthold

N. N.

Andreas Dannenberg

André Grube

Gerhard Halbe

Hans-Egon Häring

Detlef Kämmerer

Wolfgang Kamp

Ilona Köhler

Thorsten Konzelmann

Bernhard Ludes

Jürgen Marquardt

Heike Schmid

Dr. Ulrich von Trotha

Vorstand:

Frank Grebe, Vorsitzender

Markus Vandrey, Mitglied

1. und 2. Stellvertreter

Gerhard Halbe, Bürgermeister der Stadt Bergneustadt

Jürgen Marquardt

Stellvertreter

Stefan Witt

Stefan Retzerau

Christoph Irle

Bernd Fröhlich

Christian Hoene

Jakob Löwen

N. N.

Gerald Lenz

Bärbel Frackenhohl-Hunscher

Helga Auerswald

Reinhard Schulte

Jörg Jansen

Isolde Weiner

J. Werner Hannemann

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Bankgeschäften aller Art sowie das Erbringen von Finanz-, Beratungs- und ähnlichen Dienstleistungen. Soweit gesetzlich zulässig, kann die Sparkasse

- alle Geschäfte eingehen, die geeignet sind, den Geschäftszweck der Sparkasse zu fördern,
- sich an anderen Unternehmen beteiligen sowie solche Unternehmen gründen oder erwerben,
- ihre Geschäftstätigkeit auch durch Tochter-, Beteiligungs- und Gemeinschaftsunternehmen ausüben
- sowie Unternehmens- und Kooperationsverträge mit anderen Unternehmen abschließen.

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01. - 31.12.2010	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr T EUR
1. Zinserträge aus		
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	46.024.824,66	47.747
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	3.448.481,20	6.033
2. Zinsaufwendungen	27.303.922,52	35.241
3. Laufende Erträge aus		
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	3.006.037,50	6.156
b) Beteiligungen	286.038,88	251
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	250,00	-
4. Provisionserträge	8.740.569,48	8.391
5. Provisionsaufwendungen	449.393,66	439
6. Nettoaufwand (Vorjahr: Nettoertrag) des Handelsbestandes	18.367,49	199
7. Sonstige betriebliche Erträge	1.660.145,77	1.482
8. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil	-	30
9. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen		
Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	12.207.305,54	12.295
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung - darunter für Altersversorgung: EUR 1.220.372,28 (VJ: T EUR 2.192)	3.366.938,08	4.532
Andere Verwaltungsaufwendungen	7.600.671,57	7.298
10. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	1.786.556,84	2.183
11. Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.370.462,02	2.103
12. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	1.709.667,57	1.370
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	636.562,12	487
14. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	3.550.000,00	1000
15. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	2.166.500,08	3.340
16. Außerordentliche Erträge	345.438,00	-
17. Außerordentliche Aufwendungen	336.396,80	-
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.154.152,53	2.251
19. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 18 ausgewiesen	12.518,17	45
20. Jahresüberschuss	1.033.906,92	1.043
21. Bilanzgewinn	1.033.906,92	1.043

Lagebericht und voraussichtliche Entwicklung

Die Geschäftsentwicklung der Sparkasse im Geschäftsjahr 2010 kann bei dem anhaltenden intensiven Konditionenwettbewerb in einem sich wirtschaftlich erholenden Umfeld dank eines überaus lebhaften Kreditgeschäftes und einer positiven Entwicklung bei der Geldvermögensbildung im Retailgeschäft als gut bezeichnet werden. Die Sparkasse hat sich in einem hart umkämpften Markt in wichtigen Geschäftsfeldern gut behaupten können.

Die Bilanzsumme stieg 2010 trotz der Rücknahme der Eigenanlagen und der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 35,0 Mio. € (= 2,7%). Ursächlich für den Zuwachs war das Kundengeschäft.

Das Kreditgeschäft der Sparkasse verlief 2010 ausgesprochen erfreulich. Mit einem Plus bei den Ausleihungen von 47,6 Mio. € auf 879,1 Mio. € (+5,7%). Dank der verbesserten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wurde das Wachstum überwiegend von erhöhten Kreditansprüchen der Unternehmen getragen. Im Konsumentenkreditgeschäft konnte das gute Ergebnis des Vorjahres mit Kreditbewilligungen von 10 Mio. € wiederholt werden.

Der Gesamtbestand an Kundeneinlagen kletterte ausgesprochen stark von 927,5 Mio. € auf 1.034,6 Mio. €, ein Plus von 107,1 Mio. € = 11,5%. Ursächlich dafür war der Anstieg bei kurzfristigen Geldanlagen.

Die Sparkasse verwaltete 2010 – ohne Berücksichtigung der eigenen Inhaberschuldverschreibungen (13,8 Mio. €) – ein Wertpapiervermögen von 286,9 Mio. €, ein durch Großanleger bedingtes Minus von 201,6 Mio. €. Sicherheit steht bei den Anlegern bei der Wahl der Anlageform an erster Stelle.

Die Ertragslage der Sparkasse hat sich 2010 wie im Vorjahr weiter aufgehellt. Zwar lag der Jahresüberschuss mit 1.033.906,92 € auf Vorjahresniveau, hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass Vorsorgemaßnahmen für evtl. zukünftige Belastungen getroffen wurden, u.a. eine Zuführung in den Fonds für allgemeine Bankenrisiken i. H.v. 3,6 Mio. €.

Der Zinsüberschuss stieg um 0,5% auf 25,5 Mio. €, zudem konnte das Provisionsergebnis um 0,3 Mio. € auf 8,3 Mio. € gesteigert werden. Der Personalaufwand ging um 1,3 Mio. € zurück, die anderen Verwaltungsaufwendungen stiegen um 0,3 Mio. €.

Nach Abzug der Steuern von 1,1 Mio. € ergab sich ein Jahresüberschuss von 1,0 Mio. €, der auch als Bilanzgewinn ausgewiesen ist.

Das Eigenkapital beträgt nach Zuführung des Jahresüberschusses und vor Ausschüttung an die Träger 68,5 Mio. €, was einem Zuwachs von 1,2 Mio. € entspricht. Zusätzlich verfügt die Sparkasse über umfangreiche Eigenkapitalbestände.

Auf der Aktivseite hat sich der Strukturanteil der Forderungen an Kunden (64,2%) aufgrund des lebhaften Kreditgeschäftes erhöht. Die Wertpapiere stellen daneben mit 21% die zweitwichtigste Bilanzposition dar. Auf der Passivseite ist der Anteil der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden deutlich auf 75% gestiegen, der Anteil der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten reduzierte sich auf 15,8%.

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war jederzeit gegeben.

Steinmüller Bildungszentrum gGmbH Rospestr. 1 51643 Gummersbach Tel.: 02261 / 2902630	Gründung 2000 Gesellschaftsvertrag Es ist gültig der Vertrag vom 09. Juni 2000, zuletzt geändert durch Beschluss vom 29. November 2006.
-------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Beteiligungsverhältnis

Oberbergischer Kreis	1.250,00 EUR
Stadt Gummersbach	2.500,00 EUR
Stoltenberg-Lerche Stiftung für berufliche Weiterbildung	9.000,00 EUR
Steinmüller Bildungszentrum gGmbH	12.250,00 EUR

Die bar zu erbringenden Einlagen sind voll eingezahlt.

Beteiligungen der Gesellschaft

Gründer- und TechnologieCentrum Gummersbach

Organe der GesellschaftGeschäftsführer:

Herr Hans-Georg Hahn, Rechtsanwalt
Herr Stefan Brüninghaus, Dipl.Ing

Vertreter der Gesellschafter:

A. Guist, Ratsmitglied der Stadt Gummersbach
U. Mahler, 2. Stv. Landrätin (stv.)
M. Hüttenmeister, 3. Stv. Landrätin (stv.)
Prof. Dr. F. Wilke, 1. Stv. Landrat

RA H.-G. Hahn, Stoltenberg-Lerche Stiftung für berufliche
Weiterbildung, Gummersbach

Beirat

Herr Dipl.Ing. J. Becker (Beiratsvorsitzender)
Herr RA H. G. Hahn, Stoltenberg-Lerche Stiftung für berufliche Weiterbildung, Vorsitzender
des Kuratoriums, Gummersbach (Stellvertreter)
Frau OSt.-Dir. E. Witsch, Berufskolleg Oberberg Kaufmännische Schulen, Gummersbach
(bis 30.06.2010)
Herr Ost-Dir. D. Schwartmann, Berufskolleg Oberberg Kaufmännische Schulen,
Gummersbach (ab 01.07.2010)
Herr U. Baasch, Bevollmächtigter der Industriegewerkschaft Metall
Herr T. Bubenzler, Mitglied des Kreistages
Herr R. Goldmann, Stadtverordneter, Stadt Gummersbach
Herr N. Kemper, 1. Bevollmächtigter der Industriegewerkschaft Metall (stv.)
Herr OSt.-Dir. W. Saupp, Berufskolleg Oberberg Ernährung – Sozialwesen – Technik,
Gummersbach
Herr Prof. Dr. H. R. Rühmann, Fachhochschule Köln, Campus Gummersbach
Herr U. Jung, Mitglied des Kreistages (stv.)
Frau O. Zipperlin, auf Antrag d. Stoltenberg-Lerche Stiftung von der Steinmüller
Bildungszentrum gGmbH entsandt (stv.)

Gegenstand des Unternehmens, Unternehmensleitbild, Unternehmenspolitik

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung. Gegenstand des Unternehmens ist die Sicherung und Fortführung der beruflichen Aus- und Weiterbildung in der Kreismitte. Hierzu gehören insbesondere

- die praktische und theoretische Erstausbildung für gewerbliche, technische und kaufmännische Berufe
- Maßnahmen der beruflichen Vorbereitung, Umschulung und Weiterbildung
- Bildungsmaßnahmen für Gruppen, die einen erschwerten Zugang zur Berufsausbildung oder zu bestimmten Berufen haben
- die Teilnahme an der Erprobung und Entwicklung zukunftsgerichteter Formen beruflicher Bildung
- die Teilnahme an Maßnahmen der Berufsfindung
- sonstige Maßnahmen im Sinne des Sozialgesetzbuches III und anderer Regelungen öffentlicher Förderung
- die Zusammenarbeit mit Firmen und Institutionen, die sich einem gleichen oder ähnlichen Zweck wie die Gesellschaft widmen.

Die Gesellschaft ist selbstlos tätig. Sie verfolgt öffentliche gemeinnützige Zwecke. Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft. Es darf keine Person durch Ausgaben die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle im Rahmen der Gewerbeordnung zulässigen Geschäfte zu tätigen, die geeignet sind, den Gesellschaftszweck zu fördern.

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01. - 31.12.2010	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Umsatzerlöse	1.606.267,78	1.912.747,27
andere aktivierte Eigenleistungen		
sonstige betriebliche Erträge	519.262,09	34.999,05
Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	84.109,78	107.062,60
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	19.188,45	22.756,93
Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	747.113,39	827.605,10
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	189.485,79	203.974,22
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	43.697,27	41.311,03
Sonstige betriebliche Aufwendungen	703.973,45	627.460,77
sonstige Zinsen und Erträge	1.488,46	4.106,64
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	13.118,18	16.569,80
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	326.332,02	105.112,51
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	3.880,00	307,00
Sonstige Steuern	194.500,00	5.500,00
Jahresüberschuss	127.952,02	99.305,51

Lagebericht und voraussichtliche Entwicklung

Die seit dem Jahr 2004 durchgehend positive Entwicklung setzt sich zwar fort, war aber gekennzeichnet durch die Vorsorge für die drohende Rückzahlung von Umsatzsteuererstattungen und höherer Aufwendungen für Umbaumaßnahmen im Zusammenhang mit den Abbruchmaßnahmen im angrenzenden Steinmüllergelände. Außerdem ging der Umsatz wegen des Rückgangs von aus öffentlichen Mitteln geförderten Maßnahmen um ca. 16% im Vergleich zum Vorjahr zurück. Ein Jahresüberschuss konnte nur erreicht werden, weil eine in den Jahren 2016-2019 fällige unbestimmte Forderung durch eine einmalige pauschale Zahlung abgelöst wurde. Nach teilweiser Inanspruchnahme, Auflösung und Fortführung der im Vorjahr gebildeten Rückstellungen sowie von Zuführungen wegen der vorgenannten Risiken konnten die Rückstellungen auf 357.866,00€ leicht gesenkt werden und blieben damit unter dem Betrag des Vorjahres.

Auch im Jahr 2010 wurden die in den Vorjahren begonnenen Instandsetzungs- und Modernisierungsarbeiten am Betriebsgebäude fortgesetzt. Zusätzlicher Raumbedarf wurde zunächst befristet zum 30. Juni 2011 durch Anmietung entsprechender Räumlichkeiten gestillt. Für die Zeit danach ist ein Anbau in Arbeit. Es wird mit Kosten von 250.000€ einschl. MWSt gerechnet, die Refinanzierung wird durch die Vermietung neu geschaffener Räume an das CJD gesichert. Falls es uns nicht gelingt, unsere Umsätze durch vermehrte Umschulungen und verstärkte Weiterbildungen im Bereich der Schweiß- und CNC-Technik zu erhöhen, wird ein negatives Ergebnis im Jahr 2011 nicht zu vermeiden sein. Sollten Neuausschreibungen der BaE, der BVB, der Eignungsanalyse und sonstiger Maßnahmen gewonnen werden, dann wird ab dem Jahr 2012 wieder an die gute Entwicklung in den Jahren 2004 bis 2009 angeschlossen werden. Unverändert muss das Ziel des SBZ darin bestehen, zusätzlich neue Aufgabenfelder außerhalb der mit öffentlichen Mitteln geförderten Maßnahmen zu entwickeln – ohne aber letztere zu vernachlässigen.

Trägergesellschaft Stadthalle Gummersbach mbH Frau Voß-Jahn Kastanienstraße 118 51647 Gummersbach Tel. 0 22 61 / 63102	Gründung 16. Dezember 1994 Gesellschaftsvertrag Es ist gültig der Vertrag vom 16. Dezember 1994.
-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Beteiligungsverhältnis

Stammkapital:		444.824,00 €
Stadt Gummersbach	71,25 %	317.001,00 €
Gesellschaft zur Eintracht e.V.	8,63 %	38.347,00 €
Gummersbacher Schützenverein von 1833 e.V.	8,63 %	38.347,00 €
VfL Gummersbach von 1861 e.V.	5,75 %	25.565,00 €
Bürgerverein Gummersbach e.V.	2,87 %	12.782,00 €
Freizeitpark Hexenbusch e.V.	2,87 %	12.782,00 €

Beteiligungen der Gesellschaft

keine

Besetzung der Organe

Geschäftsführung

Peter Lüdorf
Irmgard Voß-Jahn

Vertretung

Dipl.-Ing. Ulrich Hunscher
Rüdiger Goldmann

Gegenstand des Unternehmens

Vermögensverwaltung durch Erhaltung und Renovierung der Stadthalle Gummersbach.

Gemeinnützigkeit

Die Gesellschaft verfolgt lt. Bescheinigung vom 29. November 2005 des Finanzamtes Gummersbach ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigte gemeinnützige Zwecke im Sinne des § 51 ff. der Abgabenordnung (Förderung des Denkmalschutzes und des Heimatgedankens).

Die Jahresabschlüsse 2009 und 2010 lagen zum Zeitpunkt der Erstellung des Beteiligungsberichtes für das Haushaltsjahr 2012 nicht vor

Volksbank Oberberg eG Bahnhofstr. 3 51674 Wiehl Tel. 0 22 62 / 984-0	Gründung 1870 Gesellschaftsvertrag Es ist gültig der Vertrag vom 30. Dezember 1969 (Beitrittsdatum)
-----------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Beteiligungsverhältnis

Gezeichnetes Kapital: 43.878.965,67 EURO

Derzeitige Beteiligung der Stadt: 193,35 EURO = 0,0004406%

Hinweis

Auf Grund der verschwindend geringen Einlage wird auf eine detaillierte Vorstellung des Unternehmens verzichtet, zumal Überlegungen darauf hinzielen, sich komplett aus dieser Beteiligung zurückzuziehen. Dies scheint sinnvoll, da die Stadt Gummersbach noch nicht einmal ein Stimmrecht bei dieser geringen Einlage besitzt, während Jahr für Jahr ein Vielfaches der erreichten Dividende für die Verwaltung dieser Beteiligung aufgewandt werden muss. Dieser Effekt verstärkt sich noch durch die Tatsache, dass der Anteil nur zu etwa ¼ eingezahlt ist und die Dividende daher nicht ausbezahlt sondern aufaddiert wird, was zu aufwendigen Umbuchungen führt.

**Gesamtabschlussrichtlinie
der Stadt Gummersbach**

aufgestellt zum Gesamtabschluss 31.12.2010

Inhaltsverzeichnis

1. Aufgabe und Zweck der Gesamtabchlussrichtlinie	3
2. Rechtliche Grundlagen	4
3. Grundsätze für die Gesamtrechnungslegung	5
4. Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten	6
5. Terminplan	6
6. Elemente des Gesamtabchlusses	6
6.1 Gesamtergebnisrechnung	6
6.2 Gesamtbilanz	7
6.3 Gesamtanhang	7
6.4 Gesamtlagebericht	7
6.5 Beteiligungsbericht	8
7. Rahmenbedingungen	8
7.1 Von den Einzelabschlüssen zum Summenabschluss	8
7.2 Formularwesen und Konsolidierungssoftware	9
8. Konsolidierung	10
8.1 Konsolidierungskreis	10
8.2 voll zu konsolidierende Betriebe	10
8.3 Assoziierte Unternehmen	11
8.4 Methodisches Vorgehen	11
8.5 Wesentlichkeit	12
8.6 Wertgrenzen	13
9. Konsolidierungsmethoden	13
9.1 Kapitalkonsolidierung	13
9.2 Schuldenkonsolidierung	13
9.3 Zwischenergebniskonsolidierung	14
9.4 Aufwands- und Ertragskonsolidierung	14
9.5 Latente Steuern	15
9.6 Equity Methode	15
10. Prüfung und Offenlegung des Gesamtabchlusses	16
11. Inkrafttreten	16

1. Aufgabe und Zweck der Gesamtabschlussrichtlinie

Mit der Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) in Nordrhein-Westfalen haben die Gemeinden und Gemeindeverbände spätestens ab dem Haushaltsjahr 2009 ihre Geschäftsvorfälle nach dem System der doppelten Buchführung in ihrer Finanzbuchhaltung erfasst und zum Stichtag 1. Januar 2009 eine Eröffnungsbilanz nach den Vorschriften der Gemeindeordnung aufgestellt. In Gummersbach ist diese Umstellung zum 01.01.2007 erfolgt, die entsprechenden Jahresabschlüsse liegen vor.

Gemäß § 2 NKFEF NRW haben die Kommunen neben den Einzel-Jahresabschlüssen spätestens zum Stichtag 31. Dezember 2010 auch den ersten Gesamtabschluss nach § 116 GO NRW aufzustellen.

Die Gemeindehaushaltsverordnung orientiert sich bei der Aufstellung des Gesamtabschlusses an den Regelungen des Handelsgesetzbuches und mithin an den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) und Konzernrechnungslegung (GoK). Eine weitere Hilfestellung geben die Kommentierungen der Handreichung des Ministeriums für Inneres und Kommunales NRW sowie die Empfehlungen des Praxisleitfadens des Modellprojektes zum NKF-Gesamtabschluss.

Einen weiteren Leitfaden bildet die Gesamtabschlussrichtlinie, in welcher die Stadt Gummersbach verbindliche Grundlagen zur Erstellung der Gesamtabschlüsse festlegt.

Die Gesamtabschlussrichtlinie ist für die Stadt Gummersbach und die voll zu konsolidierenden verselbständigten Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form bindend. Die Festlegung des Konsolidierungskreises sowie die jeweilige Konsolidierungsmethode nach § 50 GemHVO NRW ist als Anlage 1 beigefügt.

Vselbständigte Aufgabenbereiche müssen gem. § 116 Abs. 3 GO NRW nicht einbezogen werden, wenn sie für die Verpflichtung, ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage zu vermitteln, von untergeordneter Bedeutung sind. Die Anwendung dieser Regelung bedarf einer entsprechenden Darstellung.

Die in den Konsolidierungskreis einzubeziehenden verselbständigten Aufgabenbereiche sind verpflichtet, der Muttergesellschaft Stadt Gummersbach alle zur Aufstellung des Gesamtabschlusses erforderlichen Aufklärungen und Nachweise zur Verfügung zu stellen.

Hierzu gehören zum Einen die voll zu konsolidierenden Betriebe, die gem. § 50 Abs. 1 und 2 GemHVO NRW unter der einheitlichen Leitung oder einem beherrschenden Einfluss der Kommune stehen (*siehe auch 8.2 - voll zu konsolidierende Betriebe*).

Ebenfalls zugehörig sind die "at equity" einzubeziehenden assoziierten Unternehmen, in denen die Kommune oder ein in den Vollkonsolidierungskreis einbezogener Betrieb direkt oder indirekt maßgeblichen Einfluss auf das betreffende Unternehmen ausübt. Kriterien hierfür können die Vertretung der jeweiligen Kommune in Vorstand und Aufsichtsrat, eine starke wirtschaftliche Abhängigkeit bei Leistungserstellung und Finanzierung sowie Mitspracherechte der Kommune sein. Ein maßgeblicher Einfluss wird (widerlegbar) vermutet, wenn der Kommune aus Konzernsicht direkt oder indirekt ein Stimmrechtsanteil am Betrieb von mindestens 20 % zusteht (*siehe auch 8.3 Assoziierte Unternehmen*).

Die vorliegende Richtlinie beschreibt die einzelnen Komponenten eines NKF-Gesamtabschlusses und die zur Aufstellung notwendigen Verfahrensschritte. Sie legt - insbesondere unter Berücksichtigung der örtlichen Besonderheiten - verbindliche Anweisungen zur Aufstellung des Gesamtabschlusses und zur Ausübung von Wahlrechten und Ermessensentscheidungen im Rahmen der geltenden haushaltsrechtlichen Vorschriften fest. Darüber hinaus regelt die Richtlinie den organisatorischen Ablauf und die örtlichen Zuständigkeiten.

Die Gesamtabschlussrichtlinie dient der Sicherstellung der einheitlichen Bilanzierung und Bewertung innerhalb des Konzerns "Stadt Gummersbach" in sachlicher und zeitlicher Hinsicht und somit der Einhaltung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) und Konzernrechnungslegung (GoK).

Die Richtlinie entfaltet Bindungswirkung für die Kernverwaltung und ihr Sondervermögen (Eigenbetriebe) sowie für ggf. voll zu konsolidierende verbundene Unternehmen.

Soweit die Richtlinie keine konkreten Ausführungen enthält, sind die Vorschriften der Gemeindeordnung (GO NRW) und der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO NRW) sowie die entsprechenden handelsrechtlichen Vorgaben (HGB) anzuwenden.

2. Rechtliche Grundlagen

Die Stadt Gummersbach ist gem. § 116 GO NRW verpflichtet, in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung aufzustellen. Zu dem Gesamtabschluss hat die Stadt Gummersbach ihren eigenen Jahresabschluss nach § 95 GO NRW und die Jahresabschlüsse des gleichen Geschäftsjahres aller verselbständigten Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form zu konsolidieren, § 116 Abs. 2 GO NRW.

Der Entwurf des Gesamtabschlusses wird vom Kämmerer aufgestellt und dem Bürgermeister zur Bestätigung vorgelegt. Der Bürgermeister leitet den von ihm bestätigten Entwurf innerhalb von neun Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres dem Rat zur Bestätigung zu, § 116 Abs. 5 GO NRW i. V. m. § 95 Abs. 3 GO NRW.

Der Gesamtabschluss ist gem. § 116 Abs. 6 GO NRW vom Rechnungsprüfungsausschuss dahingehend zu prüfen, ob er ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage des Konzerns unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung gibt. Die Prüfung des Gesamtabschlusses erstreckt sich darauf, ob die gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen beachtet worden sind. Der Gesamtlagebericht ist darauf zu prüfen, ob er mit dem Gesamtabschluss im Einklang steht und ob seine sonstigen Angaben nicht eine falsche Vorstellung von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt erwecken.

Der Rat der Stadt Gummersbach bestätigt gem. § 116 Abs. 1 GO NRW i. V. m. § 96 Abs. 1 GO NRW den geprüften Gesamtabschluss. Der bestätigte Gesamtabschluss ist unverzüglich der Aufsichtsbehörde anzuzeigen und öffentlich bekannt zu machen.

Der Gesamtabchluss besteht gem. § 49 GemHVO NRW aus der Gesamtergebnisrechnung, der Gesamtbilanz und dem Gesamtanhang. Ihm ist ein Gesamtlagebericht und ein Beteiligungsbericht beizufügen. Der Gesamtanhang ist gem. § 51 Abs. 3 GemHVO NRW um eine Gesamtkapitalflussrechnung unter Beachtung des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 2 (DRS 2) zu ergänzen.

3. Grundsätze für die Gesamtrechnungslegung

Neben den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung gelten für die Aufstellung des Gesamtabchlusses auch die Grundsätze ordnungsmäßiger Konzernrechnungslegung:

- Grundsätze der Einheitlichkeit
- Einheitlichkeit des Ausweises

Die Gliederung der Gesamtbilanz und der Gesamtergebnisrechnung basiert auf den kommunalen Gliederungsvorschriften im Sinne der Gemeindehaushaltsverordnung NRW.

Einheitlichkeit des Ansatzes

Ansatzgebote und -verbote sind einheitlich anzuwenden und Ansatzwahlrechte sind unabhängig von ihrer Ausübung im Einzelabschluss einheitlich auszuüben.

Einheitlichkeit der Bewertung

Die in den Gesamtabchluss übernommenen Vermögensgegenstände und Schulden der voll zu konsolidierenden Betriebe sind grundsätzlich nach den auf den Jahresabschluss der Kommune anwendbaren Bewertungsmethoden einheitlich zu bewerten. Die Wertfindung muss bei gleichen Sachverhalten (Art- und Funktionsgleichheit, Gleichheit der wertbestimmenden Bedingungen) nach den gleichen Bewertungsmethoden erfolgen.

Einheitlichkeit der Währung

Grundsatz der Wirtschaftlichkeit

Im Einzelfall kann von den Vorschriften zur Erstellung des Gesamtabchlusses abgewichen werden, wenn der für den jeweiligen Sachverhalt erforderliche Rechnungslegungsaufwand nicht in einem angemessenen Verhältnis zum Nutzen der dargelegten (zusätzlichen) Informationen steht, sog. Verhältnismäßigkeitsgrundsatz.

Grundsatz der Wesentlichkeit

Bei der Konzernrechnungslegung sind alle Tatbestände zu berücksichtigen und offenzulegen, die für die Adressaten des Jahresabschlusses von Bedeutung sein können. Umgekehrt können Sachverhalte von untergeordneter Bedeutung vernachlässigt werden, die wegen ihrer Größenordnung für die Vermittlung eines des tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage keinen bedeutenden Einfluss haben. Daneben gelten für den Gesamtabchluss die Grundsätze der Stetigkeit der Konsolidierungsmethoden und der Vollständigkeit des Konsolidierungskreises.

4. Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten

Der Gesamtabschluss wird vom Fachbereich Finanzen der Stadt Gummersbach unter Einbeziehung der kaufmännischen Abteilung der Eigenbetriebe und der Beteiligungen erstellt. Die Gesamtverantwortung und die operative Projektleitung liegen bei den für die Finanzbuchhaltung der Stadt Gummersbach verantwortlichen Personen.

Der Fachbereich Finanzen ist für die Organisation des Erstellungsprozesses verantwortlich. Die Eigenbetriebe (Sondervermögen), verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sind dafür verantwortlich, dass die entsprechenden Daten und Informationen fristgerecht vorgelegt werden und zur Verwendung für die Gesamtabschlussaufstellung geeignet sind. Gegebenenfalls haben diese die zu meldenden Daten zuvor mit ihren jeweiligen Abschlussprüfern abzustimmen.

5. Terminplan

Der Gesamtabschluss ist bis zum 30. September eines jeden Jahres zu erstellen. Damit die gesetzliche Terminvorgabe eingehalten werden kann, haben die voll zu konsolidierenden selbstständigen Aufgabenbereiche die entsprechenden Informationen jeweils nach der Prüfung ihres Jahresabschlusses, spätestens zum 30. Juni eines jeden Jahres, dem Fachbereich Finanzen zur Verfügung zu stellen.

Zusätzlich zu den abgefragten Meldedaten ist der geprüfte Jahresabschluss und ein aktueller Anlagennachweis (Mindestdatenumfang: Anfangsbestand zum 01.01., bilanzielle Abschreibungen und sonstige Wertberichtigungen, Restbuchwert zum 31.12., Nutzungsdauer des Vermögensgegenstandes) beizufügen.

Darüber hinaus ist eine Offene Posten - Liste mit den zum Bilanzstichtag vorhandenen Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Gummersbach (Kernverwaltung) vorzulegen. Jeweils zum Ende eines Quartals soll eine unterjährige Saldenabstimmung zwischen der Muttergesellschaft Stadt Gummersbach und ihren voll zu konsolidierenden Betrieben erfolgen; hierzu sind ebenfalls entsprechende Auswertungen (OP-Listen) vorzulegen.

6. Elemente des Gesamtabschlusses

Der Gesamtabschluss besteht gem. § 49 Abs. 1 GemHVO NRW aus

- der Gesamtergebnisrechnung,
- der Gesamtbilanz sowie
- dem Gesamtanhang.

Ergänzend ist ein Gesamtlagebericht zu erstellen und ein Beteiligungsbericht beizufügen. Dem Gesamtanhang ist eine Kapitalflussrechnung auf Konzernebene unter Beachtung des DRS 2 beizufügen.

6.1 Gesamtergebnisrechnung

In der Gesamtergebnisrechnung werden sämtliche Erträge und Aufwendungen der Kernverwaltung und der voll zu konsolidierenden Betriebe zusammengefasst. Da die Betrachtung der Gesamtergebnisrechnung aus Konzernsicht erfolgt, werden konzerninterne

Vorgänge (Erträge / Aufwendungen) gegeneinander aufgerechnet und somit eliminiert. Dies umfasst sowohl ergebniswirksame Buchungen zwischen der Muttergesellschaft Stadt Gummersbach und ihren voll zu konsolidierenden verselbständigten Aufgabenbereiche als auch Binnenumsätze zwischen den voll zu konsolidierenden Betrieben. Für die Gliederung der Gesamtergebnisrechnung gilt § 49 Abs. 3 i. V. m. §§ 38, 2 GemHVO NRW.

6.2 Gesamtbilanz

Die Gesamtbilanz ist die konsolidierte Darstellung des Gesamtvermögens des "Konzerns Kommune". Wesentlich ist hierbei, dass sämtliche der Kommune selbst und den voll zu konsolidierenden Betrieben gehörenden Vermögensgegenstände und Schulden nach einheitlichen Grundsätzen erfasst werden (Fiktion der wirtschaftlichen Einheit). Dementsprechend sind rein konzerninterne Sachverhalte (z. B. Forderungen und Verbindlichkeiten der Kommune mit ihren Betrieben) zu eliminieren. Die Gesamtbilanz ist gemäß § 49 Abs. 3 i. V. m. § 41 GemHVO NRW entsprechend der Bilanz im Jahresabschluss der Kommune zu gliedern.

6.3 Gesamtanhang

Die Regelungen zum Gesamtanhang finden sich in § 51 Abs. 2 und 3 GemHVO NRW. Hiernach sind im Gesamtanhang die für die Gesamtbilanz und Gesamtergebnisrechnung verwendeten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden anzugeben und so zu erläutern, dass ein sachverständiger Dritter die Wertansätze beurteilen kann. Durch den Verweis in § 49 Abs. 3 GemHVO NRW auf § 47 GemHVO NRW ist ein Gesamtverbindlichkeitspiegel verpflichtend in den Gesamtanhang aufzunehmen.

Dem Gesamtanhang ist gem. § 51 Abs. 3 GemHVO NRW eine Gesamtkapitalflussrechnung unter Beachtung des DRS 2 beizufügen. Sie soll die Gesamtbilanz sowie die Gesamtergebnisrechnung um Informationen hinsichtlich der Herkunft und Verwendung der liquiden Mittel des Konzerns ergänzen.

Die Ermittlung des Cashflows erfolgt derivativ durch Aufbereitung des im Rechnungswesen vorhandenen Datenmaterials (Ableitung der Zahlungen aus den Bewegungen der Bilanz und der Ergebnisrechnung). Die Gesamtkapitalflussrechnung wird auf Basis konsolidierter Zahlen des Gesamtabchlusses unter Anwendung des Top-Down-Konzeptes abgeleitet.

6.4 Gesamtlagebericht

Im Gesamtlagebericht nach § 51 Abs. 1 GemHVO NRW ist das durch den Gesamtabchluss zu vermittelnde Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage des Konzerns zu erläutern. Ferner muss ein Überblick über den Geschäftsablauf gegeben werden, in dem die wichtigsten Ergebnisse des Gesamtabchlusses und die Gesamtlage in ihren tatsächlichen Verhältnissen darzustellen sind.

Die Kommune ist verpflichtet, eine ausgewogene und umfassende, dem Umfang der kommunalen Aufgabenerfüllung entsprechende Analyse ihrer Haushaltswirtschaft unter Einbeziehung ihrer Betriebe zur Darstellung ihrer wirtschaftlichen Gesamtlage vorzunehmen. Unter anderem ist auch auf Chancen und Risiken der zukünftigen Gesamtabwicklung einzugehen.

Der Gesamtlagebericht wird auf der Grundlage der Lageberichte der Einzelabschlüsse erstellt. Daher ist der Fachbereich Finanzen zeitnah schriftlich über Vorgänge von besonderer Bedeutung zu unterrichten, die nach Aufstellung der Einzelabschlüsse mit den jeweiligen Lageberichten durch die Stadt Gummersbach und ihre zu konsolidierenden Betriebe entstehen.

Der Gesamtlagebericht ist um die Angabe der Mitglieder des Verwaltungsvorstandes gem. § 70 GO NRW sowie der Ratsmitglieder zu ergänzen.

6.5 Beteiligungsbericht

Nach § 117 GO NRW i. V. m. § 49 GemHVO NRW ist dem Gesamtabschluss ein Beteiligungsbericht beizufügen. Der Beteiligungsbericht enthält detaillierte Informationen zu den einzelnen Beteiligungen, so dass eine Beziehung zwischen den gebotenen Informationen und den dahinterstehenden Aufgaben hergestellt werden kann. Auf diese Weise wird der mit dem Gesamtabschluss vermittelte Gesamtüberblick über die wirtschaftliche Gesamtlage der Kommune unterstützt. Im Beteiligungsbericht sind alle Betriebe aufzuführen, d. h. auch die Betriebe, die nicht dem Konsolidierungskreis angehören und lediglich "at cost" (zu fortgeführten Anschaffungskosten) im Gesamtabschluss ausgewiesen werden.

Der Beteiligungsbericht wird durch den Fachbereich Finanzen in Zusammenarbeit mit dem Sondervermögen, den verbundenen Unternehmen und Beteiligungsgesellschaften erstellt. Vertreter der Stadt Gummersbach in den einzelnen Gremien der Beteiligungsgesellschaften sind gehalten, Jahres- und Geschäftsberichte bzw. Unterlagen zum Jahresabschluss (Gewinn- und Verlustrechnung, Bilanz, ggf. Anhang und Lagebericht) der Beteiligungsgesellschaften zeitnah dem Fachbereich Finanzen zuzuleiten.

7. Rahmenbedingungen

7.1 Von den Einzelabschlüssen zum Summenabschluss

Grundlage zur Erstellung einer Summenbilanz sind die geprüften und festgestellten Einzelabschlüsse der Stadt Gummersbach und ihrer voll zu konsolidierenden Betriebe. Diese Abschlüsse sind in einem ersten Schritt durch Umgliederungen bzw. Aufteilungen an die Ausweisvorschriften des NKF anzupassen (Vereinheitlichung des Ausweises). Auf diese Weise werden die Bilanzen bzw. Gewinn- und Verlustrechnungen in die sog. Kommunalbilanz I bzw. Ergebnisrechnung I übergeleitet. Hierzu dient der Positionenplan (Gesamtheit aller Konzernkonten).

Auf eine Umgliederung unwesentlicher Bilanzposten bzw. unwesentlicher Einzelgeschäftsvorfälle kann verzichtet werden.

Im Anschluss erfolgt die Angleichung an die Ansatz- und Bewertungsvorschriften der "Muttergesellschaft Stadt Gummersbach ", mithin an die NKF-Bewertung nach GO und GemHVO NRW (Vereinheitlichung des Ansatzes und der Bewertung) und somit die Überleitung auf die Kommunalbilanz II bzw. Ergebnisrechnung II.

Abschließend sind die stillen Reserven und Lasten in den Vermögensgegenständen und Schulden der voll zu konsolidierenden Betriebe in der sog. Kommunalbilanz III aufzudecken. Entsprechend des Grundsatzes der Wesentlichkeit bleiben stille Reserven und Lasten, deren Aufdeckung und Fortschreibung außer Verhältnis zu dem Informationsgewinn steht, außer Ansatz.

Als zur Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage von untergeordneter Bedeutung und somit als unwesentlich gelten entsprechend den Empfehlungen der Modellkommunen insbesondere

- die unterschiedliche Behandlung geringwertiger Vermögensgegenstände (z. B. durch steuerrechtliche Poolabschreibung)
- die Anpassung von Herstellungskosten im Bereich des Umlaufvermögens und grundsätzlich auch des Anlagevermögens
- die Anpassung von Bewertungsvereinfachungsverfahren (z. B. Festbewertung)
- die Anpassung der Netto-Bilanzierung von Zuschüssen (Minderung der Anschaffungs- und Herstellungskosten statt offene Passivierung als Sonderposten), die die Betriebe vor dem Erstkonsolidierungstichtag erhalten haben
- die Anpassung von Nutzungsdauern, wenn die geänderten Abschreibungen nicht mehr als 5 Anschaffungsdauern der Gesamtaufwendungen überschreiten (im Übrigen gilt für einer Abnutzung unterliegende Vermögensgegenstände des Anlagevermögens der voll zu konsolidierenden Betriebe die in den Einzelabschlüssen der Stadt Gummersbach verwendete örtliche Abschreibungstabelle)
- die Anpassung von Abschreibungsmethoden, da diese in der Regel betriebspezifisch sind

Die einzelnen Kommunalbilanzen III / Ergebnisrechnungen II werden zu einer Summenbilanz / Summenergebnisrechnung aufaddiert. Anschließend können die notwendigen Konsolidierungsbuchungen vorgenommen werden (Kapitalkonsolidierung --> Schuldenkonsolidierung --> Aufwands- und Ertragseliminierung --> Zwischenergebniseliminierung).

7.2 Formularwesen und Konsolidierungssoftware

Durch die voll zu konsolidierenden und "at equity" zu konsolidierenden verselbständigten Aufgabenbereiche ist jährlich eine Meldedatei für Kapitalwerte sowie eine Ausfertigung der geprüften Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung bis spätestens zum 30. Juni eines Jahres beim Fachbereich Finanzen einzureichen.

Voll zu konsolidierende Betriebe haben darüber hinaus einen aktuellen Anlagennachweis zum Stichtag 31. Dezember bis spätestens 30. Juni eines Jahres vorzulegen. Hieraus muss je Einzelanlage der Anfangsbestand zu Beginn des Geschäftsjahres, sämtliche Wertveränderungen (z. B. Abschreibungen, Zuschreibungen, Abgänge, Umbuchungen etc.) im Geschäftsjahr, der Restbuchwert der Anlage zum 31. Dezember sowie die Nutzungsdauer des Vermögensgegenstandes hervorgehen, um die bei der Erstkonsolidierung ggf. aufgedeckten stillen Reserven und Lasten korrekt fortschreiben zu können.

Voll zu konsolidierende Betriebe haben auf Nachfrage zeitnah alle zur zweckentsprechenden Verwendung geeigneten Daten und Informationen an den Fachbereich Finanzen herauszugeben, die für die Aufstellung und Prüfung des Gesamtabschlusses erforderlich sind. Hierzu gehören insbesondere eine Übersicht über erfolgswirksame Buchungen im Verbundbereich (Stadt Gummersbach und alle voll zu konsolidierenden Betriebe), die Offenlegung von Lieferungen und Leistungen innerhalb des Konzerns und ggf. die Angabe von

Veräußerungsgewinnen oder -verlusten, Einzelangaben zu den Rückstellungen (insbesondere Angaben zu der Aufgliederung der sonstigen Rückstellungen) sowie eine Übersicht der offenen Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber der Kernverwaltung und anderen voll zu konsolidierenden Betrieben zum Stichtag 31. Dezember. Der Fachbereich Finanzen behält sich vor, entsprechende Formularsätze zu entwickeln und deren Anwendung als verbindlich zu erklären.

Eine unterjährige Saldenbestimmung zwischen der Kernverwaltung und ihren voll zu konsolidierenden Betrieben sowie zwischen den voll zu konsolidierenden Betrieben untereinander soll zum Abschluss eines jeden Quartals vorgenommen werden. Hierzu sind dem Fachbereich Finanzen entsprechende "Offene Posten" - Listen zuzuleiten und bei Bedarf zu erläutern.

Als Buchungsschluss für "konzerninterne" (konsolidierungspflichtige) Buchungen wird der 31. März eines jeden Jahres festgesetzt.

Die Erstellung des Gesamtabchlusses mit allen relevanten Konsolidierungsprozessen erfolgt mittels SEM-BCS (Konsolidierungstool von SAP) und technischer und fachlicher Unterstützung durch die civitec (Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung, Siegburg).

8. Konsolidierung

8.1 Konsolidierungskreis

Der Konsolidierungskreis umfasst diejenigen wirtschaftlich und organisatorisch selbständigen Betriebe einer Kommune, die im Wege der Vollkonsolidierung bzw. Equity-Methode in den Gesamtabchluss einbezogen werden müssen. Zweck der Abgrenzung des Konsolidierungskreises ist die Festlegung der Betriebe, die zusammen mit der Kernverwaltung selbst den "Konzern Kommune" bilden und deren Beziehungen untereinander buchungstechnisch eliminiert werden müssen. Damit soll gewährleistet werden, dass jährlich die Vermögens-, Schulden-, Ertrags und Finanzgesamtlage der Kommune insgesamt so dargestellt wird, als ob es sich bei dem "Konzern Kommune" um eine einzige Einheit handeln würde.

Rechtsgrundlage für die Einbeziehung eines verselbständigten Aufgabenbereiches in den Konsolidierungskreis und die Art der Konsolidierung (Vollkonsolidierung oder Equity-Methode) bildet § 50 GemHVO NRW in Verbindung mit den entsprechenden Verweisen zu den Vorschriften über Konzernabschlüsse und Konzernlageberichte des Handelsgesetzbuches.

Der Konsolidierungskreis ist jährlich erneut abzustimmen und festzulegen.

Es besteht grundsätzlich Einigkeit, dass die Stadt Gummersbach alle gesetzlich zulässigen Vereinfachungsmöglichkeiten bei der Aufstellung des Gesamtabchlusses in Anspruch nehmen und der Gesamtabchluss nur die gesetzlichen Pflichtbestandteile beinhalten wird.

8.2 Voll zu konsolidierende Betriebe

Gem. § 50 Abs. 1 und 2 GemHVO NRW werden Betriebe, die unter der einheitlichen Leitung oder einem beherrschenden Einfluss der Kommune stehen im Rahmen der Vollkonsolidierung in den Gesamtabchluss einbezogen.

Eine einheitliche Leitung liegt vor, wenn die Stadt Gummersbach ihre Aufgabenerfüllung mit der auf den Betrieb übertragenen Aufgabenerfüllung abstimmt und ihre Interessen im Zweifel durchsetzen kann. Zudem muss eine tatsächliche Einflussnahme auf den Betrieb ausgeübt werden, die nicht gemeinschaftlich mit anderen ausgeübt wird.

Ein beherrschender Einfluss liegt vor, wenn der Stadt Gummersbach die Mehrheit der Stimmrechte der Gesellschafter zustehen oder das Recht zusteht, die Mehrheit der Mitglieder des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsorgans zu bestellen oder abzuberufen und die Stadt Gummersbach gleichzeitig Gesellschafterin ist oder wenn das Recht zusteht, einen beherrschenden Einfluss auf Grund eines Unternehmensvertrages oder auf Grund einer Satzungsbestimmung auszuüben.

8.3 Assoziierte Unternehmen (Equity-Methode)

Assoziierte Unternehmen sind bezogen auf den Gesamtabchluss dadurch charakterisiert, dass von der Kommune oder einem in den Vollkonsolidierungskreis einbezogenen Betrieb direkt oder indirekt ein maßgeblicher Einfluss auf das betreffende Unternehmen ausgeübt wird. Kriterien hierfür können die Vertretung der jeweiligen Kommune in Vorstand und Aufsichtsrat, eine starke wirtschaftliche Abhängigkeit bei Leistungserstellung und Finanzierung sowie Mitspracherechte der Kommune sein. Ein maßgeblicher Einfluss wird (widerlegbar) vermutet, wenn der Kommune aus Konzernsicht direkt oder indirekt ein Stimmrechtsanteil am Betrieb von mindestens 20 % zusteht. Assoziierte Unternehmen werden "At-Equity" in den Gesamtabchluss einbezogen.

8.4 Methodisches Vorgehen

Ausgehend von den ausgewiesenen Beteiligungsquoten erfolgt zunächst eine Aufteilung der direkten und indirekten Beteiligungen in voll zu konsolidierende Betriebe (einheitliche Leitung oder beherrschender Einfluss der Stadt Gummersbach, d. h. direkter oder indirekter Stimmrechtsanteil von mehr als 50%), assoziierte Betriebe (maßgeblicher Einfluss der Stadt Gummersbach, d. h. direkter oder indirekter Stimmrechtsanteil von $\geq 20\%$ und $\leq 50\%$), übrige Betriebe (kein beherrschender oder maßgeblicher Einfluss durch die Stadt Gummersbach)

Die übrigen Betriebe werden nicht näher betrachtet; sie sind im Gesamtabchluss mit den fortgeführten Anschaffungskosten (= Buchwert des Einzelabschlusses der Stadt Gummersbach) anzusetzen.

Nach der ersten Zuordnung wird überprüft, ob satzungsrechtliche Bestimmungen eine andere Zuordnung erforderlich machen. Wenn die Stimmrechtsanteile von den Kapitalanteilen abweichen, ist gegebenenfalls eine veränderte Zuordnung erforderlich.

Sodann wird unter Berücksichtigung des § 116 Abs. 3 GO NRW untersucht, inwiefern die voll zu konsolidierenden bzw. assoziierten Betriebe von untergeordneter Bedeutung sind, mit der Maßgabe, dass diese in Summe ebenfalls von untergeordneter Bedeutung sind.

Zur groben Einschätzung werden Verhältniszahlen herangezogen, die in Abgleich mit dem städtischen Basiswerten bei bis zu 5% liegen.

Die Entscheidung über die Wesentlichkeit eines Sachverhaltes ist letztlich unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls zu treffen. Die Verhältnisse sind zu jedem Bilanzstichtag erneut zu überprüfen. Regelmäßig erfolgt eine Abstimmung mit dem Abschlussprüfer.

8.5 Wesentlichkeit

Zu prüfen ist in diesem Zusammenhang weiterhin, ob die Grenzen der Wesentlichkeit überschritten sind, wobei sich der Begriff der Wesentlichkeit weit streckt und im Rahmen dieser Richtlinien wie folgt definiert wird:

Zum Einen wird die Wesentlichkeit anhand von Kennzahlen überprüft, um festzustellen, wie hoch der nominelle Einfluss der Unternehmen auf die Stadt Gummersbach tatsächlich ist. Für eine vollständige Abbildung der Situation sollen die Kennzahlen herangezogen werden:

- Ertrag
- Aufwand
- Bilanzsumme
- Anlagevermögen
- Umlaufvermögen
- Fremdkapital
- Eigenkapital

Zu berechnen ist das vorherrschende Verhältnis zwischen der Stadt Gummersbach und dem jeweiligen Unternehmen. Liegen die errechneten Kennzahlen überwiegend unter 5% ist die nominelle Wesentlichkeit auszuschließen.

Des Weiteren ist die qualitative Wesentlichkeit zu berücksichtigen. Hierbei ist jedes Unternehmen zum Einen auf bestehende Risiken zu prüfen, die sich aufgrund der Beteiligung für die Stadt Gummersbach ergeben können. Es kann sich um jährlich wiederkehrende Risiken handeln, oder um einmalige Sonderfälle. Insbesondere wegen letzteren Fällen ist es unerlässlich, jeden Jahresabschluss der Beteiligungen separat zu prüfen. Sofern ein finanzielles oder qualitatives Risiko für die Stadt Gummersbach festgestellt wird, ist das entsprechende Unternehmen in den Gesamtabschluss einzubeziehen.

Weiterhin ist für jedes Unternehmen die orts- und sozialpolitische Bedeutung zu bewerten. Fällt die qualitative Bedeutung für dieses Unternehmen hoch aus, ist eine Einbeziehung in den Gesamtabschluss zwingend.

Abschließend ist die Aufsummierung der Wesentlichkeitsprüfung aller grundsätzlich voll zu konsolidierenden Unternehmen notwendig. Zwar können diese separat betrachtet unter den festgelegten Aspekten für die Wesentlichkeit liegen, sofern jedoch festgestellt wird, dass eine Aufsummierung zu einer Überschreitung der Wesentlichkeit führt, ist die Vollkonsolidierung für diesen Zusammenschluss der Beteiligungen erneut zu prüfen.

8.6 Wertgrenzen

Der elementare Schritt bei der Erstellung des Gesamtabchlusses besteht in der Abstimmung der Bereiche Aufwand/Ertrag und Forderungen/Verbindlichkeiten zwischen der Stadt Gummersbach und den Stadtwerken.

Der Abgleich soll sich zum Stichtag 31.12.2010 an festgelegten Wertgrenzen orientieren, die die Höhe der nicht geklärten Differenzen pro Zahlungsstrom (Stadt - Stadtwerke und Stadtwerke - Stadt) beziffern. In Absprache mit dem Rechnungsprüfungsdienst liegen diese zum Stichtag 31.12.2010 bei 500.000 €, sofern sichergestellt ist, dass alle maßgeblichen Zahlungsströme sachgerecht verbucht sind.

9. Konsolidierung

9.1 Kapitalkonsolidierung

Im Gesamtabchluss einer Kommune ist die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Kommune selbst und sämtlicher unter ihrer einheitlichen Leitung stehenden (von ihr "beherrschten") Betriebe so darzustellen, als wären diese eine Einheit. Daher dürfen keine Anteile der Kommune an voll zu konsolidierenden Betrieben im Gesamtabchluss ausgewiesen werden. Die Buchwerte der Betriebe sind mit den korrespondierenden Posten des Eigenkapitals aufzurechnen.

Die Stadt Gummersbach verzichtet im Rahmen der Kapitalkonsolidierung gem. § 50 Abs. 1 GemHVO NRW i. V. m. § 301 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 HGB auf eine Neubewertungsmethode. Bei der Erstkonsolidierung wird hierbei das konsolidierungspflichtige Eigenkapital mit dem Betrag angesetzt, der sich aus den Eröffnungsbilanzen der zu konsolidierenden Unternehmen ergibt.

Die in der kommunalen Eröffnungsbilanz ermittelten Beteiligungsbuchwerte können für den Gesamtabchluss beibehalten werden.

9.2 Schuldenkonsolidierung

Kodifiziert wird die Schuldenkonsolidierung in § 303 Abs. 1 HGB. Demnach sind Ausleihungen und andere Forderungen, Rückstellungen und Verbindlichkeiten zwischen den in den Gesamtabchluss einzubeziehenden Betrieben und der Kommune sowie entsprechende Rechnungsabgrenzungsposten zu eliminieren. In die Schuldenkonsolidierung sollen alle Schuldposten einbezogen werden, durch welche die Schuldverhältnisse zwischen den Betrieben im Gesamtabchluss bzw. zur Kommune abgebildet werden, soweit diese nicht von untergeordneter Bedeutung sind.

Bei der Schuldenkonsolidierung können Aufrechnungsdifferenzen entstehen. Unterschieden wird in unechte und echte Aufrechnungsdifferenzen.

Unechte Differenzen entstehen aus buchungstechnischen Unzulänglichkeiten (z. B. Fehlbuchungen oder zeitliche Buchungsunterschiede). Unechte Differenzen sollen bereits im Rahmen einer Saldenabstimmung in den Einzelabschlüssen aufgedeckt und berichtigt werden. Alternativ können unechte Differenzen je nach Ausprägung erfolgsneutral oder erfolgswirksam in der Kommunalbilanz II korrigiert werden.

Echte Aufrechnungsdifferenzen entstehen auf Grund unterschiedlicher Vorschriften für den Ansatz bzw. die Bewertung von Vermögensgegenständen und Schulden. Echte Differenzen sind im Rahmen der Schuldenkonsolidierung im Gesamtabchluss zu eliminieren.

Die voll zu konsolidierenden Betriebe sind verpflichtet, Buchungsdifferenzen zu erläutern und alle zur Aufdeckung erforderlichen Daten bereitzustellen.

9.3 Zwischenergebniskonsolidierung

Ziel der in § 50 Abs. 1 und 2 GemHVO NRW i. V. m. § 304 HGB geregelten Zwischenergebniseliminierung ist es, in der Gesamtbilanz Erfolgsbeiträge (Gewinne oder Verluste) zu eliminieren, die aus "konzerninternen" Lieferungen / Leistungen resultieren, sofern die betreffenden Vermögensgegenstände noch in der Gesamtbilanz ausgewiesen werden. Für das Entstehen von Zwischenergebnissen müssen folgende Voraussetzungen erfüllt sein:

- Vorliegen eines Vermögensgegenstandes
- Bilanzierung des Vermögensgegenstandes
- Herkunft des Vermögensgegenstandes durch Lieferungen oder Leistungen innerhalb des Konsolidierungskreises
- Wertunterschied gegenüber den "Konzern - Anschaffungs- und Herstellungskosten"

Gem. § 304 Abs. 1 HGB kann auf eine Eliminierung verzichtet werden, sofern die zu eliminierenden Beträge für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Kommune von untergeordneter Bedeutung sind.

9.4 Aufwands- und Ertragskonsolidierung

Gem. § 50 Abs. 1 GemHVO NRW i. V. m. § 305 HGB sind Erträge zwischen den in den Gesamtabchluss einbezogenen Betrieben mit den auf sie entfallenden Aufwendungen zu verrechnen. In der Gesamtergebnisrechnung werden mithin nur diejenigen Aufwendungen und Erträge nach Art und Höhe abgebildet, die aus Transaktionen mit außerhalb des kommunalen Konzerns stehenden Dritten resultieren.

Soweit die Lieferungen und Leistungen des leistenden Betriebes beim empfangenden Betrieb zu einer Aktivierung im Anlagevermögen geführt haben, sind die Umsatzerlöse im Rahmen der Konsolidierung in die Position „Andere aktivierte Eigenleistungen“ umzugliedern. Entsprechend findet eine Umgliederung in „Erhöhung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen“ bei einer Aktivierung im Umlaufvermögen statt. Diese Umgliederungen ergeben sich im Rahmen der Saldenabstimmung der konzerninternen Erträge und Aufwendungen auf Einzelabschlussebene, da dem Erlös des leistenden Betriebes kein entsprechender Aufwand beim empfangenden Betrieb gegenübersteht. Verbleibende Differenzen sind durch die selbstständigen Aufgabenbereiche zu klären und bereits im Einzelabschluss zu korrigieren. Auf die o. g. Umgliederung kann verzichtet werden, wenn sie keine wesentliche Bedeutung haben.

Auf eine Umgliederung der Umsatzsteuerdifferenzen in die Position „Nichtabzugsfähige Vorsteuer“ kann nach der Empfehlung des Modellprojektes verzichtet werden.

Auf die Aufwands- und Ertragskonsolidierung wird verzichtet, sofern die wegzulassenden Beträge von untergeordneter Bedeutung sind, § 305 Abs. 2 HGB analog.

Orientiert sich ein voll zu konsolidierender Betrieb bei seinen Lieferungen und Leistungen nicht an dem Gesamtdebitor „Stadt Gummersbach“, sondern an zahlreichen Abnahme- / Verbrauchsstellen und ist die Abstimmung der Erträge und Aufwendungen - auch auf Grund umsatzsteuerbedingter Aufrechnungsdifferenzen - demgemäß nur sehr zeitintensiv möglich, so ist es vertretbar, die Aufwands- und Ertragskonsolidierung in vereinfachter Form auf Basis der gebuchten Aufwendungen der Kommune durchzuführen.

9.5 Latente Steuern

Infolge von Zwischenergebniseliminierungen und erfolgswirksamen Schuldenkonsolidierungen kann es zu Abweichungen zwischen der Summe der Einzelergebnisse und dem Ergebnis des Gesamtabschlusses kommen. Gem. § 50 Abs. 1 i. V. m. § 306 HGB ist in diesen Fällen eine Steuerabgrenzung vorzunehmen.

Die Ermittlung von latenten Steuern im kommunalen Umfeld ist nur von nachrangiger Bedeutung und mit zum Teil erheblichem Aufwand verbunden, so dass der Empfehlung des Modellprojektes gefolgt wird und keine Steuerabgrenzung im Gesamtabschluss vorgenommen wird.

Sollten bereits im Rahmen der Erstellung der Einzelabschlüsse aktive oder passive latente Steuern entstanden sein, sind diese in der Kommunalbilanz II aufzulösen.

9.6 Equity-Methode

Die Rechtsgrundlagen für die Equity-Methode im NKF-Gesamtabschluss bilden der § 50 Abs. 3 GemHVO NRW sowie die §§ 311, 312 HGB. Demnach sind die Betriebe, die unter maßgeblichem Einfluss der Kommune stehen, entsprechend mit dem anteiligen Eigenkapital zu konsolidieren.

Es handelt sich um eine Methode, bei der die Anschaffungskosten der Beteiligung in den Folgejahren nach Maßgabe der Entwicklung des anteiligen bilanziellen Eigenkapitals des assoziierten Unternehmens im Beteiligungsbuchwert fortgeschrieben werden. Es erfolgt also im Gegensatz zur Vollkonsolidierung keine Einbeziehung der einzelnen Vermögensgegenstände / Schulden bzw. Aufwendungen / Erträge.

Die „at equity“ — Konsolidierung wird nach dem Verfahren der Buchwertmethode vorgenommen. Hierbei wird der Beteiligungsansatz dem anteiligen Eigenkapital des assoziierten Unternehmens gegenübergestellt. Ist der Buchwert größer (niedriger), entsteht ein aktiver (passiver) Unterschiedsbetrag, der auf seine Ursachen hin zu untersuchen und bei der Erstkonsolidierung in der Gesamtbilanz gesondert auszuweisen oder im Gesamtanhang anzugeben ist.

10. Prüfung und Offenlegung des Gesamtabschlusses

Der Gesamtabschluss ist vom Rechnungsprüfungsausschuss gem. § 116 Abs. 6 GO NRW dahingehend zu prüfen, ob er ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage des Konzerns unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung vermittelt. Die Prüfung des Gesamtabschlusses erstreckt sich dabei darauf, ob die gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen sowie sonstige ortsrechtliche Bestimmungen beachtet worden sind.

Der Gesamtlagebericht ist darauf zu prüfen, ob er mit dem Gesamtabschluss im Einklang steht und ob seine sonstigen Angaben nicht eine falsche Vorstellung von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage des Konzerns erwecken.

Eine Prüfung der einbezogenen Einzelabschlüsse durch den Rechnungsprüfungsausschuss erfolgt nicht, soweit diese bereits nach den gesetzlichen Vorschriften geprüft worden sind.

Der geprüfte und vom Rat der Stadt Gummersbach bestätigte Gesamtabschluss ist gem. § 116 Abs. 1 i. V. m. § 96 Abs. 2 GO NRW der Aufsichtsbehörde unverzüglich anzuzeigen, öffentlich bekannt zu machen und danach bis zur Bestätigung des folgenden Gesamtabschlusses zur Einsichtnahme verfügbar zu halten.

11. Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.

Anlagenverzeichnis

Anlage 1 Konsolidierungskreise der Stadt Gummersbach

Anlage 1

Konsolidierungskreis 2010

1. Konsolidierungskreis der Stadt Gummersbach	2
2. Einzelprüfung	2
2.1 Stadtwerke Gummersbach	2
2.2 Entwicklungsgesellschaft Gummersbach mbH	3
2.3 Trägergesellschaft Stadthalle mbH	4
2.4 Gründer- und TechnologieCentrum	5
2.5 Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft mbH	6
2.6 Citymanagement Gummersbach GmbH	7
2.7 Kreiskrankenhaus Gummersbach GmbH	8
2.8 Oberbergische Verkehrsgesellschaft	9
2.9 Sparkasse Gummersbach - Bergneustadt	10
2.10 Summenbetrachtung	10
2.11 Fazit	11

1. Konsolidierungskreis Stadt Gummersbach

Für das methodische Vorgehen zur Festlegung des Konsolidierungskreises wird auf die Gesamtabchlussrichtlinie verwiesen.

Nachfolgend werden alle Unternehmen dargestellt, die seitens der Stadt Gummersbach zur Einbeziehung in den Gesamtabchluss nach den in der Richtlinie zur Erstellung des Gesamtabchlusses genannten Aspekten zu prüfen sind.

Folgende Tabelle gibt einen ersten Überblick über alle betroffenen Beteiligungen:

Beteiligung	Anteil in %	Einheitliche Leitung/ Beherrschender Einfluss	Konsolidierungsform
Stadtwerke Gummersbach	100	Ja	Vollkonsolidierung
AggerEnergie GmbH	16,1341	Nein, mittelbare Beteiligung	
Entwicklungsgesellschaft Gummersbach mbH	100	Ja	Vollkonsolidierung
Trärgesellschaft Stadthalle mbH	58,13	Nein	Vollkonsolidierung
Gründer- und TechnologieCentrum Gummersbach	57,99	Ja	Vollkonsolidierung
Gemeinnützige Wohnungsbau-gesellschaft mbH	57,71	Nein	Vollkonsolidierung
Citymanagement GmbH	50	Ja	At-Equity
Kreiskrankenhaus Gummersbach GmbH	26	Nein	At-Equity
Oberbergische Verkehrsbetriebe	26,66	Nein	At-Equity

Es handelt sich bisher nur um eine Auflistung der einzelnen Unternehmen, die Prüfung erfolgt erst im Anschluss.

2 Einzelprüfung

2.1 Stadtwerke Gummersbach

Die Stadtwerke Gummersbach sind als Eigenbetrieb der Stadt Gummersbach zwar rechtlich selbständig, organisatorisch allerdings an die Kommune gebunden. Der beherrschende Einfluss durch die Stadt Gummersbach liegt damit vor und die Vollkonsolidierung ist zwingend. Gründe der Wesentlichkeit, die gegen eine Vollkonsolidierung sprechen, liegen nicht vor.

nachrichtlich: AggerEnergie GmbH

Die AggerEnergie GmbH stellt mit 16,1341% eine Beteiligung der Stadtwerke dar, und wird in den jeweiligen Einzelabschlüssen berücksichtigt.

2.2 Entwicklungsgesellschaft Gummersbach mbH

Gegenstand des Unternehmens ist es, im öffentlichen Interesse liegende Maßnahmen durchzuführen, die der Verbesserung der öffentlichen Strukturen aller Bereiche im Gebiet der Stadt dienen sowie der Verbesserung der Verhältnisse des ruhenden und fließenden Verkehrs im Gebiet der Stadt Gummersbach.

Die Entwicklungsgesellschaft Gummersbach mbH ist damit ausgerichtet auf den öffentlichen Zweck der Entwicklung und Herstellung von Wohnbau- und Gewerbeflächen, einschließlich der Schaffung der notwendigen inneren und äußeren Infrastruktur und der hierzu notwendigen Grundstücksgeschäfte sowie der Bewirtschaftung und des Verkaufs von Gebäuden der Gesellschaft. Weiterhin ist die GmbH als Bauträger, Investor und Vermieter von Wohn-, Gewerbe- und sonstigen Gebäuden auf Grundstücksflächen, die sich im städtischen Eigentum bzw. Eigentum der Gesellschaft befinden, tätig. Vorhandene Anlagen, Flächen und Gebäude werden von der Entwicklungsgesellschaft aufbereitet, saniert und einer Nachnutzung zugeführt.

Die Entwicklungsgesellschaft Gummersbach mbH ist eine 100%ige Tochter der Stadt Gummersbach, der beherrschende Einfluss der Stadt Gummersbach ist somit festzustellen. Die Kennzahlen der Entwicklungsgesellschaft Gummersbach mbH stellen sich wie folgt dar:

31.12.2010	Stadt Gummersbach in Euro	EGG in Euro	Verhältniskennzahl
Ertrag	79.407.000	1.643.134	2,07%
Aufwand	106.539.000	1.398.553	1,31%
Bilanzsumme	464.344.000	9.670.433	2,08%
Anlagevermögen	418.613.000	2.510.048	0,60%
Umlaufvermögen	45.206.000	7.250.385	16,04%
Fremdkapital	245.803.000	6.734.632	2,74%
Eigenkapital	73.541.000	3.025.801	4,11%

Auffällig ist, dass lediglich das Verhältnis des Umlaufvermögens über den festgelegten 5% liegt. Dies ist mit den Grundstücken zu begründen, die seitens der Entwicklungsgesellschaft hergerichtet und einer Nachnutzung zugeführt werden, sodass diese Überschreitung der Wesentlichkeit im Betriebszweck der Gesellschaft selbst begründet ist.

Bestehende Risiken sind zum 31.12.2010 nicht erkennbar, sodass keine besonderen Entwicklungen feststellbar sind, die die Einbeziehung in den Gesamtabchluss beeinflussen. Zwar gilt es regelmäßig, das Geschäftsfeld der Entwicklungsgesellschaft Gummersbach mbH aufrecht zu halten, dies ist jedoch aufgrund zahlreicher Maßnahmen der Stadtentwicklung unproblematisch.

Bei der Bewertung der orts- und sozialpolitischen Bedeutung muss der Entwicklungsgesellschaft Gummersbach mbH eine hohe Wertigkeit attestiert werden.

Allerdings wird bei der Einzelfallprüfung auch ein weiterer Aspekt deutlich - die Zahlungsströme, die im Zusammenhang mit den Treuhandvermögen stehen, werden vollständig im städtischen Haushalt bilanziert und gebucht, sodass ein großes monetäres Volumen der Entwicklungsgesellschaft Gummersbach mbH bereits im städtischen Jahresabschluss eingegliedert ist. Da auch sämtliche Entwicklungsträgerhonorare den jeweiligen Treuhandvermögen zugeordnet sind, verbleibt in den originären Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen der Entwicklungsgesellschaft Gummersbach mbH nur das organisatorische Konstrukt.

Unter Berücksichtigung der Richtlinie zum Gesamtabchluss sollen sämtliche Vereinfachungen und aufwandsreduzierende Vorgänge in Anspruch genommen werden, unter Beachtung der Prämisse, dass der Gesamtabchluss ein korrektes Lagebild darstellt. Da die wesentlichen Tätigkeitsfelder der Entwicklungsgesellschaft Gummersbach mbH im städtischen Abschluss berücksichtigt sind, ist an dieser Stelle davon auszugehen, dass die Wesentlichkeit der Beteiligung für den Gesamtabchluss aktuell noch verneint werden kann.

2.3 Trägergesellschaft Stadthalle mbH

Gegenstand des Unternehmens ist die Vermögensverwaltung durch Erhaltung und Renovierung der Stadthalle Gummersbach. Die Gesellschaft verfolgt lt. Bescheinigung vom 29. November 2005 des Finanzamtes Gummersbach ausschließliche und unmittelbar steuerbegünstigte gemeinnützige Zwecke im Sinne des § 51 ff. der Abgabenordnung NRW (Förderung des Denkmalschutzes und des Heimatgedankens).

31.12.2010	Stadt Gummersbach in Euro	Trägergesellschaft Stadthalle mbH in Euro	Verhältniskennzahl, bei einem Anteil von 71,25 %
Ertrag	79.407.000	68.554	0,06%
Aufwand	106.539.000	82.790	0,06%
Bilanzsumme	464.344.000	804.632	0,12%
Anlagevermögen	418.613.000	748.823	0,13%
Umlaufvermögen	45.206.000	55.809	0,09%
Fremdkapital	245.803.000	755.774	0,22%
Eigenkapital	73.541.000	48.858	0,05%

Anhand der Kennzahlen schließt sich die nominelle Wesentlichkeit aus.

Trotz der Anteile in Höhe von 71,25% hat die Stadt Gummersbach kein beherrschendes Stimmrecht. Sofern die anderen Gesellschafter gemeinsam gegen die Stadt Gummersbach entscheiden, gilt Letztere als überstimmt. Es besteht Übereinkommen darin, den Gesellschaftsvertrag kurzfristig zu Gunsten der Stadt Gummersbach anzupassen.

Bestehende Risiken, die sich aus der Beteiligung ergeben, sind allerdings die drohende Überschuldung und die fehlende Liquidität. Aufgrund dessen haben in den Jahren 2014 bis 2016 umfassende wirtschaftliche Überprüfungen und Untersuchungen stattgefunden. Die dabei erarbeitete Fortführungsprognose steht in direkter Verbindung mit einer

Zusammenarbeit mit der Stadt Gummersbach. Letztere hat bereits in der Vergangenheit Bürgschaften für die Trägergesellschaft Stadthalle übernommen und geschäftliche Vereinbarungen mit den Kreditgebern begleitet. Eine entsprechende Bilanzierung der Bürgschaften und die Berücksichtigung des bestehenden Risikos in den städtischen Bilanzen sind erfolgt.

Die sozial- und ortspolitische Bedeutung der Trägergesellschaft Stadthalle vor dem thematischen Hintergrund des Gesamtabchlusses ist ebenfalls marginal. Die Gesellschaft wurde ausschließlich vor dem Hintergrund gegründet, das denkmalgeschützte Objekt der Stadthalle zu erhalten. Zwar ist dieses Gebäude in der historischen Stadtgeschichte ein wesentlicher Aspekt, dem bereits durch den Denkmalschutz die entsprechende Bedeutung eingeräumt wird, die qualitative Wesentlichkeit für den Konzern Stadt und die Bevölkerung ist jedoch als eher gering einzuordnen.

In Summe ist damit die Trägergesellschaft Stadthalle für den Gesamtabchluss nicht relevant.

2.4 Gründer- und TechnologieCentrum

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung von Innovationen und Existenzgründungen sowie des Technologietransfers zwischen Wissenschaft und Unternehmen, insbesondere in den Bereichen Elektro-, Kunststoff- und Umwelttechnik sowie Metall- und Informationsbearbeitung in der Region Oberberg. Hierzu bietet die Gesellschaft Betriebs- und Büroflächen zur Anmietung sowie Beratungs- und Dienstleistungen an.

31.12.2010	Stadt Gummersbach in Euro	Gründer- und TechnologieCentrum in Euro	Verhältniskennzahl, bei einem Anteil von 57,99 %
Ertrag	79.407.000	80.517	0,06%
Aufwand	106.539.000	550.059	0,30%
Bilanzsumme	464.344.000	1.676.817	0,21%
Anlagevermögen	418.613.000	1.537.468	0,21%
Umlaufvermögen	45.206.000	139.349	0,18%
Fremdkapital	245.803.000	1.103.661	0,26%
Eigenkapital	73.541.000	573.156	0,45%

Die finanzwirtschaftlichen Kennzahlen unterschreiten die 5% Grenze deutlich.

Zwar hat sich die Stadt Gummersbach vertraglich zur Übernahme einer Verlustabdeckung verpflichtet, zum 31.12.2010 war dies aufgrund der positiven Geschäftsentwicklung allerdings nicht notwendig. Nach Prüfung der Gesamtlage der Beteiligung sind ebenfalls keine dauerhaften Risiken für das Gründer- und TechnologieCentrum und damit für die Stadt Gummersbach als Beteiligte erkennbar.

Die sozial- und ortspolitische Wesentlichkeit ist aufgrund der Bedeutung eines solchen Centrums für die Region zwar vorhanden, allerdings in Zusammenhang mit den geringen Verhältniskennzahlen und der Tatsache, dass die Stadt Gummersbach weniger als zwei Drittel

aller Anteile hält, nicht ausschlaggebend für die Berücksichtigung des Gründer- und TechnologieCentrums in einem kommunalen Gesamtabschluss.

2.5 Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft mbH

Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung (gemeinnütziger Zweck). Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen. Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben, sofern diese dem Gesellschaftszweck (mittelbar oder unmittelbar) dienlich sind. Die Gesellschaft führt ihre Geschäfte nach Grundsätzen der Wohnungsgemeinnützigkeit im Sinne des Gesellschaftsvertrages.

Die Preisbildung für die Überlassung von Mietwohnungen und die Veräußerung von Wohnungsbauten soll angemessen sein, d. h. eine Kostendeckung einschließlich angemessener Verzinsung des Eigenkapitals sowie die Bildung ausreichender Rücklagen unter Berücksichtigung einer Gesamtrentabilität des Unternehmens ermöglichen. Die Gesellschaft ist am 31. Dezember 1989 als gemeinnütziges Wohnungsunternehmen anerkannt worden.

31.12.2010	Stadt Gummersbach in Euro	Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft mbH in Euro	Verhältniskennzahl, bei einem Anteil von 57,71 %
Ertrag	79.407.000	3.039.893	2,21%
Aufwand	106.539.000	2.441.136	1,32%
Bilanzsumme	464.344.000	20.827.615	2,59%
Anlagevermögen	418.613.000	16.496.463	2,27%
Umlaufvermögen	45.206.000	4.331.152	5,53%
Fremdkapital	245.803.000	15.026.084	3,53%
Eigenkapital	73.541.000	5.801.531	4,55%

In der Kennzahlenanalyse zeigt sich eine marginale Überschreitung der Wesentlichkeitsgrenze im Umlaufvermögen.

Eine haushalterische Verknüpfung der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft mbH mit der Stadt Gummersbach besteht zum Einen in übernommenen Bürgschaften sowie in Gewinnausschüttungen, die seitens der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft mbH an die Stadt Gummersbach geleistet werden. Eine direkte Berücksichtigung der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft mbH ist damit im städtischen Haushalt erfolgt.

Zwar hält die Stadt Gummersbach 57,71% aller Anteile der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft mbH, jedoch besteht kein mehrheitliches Stimmrecht für die Stadt

Gummersbach, da sie lediglich fünf von zehn Stimmrechten hält. Der beherrschende Einfluss muss damit ausgeschlossen werden. (Anm.: Änderung ab 2016)

Risiken, die sich aufgrund der Beteiligung an der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft mbH für die Stadt Gummersbach ergeben, sind nicht festgestellt worden. Zwar kann es für die Gesellschaft in wirtschaftlich schwierigen Jahren zu einer Aussetzung der Gewinnausschüttung kommen. Dies ist in den vergangenen Jahren allerdings nicht eingetreten, ein aktuelles Risiko ist ebenfalls nicht abzusehen.

Die sozial- und ortspolitische Wesentlichkeit, die zu einer Einbeziehung in den Gesamtabschluss führen könnte, ist nicht gegeben. Zwar verfolgt die Gesellschaft unter anderem einen wichtigen sozialen Zweck durch Wohnungsbau, in Zusammenhang mit der kompletten Analyse ist die Vollkonsolidierung jedoch nicht notwendig.

2.6 Citymanagement Gummersbach GmbH

Gegenstand des Unternehmens ist die im öffentlichen Interesse liegende Förderung des Standortes "Innenstadt Gummersbach" hinsichtlich der Funktionen Handel, Dienstleistungen, Kultur und Freizeit.

Ein Schwerpunkt der Tätigkeit der Citymanagement Gummersbach GmbH ist die Beratung der ansässigen Einzelhändler. Ansiedlungsinteressierte Geschäftsleute werden in ihrem Ansinnen soweit wie möglich von der Citymanagement Gummersbach GmbH beraten und durch Informationen unterstützt. Der andere Tätigkeitsschwerpunkt ist die Durchführung von Events mittels qualitativvoller Veranstaltungen in der Fußgängerzone. Dadurch fördert das Citymanagement den Standort Gummersbach, da Kundenfrequenz und Verweildauer der Passanten erhöht und neue Passanten in die Innenstadt gelockt werden. Zu diesen Veranstaltungen gehören die Autoshow, der Weltkindertag und der Weihnachtsmarkt.

Darüber hinaus ist das Citymanagement ein Beleg für Public-Private-Partnership in Gummersbach, da sie mit ihren diversen Geschäftskreisen eine aktive Diskussionsplattform für Politik, Verwaltung, Einzelhandel, Kreditinstitute und andere in der Innenstadt wirkende Akteure ist.

31.12.2010	Stadt Gummersbach in Euro	Citymanagement Gummersbach GmbH in Euro	Verhältniskennzahl, bei einem Anteil von 50,0%
Ertrag	79.407.000	137.643	0,09%
Aufwand	106.539.000	119.087	0,06%
Bilanzsumme	464.344.000	149.845	0,02%
Anlagevermögen	418.613.000	69.389	0,01%
Umlaufvermögen	45.206.000	80.456	0,09%
Fremdkapital	245.803.000	87.963	0,02%
Eigenkapital	73.541.000	61.881	0,04%

Die festgestellten Kennzahlen unterschreiten die Wesentlichkeit erheblich. Die Citymanagement Gummersbach GmbH ist das erste Unternehmen, an dem die Stadt Gummersbach keine Anteilmehrheit hält. Mit 50% der Stimmen liegt kein beherrschender Einfluss vor und es käme eine Konsolidierung nach At-Equity in Frage. (Anm.: Ab 2017 Änderung der Beteiligungsverhältnisse, städtischer Anteil liegt dann bei 49%).

Zwar bestehen derzeit Risiken, da die Citymanagement Gummersbach GmbH in den vergangenen Jahren unrentabel gewirtschaftet hat. Diese sind allerdings bekannt und es wurden bereits entsprechende Maßnahmen ergriffen, wie eine Analyse zur Neustrukturierung der GmbH.

Die sozial- und ortspolitische Wesentlichkeit ist als normal einzustufen, sodass in Verbindung mit allen anderen Kriterien auf eine At-Equity Konsolidierung verzichtet wird.

2.7 Kreiskrankenhaus Gummersbach GmbH

Zweck der Kreiskrankenhaus Gummersbach GmbH ist die Förderung der Erziehung und der Berufsbildung im Rahmen des öffentlichen Gesundheitswesens. Das Ziel einer fachlich hoch qualifizierten Aus-, Fort- und Weiterbildung im Bereich des öffentlichen Gesundheitswesens wird mit dem Betrieb einer Krankenpflegeschule erreicht.

31.12.2010	Stadt Gummersbach in Euro	Kreiskrankenhaus Gummersbach GmbH in Euro	Verhältniskennzahl, bei einem Anteil von 26,0 %
Ertrag	79.407.000	100.132.943	32,79%
Aufwand	106.539.000	97.927.449	23,90%
Bilanzsumme	464.344.000	80.157.979	4,49%
Anlagevermögen	418.613.000	60.776.830	3,77%
Umlaufvermögen	45.206.000	19.381.149	11,15%
Fremdkapital	245.803.000	67.192.777	7,11%
Eigenkapital	73.541.000	12.965.202	4,58%

Die Kreiskrankenhaus Gummersbach GmbH ist nach At-Equity-Maßstäben zu berücksichtigen, die Stadt Gummersbach hält nur 26% der Anteile. Sämtliche Kennzahlen liegen erheblich über bzw. in direkter Nähe zur festgelegten Wesentlichkeitsgrenze von 5%.

Bestehende Risiken der Kreiskrankenhaus Gummersbach GmbH sind laufender Natur. Die Unterfinanzierung der Krankenhäuser ist ein bekanntes Problem, aktuelle Einzelfälle, die sich auch auf die Stadt Gummersbach auswirken können, bestehen derzeit nicht.

Aufgrund des Gesellschaftsvertrages kann es bei negativen Jahresergebnissen zu einer durch die Stadt entsprechend der Höhe ihres Gesellschafteranteils zu tragenden Verlustübernahme kommen.

Die sozial- und ortspolitische Bedeutung der Kreiskrankenhaus Gummersbach GmbH ist sehr differenziert zu beurteilen. Die Bedeutung des Krankenhauses reicht weit über die Grenzen der

Stadt Gummersbach hinaus, sodass bei dieser Beteiligung die regionale Relevanz im Vordergrund steht.

Insbesondere aufgrund der Höhe der gebildeten Verhältniskennzahlen ist eine At-Equity Konsolidierung der Kreiskrankenhaus Gummersbach GmbH vorgesehen.

2.8 Oberbergische Verkehrsgesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung des Verkehrs innerhalb des Oberbergischen Kreises und angrenzender Gebiete durch Einrichtung und Betrieb von Kraftomnibuslinien, Linien anderer Verkehrsmittel und Beförderung von Personen im Sinne der Freistellungsverordnung sowie der Betrieb von Gelegenheitsverkehr und die Durchführung aller hiermit im Zusammenhang stehenden Geschäfte. Sofern es die Erreichung dieses Gesellschaftszweckes notwendig macht, kann die Tätigkeit auch in anderen Gebieten ausgeübt werden. Die Gesellschaft kann die zu ihrem Geschäftsbetrieb erforderlichen Grundstücke, Gebäude, Einrichtungen und Mobilien erwerben, pachten oder mieten. Sie kann andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art einrichten, erwerben, pachten und verpachten oder sich daran beteiligen sowie alle Geschäfte tätigen, die geeignet sind, den Zweck der Gesellschaft zu fördern. Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, die Betriebsführung anderer Verkehrsunternehmen zu übernehmen und sich an anderen Unternehmen zu beteiligen.

31.12.2010	Stadt Gummersbach in Euro	OVAG in Euro	Verhältniskennzahl, bei einem Anteil von 26,66%
Ertrag	79.407.000	24.262.257	8,15%
Aufwand	106.539.000	25.158.455	6,30%
Bilanzsumme	464.344.000	17.205.100	0,99%
Anlagevermögen	418.613.000	8.910.300	0,57%
Umlaufvermögen	45.206.000	8.294.800	4,89%
Fremdkapital	245.803.000	10.465.200	1,14%
Eigenkapital	73.541.000	6.739.900	2,44%

Die Oberbergische Verkehrsgesellschaft ist nach At-Equity-Maßstäben zu berücksichtigen, die Stadt Gummersbach hält 26,66% der Anteile. Die Kennzahlen liegen zum Teil deutlich über, aber auch erheblich unter der festgelegten Wesentlichkeitsgrenze.

Es gibt derzeit keine bekannten Einzelrisiken, die die Oberbergische Verkehrsgesellschaft belasten, allerdings ist die finanzielle Situation im öffentlichen Nahverkehr generell problematisch, sodass diese regelmäßig überprüft werden sollte. Konkrete Risiken für die Stadt Gummersbach sind nicht erkennbar, insbesondere da es keine direkten Verpflichtungen zur Verlustübernahme zwischen der Oberbergischen Verkehrsgesellschaft und der Stadt Gummersbach gibt.

Aufgrund der Höhe der gebildeten Verhältniskennzahlen ist eine At-Equity Konsolidierung der Oberbergischen Verkehrsgesellschaft vorgesehen.

2.9 Sparkasse Gummersbach-Bergneustadt

§ 1 Sparkassengesetz NRW

Errichtung von Sparkassen und Zweigstellen, Rechtsform der Sparkassen

(1) [...] Ein Ansatz der Sparkassen in der Eröffnungsbilanz und dem Jahresabschluss von Gemeinden und Gemeindeverbänden ist ausgeschlossen.

Eine Berücksichtigung der Sparkassen im Gesamtabchluss ist damit konkludent ausgeschlossen.

2.10 Summenbetrachtung

In den Einzelprüfungen wurden sechs Unternehmen aus verschiedensten Gründen aus der Konsolidierung ausgeschlossen. Im Wesentlichen waren die jeweils geringen Verhältniskennzahlen ausschlaggebend bzw. der beherrschende Einfluss seitens der Stadt Gummersbach nicht vorhanden.

Für eine vollständige Prüfung sind an dieser Stelle jedoch auch die aufsummierten Verhältniskennzahlen der ausgeschlossenen Beteiligungen zu prüfen:

31.12.2010	Stadt Gummersbach in Euro	Gesamt exkl. KKH/OVAG in Euro
Ertrag	79.407.000	4,49%
Aufwand	106.539.000	3,05%
Bilanzsumme	464.344.000	5,02%
Anlagevermögen	418.613.000	3,22%
Umlaufvermögen	45.206.000	21,92%
Fremdkapital	245.803.000	6,77%
Eigenkapital	73.541.000	9,21%

Dieses Bild stellt sich zwangsläufig anders dar, wenngleich auch in dieser Berechnung die Kennzahlen nur teilweise über den festgelegten 5% der Wesentlichkeitsgrenze liegen.

Die Kennzahl des Umlaufvermögens ist deutlich geprägt von der Entwicklungsgesellschaft Gummersbach mbh, die ihrerseits Grundstücke im Umlaufvermögen bilanziert hat. Ein Risiko, welches nicht bereits in den Einzelprüfungen thematisiert worden ist, ergibt sich auch nicht in Summe der Beteiligungen.

Fraglich ist, inwiefern sich der orts- und sozialpolitische Einfluss verändert, sofern man die Unternehmen in Gänze analysiert. Daraus ergibt sich insofern kein wesentlich anderes Bild, da die jeweiligen Unternehmenszwecke so unterschiedlich sind, dass kein gemeinsamer Schwerpunkt existiert. Insbesondere gibt es keine Beziehungen oder Verknüpfungen der Unternehmen untereinander, die zu einem deutlicheren Einfluss der Stadt Gummersbach

führen würden, sodass der beherrschende Einfluss der Stadt Gummersbach sich verstärken würde.

Da bereits eine Vielzahl der relevanten Zahlungsströme zwischen den Einzelunternehmen und der Stadt Gummersbach haushalterisch erfasst sind und unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Richtlinie zur Erstellung des Gesamtabschlusses, den Aufwand wirtschaftlich zu halten, wird an dieser Stelle auf eine Konsolidierung der genannten Beteiligungen, auch nach Aufsummierung, verzichtet.

Vor dem Hintergrund der Aussagekraft des Gesamtabschlusses soll auf die Einbeziehung weiterer Beteiligungen verzichtet werden. Die wirtschaftliche Gesamtsituation des "Konzern Stadt" soll sich im Gesamtabschluss wiederfinden. Eine Konsolidierung zu vieler kleinerer Beteiligungen würde an dieser Stelle das Bild verfälschen und die komprimierte Aussagekraft eines Gesamtabschlusses beeinträchtigen.

2.11 Fazit

Nach den Einzelprüfungen stellt sich der Konsolidierungskreis wie folgt dar:

Beteiligung	Anteil in %	Konsolidierung	Wesentlichkeit
Stadtwerke Gummersbach	100%	Vollkonsolidierung	Ja
Entwicklungsgesellschaft Gummersbach mbH	100%	Vollkonsolidierung	Nein
Trägersgesellschaft Stadthalle mbH	71,25%	Vollkonsolidierung	Nein
Gründer- und TechnologieCentrum	57,99%	Vollkonsolidierung	Nein
Gemeinnützige Wohnungsbau mbH	57,71%	Vollkonsolidierung	Nein
Citymanagement GmbH	50%	At-Equity	Nein
Kreiskrankenhaus Gummersbach mbH	26%	At-Equity	Ja
Oberbergische Verkehrsgesellschaft	26,66%	At-Equity	Ja